

50. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND - Utopien schaffen? Mit links!

V26-Beschluss: Dringlichkeitsantrag: Für einen demokratischen Aufbruch statt islamistischem Umbau der Türkei: HDP wählen am 24. Juni!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 0. Dringlichkeitsantrag

Antragstext

1 Am 24. Juni 2018 wird in der Republik Türkei eine Nationalversammlung gewählt.
2 Nicht einmal 6 Monate nach dem brutalen Einmarsch in der kurdischen Provinz
3 Afrin und einem Massensmord an Kurd*innen und anderen Minderheiten soll ein neues
4 Parlament zu Stande kommen. Es werden Wahlen, die wohl wieder nicht frei, gleich
5 und geheim sein werden. Wahlen, deren Zeitpunkt von einem autokratischen
6 Präsidenten vorverlegt wurden um seine innenpolitische Macht auszubauen. Wahlen,
7 in einem Land, in dem das Regime der nationalistisch-islamistischen AKP alles
8 und alle zu unterdrücken versucht, die ihm nicht ins Konzept passen. Und dennoch
9 werden sich bei diesen Wahlen wieder viele mutige Demokrat*innen Erdogan und
10 seinem Regime in den Weg stellen!

11 Gegen den islamistischen Umbau der Türkei

12 Seit dem die AKP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 die absolute Mehrheit
13 verloren hat, ist ihr jedes Mittel Recht um sich an der Macht zu halten. Sie hat
14 den Friedensprozess mit der PKK aufgekündigt, Krieg gegen die eigene kurdische
15 Zivilbevölkerung begonnen und nutzt jedes erdenkliche Mittel um eine weitere
16 Unterdrückung der demokratischen Opposition voranzutreiben. So wird der
17 gescheiterte Putschversuch im Sommer 2016 genutzt um Repressionen zu verschärfen
18 und demokratische Kritiker*innen wegzusperren. Unter dem Deckmantel der
19 „Terrorbekämpfung“ wurden unzählige Akademiker*innen, Journalist*innen,
20 Aktivist*innen, Abgeordnete und Politiker*innen festgenommen. Doch nicht etwa
21 die inhaftierten ehemaligen Vorsitzenden der demokratischen Partei der Völker
22 (HDP), Figen Yüsekdağ und Selahattin Demirtaş, sind Terroristen. Die
23 politischen Gefangenen des AKP-Regimes haben gegen den Terror von Präsident
24 Erdoğan gekämpft. Einem Terror, bei dem kurdische Dörfer bombardiert werden, bei
25 dem Proteste niedergeschlagen werden, bei dem Menschen grundlos festgenommen
26 werden und bei dem der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt wurde. Wir verurteilen
27 aufs Schärfste, dass dieser Terror keine außenpolitische Bedeutung gefunden hat:
28 Statt Wirtschaftssanktionen fließt Geld durch einen menschenverachtenden Anti-
29 Flüchtlingsdeal und statt einem Rauswurf aus der NATO, werden weiter Waffen
30 geliefert. Die Bundesregierung und die Kommission der Europäischen Union müssen
31 endlich ihr Nichtstun beenden und sich für eine freie Wahl in der Türkei
32 einsetzen!

33 Für die linksdemokratische HDP

34 Als GRÜNE JUGEND stehen wir angesichts dieser Umstände noch stärker an der
35 Seite der demokratischen Partei der Völker (HDP). Durch die sehr hohe 10%
36 Hürde bei den Wahlen ist es sinnvoll, dass sich die Linken Demokratischen

37 Kräfte bündeln. Die HDP ist dabei nicht nur eine rein pro-kurdische Partei.
38 Sie ist das Sammelbündnis von Umweltschützer*innen, Kurd*innen,
39 Armenier*innen, linken Demokrat*innen, LGBT-Community und anderen Minderheiten.
40 Sie gibt denen eine Stimme, die durch das AKP-Regime unterdrückt werden. Sie
41 ist die einzige Partei in der Nationalversammlung, die sich dem AKP-Regime
42 tatsächlich entgegenstellt und in der Nationalversammlung als einzige
43 politische Kraft etwa für ein Ende des Massenmords in Afrin plädiert. Ein
44 großer Teil ihrer Abgeordneten ist weggesperrt und ihre führenden
45 Politiker*innen werden nach und nach inhaftiert. Doch die HDP kämpft nach wie
46 vor für einen friedlichen, demokratischen Aufbruch in der Türkei. Für
47 Umweltschutz, Gerechtigkeit, für Minderheitenrechte, für Pressefreiheit und
48 für ein multiethnisches Zusammenleben lohnt es sich bei der Parlamentswahl
49 am 24. Juni zu wählen.

50 Deshalb unterstützt die GRÜNE JUGEND ebenso wie die türkischen Grünen, Yeşiller
51 ve Sol Gelecek Partisi die HDP bei den vorgezogenen Türkischen Parlamentswahlen
52 am 24. Juni 2018. Wir rufen alle Wahlberechtigten, egal ob sie in der Türkei, in
53 Kurdistan oder in Deutschland leben, dazu auf die HDP mit ihrer Stimme zu
54 unterstützen!

Begründung

Begründung der Dringlichkeit: Die Antragsfrist endete am 13. April. Erst danach, am 18. April, wurde der Vorzug der Türkischen Parlamentswahl angekündigt. Dieser Vorzug steht erst seit dieser Woche fest. Ursprünglich waren die Türkischen Parlamentswahlen für Herbst 2019 angesetzt.

TO Tagesordnung

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 26.02.2018
Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

Antragstext

- 51 TOP 1 Formalia
- 52 TOP 2 Bestätigung Bundesfrauenratsdelegation
- 53 TOP 3 Satzungsänderungsanträge
- 54 TOP 4 Präferenzwahl
- 55 TOP 5 Wahl Bundesschiedsgericht
- 56 TOP 6 Visionen
- 57 TOP 7 Finanzen
- 58 TOP 8 Kampagne 2018
- 59 TOP 9 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND
- 60 TOP 10 Wahl der Arbeitsgruppe Perspektiven
- 61 TOP 11 Verschiedene Anträge
- 62 TOP 99 Nachwahl der Fachforen-Koordinator*innen

A1-Beschluss Utopien schaffen? Mit links!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

68 Vier weitere Jahre Große Koalition - vier weitere Jahre Stillstand. Die massive
69 Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage, steigende Armut, die
70 zunehmende Spaltung Europas, tausende Tote im Mittelmeer - die neue
71 Bundesregierung wird sicher keine echten Antworten auf die großen
72 Herausforderungen unserer Zeit geben. Und es ist nicht zu erwarten, dass sie die
73 Digitalisierung und Globalisierung so gestaltet, dass Bürger*innenrechte und
74 Selbstbestimmung von Arbeitnehmer*innen gestärkt wird, statt noch mehr
75 Ungerechtigkeit zu schaffen. Ganz im Gegenteil setzt sie mit Ministern wie Horst
76 Seehofer oder Jens Spahn auf Ausgrenzung, Heimattümelei, Frauenverachtung und
77 Nach-unten-treten und treibt den gesellschaftlichen Rechtsruck selbst mit voran.
78 Dieser Rechtsruck zeigt sich nicht nur durch die zunehmende Normalisierung
79 rechter Hetze und eine Verschiebung der Grenzen des Sagbaren, sondern auch durch
80 konkrete Verschärfungen des Asylrechts und eine demokratiefeindliche Law-and-
81 Order-Politik. Um zu verstehen, was mit autoritärem Umbau gemeint ist, müssen
82 wir nicht erst nach Polen oder Ungarn schauen, dazu reicht auch ein Blick auf
83 die geplanten Polizeigesetze in Bayern oder NRW. Umso mehr liegt es an uns, dem
84 Mantra der Alternativlosigkeit Visionen für eine ökologische, solidarische und
85 emanzipatorische Politik entgegenzusetzen und progressive Lösungen für die
86 Fragen unserer Zeit anzubieten. Denn der Rechtsruck ist kein Naturgesetz. Die
87 letzten Monate haben gezeigt, dass gerade viele junge Menschen keine Lust mehr
88 auf das ewige Weiterso haben. Dieses politische Moment gilt es nun
89 aufrechtzuhalten, zu nutzen und so für progressive Politik zu mobilisieren.

90 Das Unmögliche denkbar machen

91 Dafür müssen wir sowohl dem neoliberalen und konservativen Status Quo als auch
92 den falschen Antworten von rechts tatsächliche Alternativen entgegensetzen. Um
93 das zu schaffen, müssen wir politische Utopien wieder für viele Menschen denkbar
94 und zugänglich machen. Von klein auf wird uns beigebracht, dass Konkurrenz,
95 Leistungsdruck, Armut oder globale Ungerechtigkeit etwas Normales,
96 Unveränderbares und Unhinterfragbares wären. Doch die gesellschaftlichen
97 Verhältnisse sind weder Gott gegeben, noch in Stein gemeißelt. Sie sind von
98 Menschen gemacht - und als solche auch von Menschen veränderbar. Gerade in
99 Zeiten der Digitalisierung sind die Möglichkeiten für eine Welt ohne Armut,
100 Ausbeutung und Umweltzerstörung immer mehr gegeben. Diese Möglichkeiten werden
101 im Moment leider noch nicht im Sinne des Erreichens einer solchen Welt genutzt,
102 sondern eher um die Zustände weiter zu verschlechtern. Um das zu ändern, müssen
103 wir dem Merkeldogma der sogenannten Alternativlosigkeit etwas entgegensetzen. Es
104 ist unsere Aufgabe, das Bedürfnis nach Veränderung zu entfachen, das Bewusstsein
105 über die Veränderbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse zu stärken, und zu
106 zeigen, dass die gesellschaftlichen Möglichkeiten auch im Sinne der Emanzipation
107 genutzt werden können. Wir müssen Utopien schaffen, die zeigen, wie es anders
108 gehen könnte: Wie die Digitalisierung im Sinne von Freiheit und Gerechtigkeit
109 genutzt werden kann. Wie wir durch eine echte Mobilitätswende nicht nur die

110 Klimakatastrophe bremsen, sondern auch Teilhabe für alle ermöglichen können.
111 Oder wie eine Gesellschaft aussehen kann, in der alle sich auf Augenhöhe, als
112 Gleiche unter Gleichen, ohne Betonung ihrer oberflächlichen Unterschiedlichkeit
113 begegnen können und in der statt Egoismus Solidarität die Grundlage
114 gesellschaftlichen Zusammenlebens ist.

115 Utopien sind für uns dabei keine fertigen Bilder. Denn im Prozess der
116 politischen Veränderung ergeben sich immer auch neue Möglichkeiten, die in
117 unserer jetzigen Gesellschaft noch nicht absehbar sind. Viel mehr geht es
118 darum, in der konkreten Kritik des Bestehenden aufzuzeigen, wie eine andere
119 Gesellschaft aussehen könnte. Wir wollen im Hier und Jetzt Schlaglichter einer
120 solidarischen Zukunft zeigen. Das heißt für uns auch, dass unsere Utopien und
121 Visionen nicht unabhängig von konkreten Forderungen und politischen Kämpfen
122 bestehen. Denn es bringt nichts, schöne Bilder zu malen, und dabei den Weg
123 dorthin aus den Augen zu verlieren. Stattdessen denken wir unsere kurz- und
124 mittelfristigen politischen Forderungen mit unseren langfristigen Visionen
125 zusammen, verstehen Utopien als die Grundlage unserer politischen Strategie und
126 arbeiten an Verbesserungen in der Gegenwart als Schritte in eine andere Zukunft.

127 **Das Unmögliche möglich machen**

128 Wir wollen Utopien nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar machen. Das
129 werden wir nicht alleine schaffen. Denn unsere Utopien werden nur dann
130 verwirklicht, wenn sie gesellschaftliche Relevanz erreichen, viele Menschen
131 begeistern und die gesellschaftliche Linke wieder in die Position kommt, ihre
132 politischen Ziele umzusetzen. Deshalb kämpfen wir gemeinsam mit vielen anderen
133 progressiven Akteur*innen für andere Mehrheiten - auf der Straße, in der
134 Gesellschaft und in den Parlamenten.

135 Wenn wir das schaffen wollen, müssen wir viele Menschen mobilisieren. Denn es
136 reicht nicht, Menschen von unseren politischen Visionen zu überzeugen, wir
137 wollen sie auch dafür begeistern, mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen. Dafür
138 müssen wir uns als Verband schlagkräftig aufstellen, damit wir viele Menschen
139 sowohl erreichen als auch einbinden können. Auf diesem Bundeskongress und im
140 kommenden Perspektivenprozess stellen wir dafür die Weichen. Denn politische
141 Organisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die
142 Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir wollen Menschen dazu
143 ermächtigen, die Gesellschaft um sich herum zu verstehen und zu verändern, in
144 dem wir gemeinsam erarbeiten, wie eine andere Gesellschaft aussehen kann. Dafür
145 müssen wir eine Sprache finden, die viele Menschen anspricht und zeigen, warum
146 es sich lohnt, für politische Veränderung einzustehen. Unser Ziel ist es,
147 Menschen in ihrer konkreten Lebensrealität anzusprechen und abzuholen, sie für
148 linke Politik zu begeistern und für radikale Visionen und Utopien zu gewinnen.
149 Die GRÜNE JUGEND soll ein Ort werden, an dem Menschen gemeinsam erkennen, dass
150 sie nicht ihr Eigeninteresse gegen andere Eigeninteressen durchsetzen müssen,
151 sondern alle ihr gemeinsames Interesse entwickeln und gegen herrschaftliche,
152 also zum Beispiel patriarchale oder kapitalistische Interessen durchsetzen - und
153 für die Vision einer ökologischen und solidarischen Welt kämpfen. Denn:

154 *"In jeder Generation muss es Menschen geben, die so leben, als ihre Zeit nicht*
155 *ein Anfang und ein Ende, sondern ein Ende und ein Anfang wäre."*
156 *- Manés Sperber.*

Begründung

Erfolgt mündlich.

A2-Beschluss: Halten Sie sich links - Mobilität braucht Visionen!

Antragsteller*in: GJ BUKO
 Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

157 Über die Verkehrswende diskutieren gerade alle. Doch für die konkrete
 158 Weichenstellung fehlt leider oftmals der Mut und die Vision. Das darf nicht
 159 länger so bleiben.
 160
 161 Denn wenn unsere Mobilität im Einklang mit den Klimazielen von Paris stehen
 162 soll, dann muss unser Verkehr klimaneutral werden.
 163 Die Entwicklung der letzten Jahre steht dem konträr entgegen: In Deutschland ist
 164 der Verkehr der einzige Sektor, in dem die Treibhausgasemissionen immer noch auf
 165 dem Niveau von 1990 liegen. Daher ist klar: Mobilitätspolitik ist aktive
 166 Klimapolitik.
 167 Ausgehend davon, dass Mobilität eine Voraussetzung für die Teilhabe am
 168 gesellschaftlichen Leben ist, sind das Ende des motorisierter
 169 Individualverkehrs, sowie ein suffizienteres Mobilitätsdenken unabdingbar.
 170 Damit dieser gesellschaftliche Wandel gelingen kann, gilt es die Verkehrswende
 171 einzuleiten und der Einzelnen den Umstieg auf ökologisch verträgliche
 172 Mobilitätsangebote zu ermöglichen.
 173
 174 Der Fahrplan der Bahn wird inzwischen von Algorithmen berechnet. Welche Pakete
 175 über welchen Weg in welchem Paketzentrum landen und wer sie dann zustellt, wird
 176 von Algorithmen entschieden. Wo gerade ein Unfall passiert ist oder die U-Bahn
 177 im Tunnel steht und nicht weiter kommt, verrät der Verkehrsleitstelle heute ein
 178 Interface das als Teil eines Smart City Konzeptes verkauft wird. All das und
 179 noch viele andere Beispiele zeigen, der Verkehr ist im 21. Jahrhundert
 180 angekommen. Die Verkehrspolitik muss nun nachziehen, das wollen wir anpacken!
 181 Viele verkehrspolitisch reaktionäre Kräfte sind jedoch weiterhin im letzten
 182 Jahrtausend verhaftet.

183 Fahrverbote, BER, Stuttgart 21, die Diesellaffäre - die Liste der deutschen
 184 Verkehrsskandale allein in den letzten Jahren ist lang. Sie alle eint aber die
 185 Tendenz der Politik, Prestigeprojekte nach vorne zu stellen, zu privatisieren,
 186 wo es nur möglich ist und statt konkreter Antworten meist nur dreckige Luft zu
 187 liefern.

188 Die Verflechtungen zwischen Politik und Automobilwirtschaft sind massiv. Wenn
 189 verschärfte Abgasnormen beschlossen werden sollen, werden sie von Merkel
 190 blockiert – und die CDU erhält wenige Tage später eine Großspende eines
 191 Autounternehmens, wie es 2013 der Fall war. Und Dobrindt legte einen
 192 Bundesverkehrswegeplan vor, der zunächst nicht mal die eigene Umweltprüfung
 193 bestand. Statt Investitionen in moderne Mobilitätsinfrastruktur nimmt der
 194 Flächenfraß zur Errichtung von Umgehungsstraßen ungehindert zu.
 195 Automobilunternehmen verdienen nicht unbedingt unser Vertrauen – der letzte
 196 Abgasskandal hat das deutlich genug gezeigt. Und gleichzeitig steht der

197 Abgasskandal auch symbolisch für Konzepte, die schlichtweg überkommen sind.
198 Insbesondere der Autobahnbau ist gekennzeichnet von sogenannten ÖPP's, also
199 Öffentlich-Privaten Partner*innenschaften. Dabei wird ein Teil der nötigen
200 Investitionen durch private Akteur*innen getätigt, aber die finanzielle und
201 wirtschaftlichen Risiken bleiben in der öffentlichen Hand. Neben dem massiven
202 ökologischen Raubbau, der beim Autobahnbau oft stattfindet, kommt hier also auch
203 noch eine Kapitalisierung eines vermeintlich öffentlichen Guts hinzu; das alles
204 verantwortet von einer vermeintlich allgemeinwohlorientierten
205 Bundesverkehrspolitik der Großen Koalition.
206 Ähnlich verhält es sich bei der Bahn. Mit der Profitorientierung und drohenden
207 Privatisierung der Deutschen Bahn und damit des gesamten Bahnbetriebs geht ein
208 Rückgang des Bahnverkehrs in strukturell schwächeren Regionen einher. Kurse
209 werden gestrichen bis zu einem Punkt, an dem die Bahn als verlässliches
210 Verkehrsmittel nicht mehr nutzbar ist. Begründet durch mangelnde Auslastung
211 werden Strecken anschliessend eingestellt. Unzählige Bahnhöfe, insbesondere in
212 den ostdeutschen Bundesländern, wurden in den letzten Jahren dicht gemacht und
213 der Bevölkerung vor Ort bleibt nichts anderes übrig, als wegzuziehen oder den
214 Klimakiller Auto zu nutzen. Weiterhin können keine neuen notwendigen Trassen
215 durch die DB Netze erschlossen, sondern bestehende aufgrund eines schmalen
216 Budgets auf einem Minimum erhalten werden.
217 Anstatt also in eine funktionierende und inklusive Infrastruktur in der Fläche
218 zu investieren, wurden Milliarden an Euro für den Willy Brandt-Flughafen Berlin-
219 Brandenburg (BER) oder das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 verschwendet. Das zeigt
220 beispielhaft, dass für viele politische Akteur*innen Mobilität nur ein
221 politisches Nebenfach zu sein scheint, für das man Aufsichtsratspflichten nicht
222 ernst nehmen muss und das man nebenher leicht handeln kann. Für uns ist klar,
223 dass Mobilität ein Grundrecht ist und als solches gerade in Zeiten großer
224 gesellschaftlicher Ungerechtigkeit nicht nur als Verkehrssteuerung, sondern als
225 elementares soziales Teilhabeprojekt begriffen werden muss.
226 Es liegt an uns und der gesamten gesellschaftlichen Linken, Visionen für eine
227 neue Mobilität in der ökologischen und sozialen Entwicklung unseres
228 Zusammenlebens zu formulieren, anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für
229 die Tagespolitik machen als auch langfristige visionäre Projekte entwickeln
230 können.
231 Dafür sind Investitionen notwendig, auch große. Aber diese müssen klug
232 eingesetzt werden. Die nächsten Jahrzehnte der Verkehrspolitik werden vom
233 Begriff der Effizienz, die nun so leicht errechenbar scheint, geprägt sein.
234 Unser Ziel ist es die Weiterentwicklung unseres Verkehrssystems nicht im
235 kapitalistischen Sinne effizient zu gestalten, sondern es für die Menschen und
236 den Planeten in die richtige Richtung zu lenken. Daher brechen wir mit der
237 neoliberalen Doktrin Privat vor Staat. Gerade im Verkehrssystem führen
238 Netzwerkeffekte bei einer marktförmigen Organisation zur Monopolbildung. Dies
239 zeigt sich beispielsweise im Fernbusmarkt. Monopole in privater Hand führen zu
240 überhöhten Preisen und einem schlechten Angebot. Dem stellen wir unsere Vision
241 von einem Verkehrssystem, dass sich an Bedürfnissen und nicht am Profit
242 orientiert, entgegen. Dies wird eine Gratwanderung sein, denn schnelle Mobilität
243 ist teurer, flächendeckende Systeme sind schwerer zu erhalten, öffentliche
244 Verkehrsmittel meist überfüllt. Doch der Wandel des Systems durch die
245 Digitalisierung bietet die Chance diese Widersprüche endlich aufzulösen.
246 Schnelligkeit muss nicht mit Luxus verschränkt sein, auf dem Land eine gute
247 Anbindung zu haben muss nicht teuer sein. Öffentliche Verkehrsmittel müssen
248 nicht ungemütlich und überfüllt sein. Wir fordern eine bedarfsorientierte aber
249 soziale, eine intelligente aber vertrauliche und eine rasante aber ökologisch
250 nachhaltige Verkehrspolitik für die Zukunft.

251 **Ohne Doro im Flugtaxi - Unsere Vision junggrüner Mobilität:**

252 Unsere Vision der Mobilität von morgen orientiert sich an den Bedürfnissen der
253 Menschen und den Möglichkeiten und Herausforderungen von übermorgen. Wir setzen
254 uns dabei langfristig für ein Ende des motorisierten, klimazerstörenden und
255 platzraubenden Individualverkehrs ein, wie er momentan existiert. Verkehr und
256 Mobilität sind eines der Bindemittel gesellschaftlichen Zusammenhalts. Mit der
257 grundlegenden Veränderung von Mobilität tragen wir dem konsequent Rechnung.
258 Gleichzeitig sagen wir damit auch dem klimaschädlichen Personenverkehr den Kampf
259 an. Uns ist bewusst, dass jede Form von Mobilität Energie benötigt. Das
260 bedeutet: Die Mobilität von morgen muss so klimafreundlich wie möglich sein. Das
261 funktioniert aber nur mit einer umfassenden Umstellung auf 100% Erneuerbare
262 Energien, und sofern möglich, dem Schutz und Ausbau ökologischer Senken.
263 Aber auch langfristige Visionen für Transportmittel scheuen wir nicht.
264 Innovation und Technik können kein Allheilmittel sein, aber wir dürfen uns neuen
265 Innovationen auch nicht verschließen. Im Gegensatz zur CSU wollen wir wirklich
266 aktiv die Forschung für klimaneutrale Mobilität fördern. Ob Solarflugzeug,
267 Hyperloop, Flugtaxis oder klima"neutrale" Schifffahrt - was das Klima nicht
268 schädigt und möglich ist, soll auch selbstbewusst angegangen werden. Dabei
269 müssen neue Technologien klimafreundlich und effizient sein. Ziel ist es Verkehr
270 zu vermeiden, Rebound-Effekten entgegen zu wirken und das die neuen
271 Verkehrsformen multimodal abgestimmt werden. Öffentlich finanzierte
272 Forschungsergebnisse müssen allgmeinzugänglich sein, sodass alle rasche Umsetzung
273 möglich ist. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Gerade angesichts
274 der sich immer rasanter verstärken Klimakrise darf dies dem Vorantreiben heute
275 schon bestehender umwelt- und klimafreundlicher Formen von Mobilität nicht zum
276 Nachteil gereichen. Dennoch ist es unser Ziel, so schnell wie möglich zu einer
277 Art der Fortbewegung zu kommen, die den Planeten und die Gesellschaft stützt und
278 nicht schädigt. Bis dahin müssen alle Verkehrsarten immer gegen den verursachten
279 Schaden gerechnet und Kosten internalisiert werden.
280 Um Mobilität als soziale Revolution durchzusetzen, müssen wir Ökologie und
281 soziale Gerechtigkeit im Einklang denken. Die Klimakrise und die Endlichkeit der
282 Ressourcen bedingen die Notwendigkeit klimaneutraler Mobilität.

283
284 **Grenzenlose Mobilität:**
285 Für die GRÜNE JUGEND ist Mobilität nicht nur ein Faktor, sie ist ein Schlüssel
286 für soziale Teilhabe. Dafür muss der ÖPV schrittweise komplett ticketlos und
287 solidarisch und steuerfinanziert werden. Wer wie viel Geld hat, darf nicht
288 beeinflussen, wer wohin kommt.
289 Gleichzeitig muss der Öffentliche Personenverkehr qualitativ so gut sein, dass
290 er unsoziale, klima- und umweltschädliche Formen der Mobilität überflüssig
291 macht. Dazu gehört ein inklusives Konzept, das allen Nutzer*innen eine schnelle
292 Erreichbarkeit garantiert. Ob in der Stadt von A nach B oder auf dem Land ins
293 Nachbardorf. Das Recht auf Mobilität und soziale Teilhabe darf nicht vom Wohnort
294 abhängen, sondern muss allen dort zugänglich gemacht werden, wo sie sind. An
295 vielen Stellen wird das Netz des Öffentlichen Personenverkehrs abgebaut,
296 Bahnlinien werden eingestellt und der Bus fährt immer seltener. Diesen Trend
297 müssen wir umkehren und neue und alternative Lösungen finden, wenn wir in eine
298 mobile Zukunft wollen.
299 Echte soziale Teilhabe geht jedoch nur dann, wenn wir das Klassensystem in allen
300 Verkehrsmitteln abschaffen. Einhergehend mit einer grundlegenden
301 Qualitätssteigerung und umfassendem Barriereabbau ist dies für uns ein erster
302 Schritt hin zu einem komplett solidarisch finanzierten ÖPV. Doch nicht nur
303 national kämpfen wir für einen ticketfreien ÖPV. Wir wollen einen ticketfreien
304 ÖPV für alle Mitgliedsstaaten der EU, vor allem im Bereich des Bahnverkehrs.
305 Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung der europäischen Integration sowie zu
306 einer europäischen und solidarischen Öffentlichkeit. Es kann nicht sein, dass in
307 der 1. Klasse massig Platz ist, während in der 2. Klasse Menschen auf dem Boden

308 sitzen.
309 Gleichzeitig hört Mobilität nicht an Landesgrenzen auf, als soziales Projekt
310 kann sie diese zerschlagen und dem wollen wir folgen. Wir fordern das Recht auf
311 globale Mobilität, unabhängig von Herkunft, Staatsangehörigkeit oder Geldbeutel.
312 Deshalb fordern wir die Abschaffung der diskriminierenden Visa-Praxis ebenso wie
313 die ticketlose Bereitstellung von Verkehrsmitteln. Wir wollen in einer Welt
314 leben, in der alle dort hin können, wo sie hin wollen, denn nur das kann eine
315 gerechte Welt sein.

316
317 Einen ersten Schritt stellt der Aufbau, die Ausweitung und Vereinheitlichung
318 eines europäischen Schienennetzes dar, das an Landesgrenzen nicht halt macht.
319 Wir wollen bequem und stressfrei mit einem Ticket von London nach Athen reisen
320 können. Für uns bedeutet dies auch die Schaffung eines europäischen
321 Buchungssystems. In einer immer rasanter werden Welt verändern sich auch die
322 Bedürfnisse an Mobilität. Für uns bedeutet dies aber nicht nur den Aufbau eines
323 wirklich europäischen Schnellstreckennetzes. Kurz- und mittelfristig wird
324 schnelle Mobilität allerdings teurer sein als langsamere Mobilität. Deshalb
325 fordern wir, dass mit der Schaffung eines europäischen Schienennetzes auch
326 verstärkt Langstrecken geschaffen und mehr und komfortable Nachtzüge eingesetzt
327 werden.

328 Bei Flugreisen müssen alle Steuerprivilegien abgeschafft und endlich
329 Kostenwahrheit durch Kompensationszahlungen für resultierende Umweltschäden
330 hergestellt werden, damit ökologische Alternativen konkurrenzfähig werden.
331 Daneben fordern wir das zeitnahe Auslaufen jeglicher Subventionen für Flughäfen,
332 gerade in ländlichen, strukturschwachen Räumen mit nicht erwartbarer Nachfrage
333 und Verhältnismäßigkeit.

334
335

336 **Guter Güterverkehr**

337 Mobilität dient nicht nur der Beförderung von Personen, sondern auch dem
338 Transport von Waren. In einer wechselseitig immer abhängiger werdenden Welt
339 werden auch Warenströme immer stärker miteinander verknüpft. Regionalisierung
340 bietet hier eine Möglichkeit für lokale Warenkreisläufe.. Uns ist bewusst, das
341 bei bestimmten Waren, eine Regionalisierung unmöglich ist. Durch Kooperationen
342 in der Logistik kann darüber hinaus Verkehr vermieden werden. So sollten z. B.
343 Leerfahrten von LKW vermieden werden und vor allem der Warenverkehr auf die
344 Schiene verlagert werden. Dass eine solche Verlagerung noch nicht in größerem
345 Maßstab stattgefunden hat, liegt unter anderem an unzureichenden Verbesserungen
346 im Schienennetz, aber vor allem am politischen Unwillen der letzten
347 Bundesregierungen, die nach wie vor alle Strategien zur Verlagerung halbherzig
348 umsetzten. Wir wollen keinen klimaschädlichen Lieferverkehr. Hier sind
349 staatliche Investitionen in das marode Schienennetz nötig, sowie eine Erhöhung
350 aller Abgaben und Steuern, sodass die reine Logistik per LKW teurer ist als eine
351 kombinierte mit der Bahn. Somit kann Güterfernverkehr schnell und ökologisch
352 abgewickelt werden. Die Binnenschiffahrt ist ebenfalls ein integraler
353 Bestandteil eines ökologischen Güterverkehrs. Jedoch muss eine Stärkung und jede
354 weitere Maßnahme im Einklang mit dem Hochwasserschutz und angrenzenden
355 Naturräumen geschehen. Wenn diese zu sehr eingeschränkt wird, setzt sich die
356 Grüne Jugend dafür ein, dass Naturräume prioritär behandelt werden und
357 dementsprechend von einer Schiffbarmachung des Gewässers abstand genommen wird.
358 Um den Warentransport in der EU zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern
359 besser abzuwickeln, fordern wir die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen
360 Koordination, die Warentransport europaweit koordiniert.

361 **Die Stadt dem Leben, nicht den Autos!**

362 Immer mehr Menschen wohnen in Städten. Darum ist die Stadtentwicklung die
363 Grundlage städtischer Mobilitätspolitik. Wir können nicht wissen, welche
364 Verkehrsmittel uns in 50 oder 100 Jahren zur Verfügung stehen. Darum müssen wir
365 die Stadt bestmöglich darauf vorbereiten, Ort des mobilen Zusammenlebens zu
366 sein, an das sich die Verkehrsmittel anpassen.
367 Dabei steht für uns der Mensch im Mittelpunkt der Stadt. Wir wollen allen
368 Menschen ein gutes Leben in der Stadt ermöglichen nicht nur denen, die es sich
369 leisten können.
370 Stadtentwicklung heißt auch, die Stadt gesellschaftlich zusammenzuführen und als
371 soziales Projekt zu begreifen.
372 In diesem Zusammenhang soll bei der Stadtplanung auch das Konzept der "Stadt der
373 kurzen Wege" als Vorbild dienen. Damit verbunden ist die Verringerung räumlicher
374 Distanzen zwischen Wohnen, Arbeit, (Nah-)Versorgung, Dienstleistungen, Freizeit-
375 und Bildungsorten und die Schaffung Nutzungsgemischter (inner)städtischer
376 Quartiere, was auch die leichte und schnelle Zugänglichkeit zu Elementen der
377 öffentlichen Daseinsvorsorge einschließt. Dadurch wollen wir das innerstädtische
378 Verkehrsaufkommen verringern.
379 Auch der Natur müssen wir Raum in der Stadt geben. "Parks statt Parkplätze" ist
380 eine Forderung, die Mensch und Natur zu Gute kommt.

381
382
383 Städte sind komplexe Ökosysteme, in denen die verschiedensten Tier- und
384 Pflanzenarten zu Hause sind. Die Verkehrsplanung der Zukunft muss daher
385 insbesondere auch in der Stadt Rücksicht auf die Naturförderung nehmen und ihr
386 Vorrang geben. Lebensqualität für alle, heißt Raum für Mensch und Natur.
387 Dabei stellt sich jedoch immer die Frage wie das Netz des Lebens über eine Stadt
388 geworfen wird. Verkehrsknotenpunkte bilden sich schnell zu Zentren von Städten
389 heraus. Wir wollen jedoch keine innerstädtischen symbolischen Autobahndreiecke
390 an denen sich dann alles ansiedelt, die Läden außen herum sterben aber aus.
391 Kurze Wege bedeutet viele kleine Zentren, viele Orte des Zusammenkommens. Die
392 Formen und Bahnen der Mobilität geben einer Stadt die Form in der sie sich
393 bewegt.

394 **Mobilität ist immer - nie wieder den letzten Anschlusszug verpassen!**

395 Gute Mobilität in der Stadt heißt, dass du immer dorthin kommst, wo du hin
396 willst und zwar ohne drei Stunden zu laufen oder ebenso lang durch Umwege und
397 Auf-den-Anschluss-Warten mit Bus und Bahn unterwegs zu sein.
398 Dafür muss nicht nur die Taktung der Verkehrsmittel deutlich erhöht werden, es
399 muss vor allem auch dafür gesorgt werden, dass die verschiedenen Verkehrsmittel
400 miteinander vernetzt und in ein gemeinsames System überführt werden. Es
401 existieren schon viele Mobilitätsangebote wie z.B. Leihfahrräder und Taxi-
402 Systeme, die auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sind, wobei wir Taxi-
403 Systeme vor allem mittelfristig als Ergänzungslösung zum ÖPV sehen, sobald
404 klima"neutrale" Taxis und Taxibusse möglich sind. Allerdings sind diese oft zu
405 teuer und müssen daher in die öffentliche Daseinsvorsorge integriert werden.
406 Von Tür zu Tür: Wir wollen ein Verkehrssystem, das nicht erst am U-Bahnhof
407 beginnt und auch nicht endet, wenn der letzte Bus des Tages gefahren ist. Alle
408 Angebote müssen miteinander vernetzt und aufeinander abgestimmt werden und damit
409 kombinierbar sein - kostenfrei.

410
411 Für eine zukunftsfähige Mobilität dürfen unterschiedliche Verkehrsmittel nicht
412 mehr getrennt voneinander betrachtet werden. Wir müssen Mobilität als das
413 verstehen was sie ist, multimodal und den jeweiligen Voraussetzungen geschuldet.
414 Wir brauchen eine intelligente Verknüpfung von Verkehrsmitteln, die effizient
415 ist und die jeweiligen Gegebenheiten berücksichtigt. Die zunehmende

416 Digitalisierung des Verkehr bietet eine große Chance Effizienz und eine
417 intelligente Verkehrsführung zu ermöglichen. Smarter Verkehr muss endlich
418 Wirklichkeit werden.

419
420 Gleichzeitig bedeutet vernetzte Mobilität für uns auch den Abbau von Barrieren
421 jeder Art. Natürlich muss die Barrierelosigkeit aller Verkehrsmittel das Ziel
422 sein. Auf dem Weg dahin müssen Informations- und Kommunikationssysteme
423 geschaffen werden, die es allen Menschen ermöglichen, Barrieren wie Treppen oder
424 steile Anstiege zu überwinden oder zu umgehen.
425 Wenn wir an Barrierelosigkeit denken, müssen wir aber auch Wege finden,
426 öffentliche Verkehrsmittel für Menschen nutzbar zu machen, die zum Beispiel an
427 Ängsten leiden. Heutzutage sind Verkehrsmittel oftmals überfüllt, was dazu
428 führt, dass es für einige Menschen unmöglich erscheint, diese zu nutzen.

429 **Alleine unterwegs? Verbrennungsmotoren brauch ich nicht.**

430 Ein Großteil des städtischen Verkehrs kann auch über nicht-motorisierten
431 Individualverkehr gelöst werden. Das Fahrrad und andere Fortbewegungsmittel
432 haben den Vorteil, dass sie sofort genutzt werden können und Menschen daher
433 umgehend mobil machen. Deswegen wollen wir die Infrastruktur für diese Art von
434 Verkehr massiv ausbauen. Insbesondere für den Radverkehr muss es Fahrradstraßen
435 und Fahrradschnellstraßen geben, die es Radfahrer*innen ermöglichen, ohne
436 Gefährdung von A nach B zu gelangen. Ein überregionales, gut ausgebautes und
437 ausgeschildertes Radverkehrsnetz muss bundesweit Standard werden, der Radverkehr
438 muss im Bundesverkehrswegeplan einen besonders hohen Stellenwert bekommen. Wir
439 Sicherheits-Scoutings und die Anwendung der ERA (Empfehlung für
440 Radverkehrsanlagen) in Deutschland kurzfristig verpflichtend machen. Dabei muss
441 die vermehrte Nutzung von großen Rädern und Anhängern mitgedacht werden. Auch
442 die Einführung des Idahot Stops für Fahrräder im Straßenverkehr erleichtert das
443 Radfahren in der Stadt.
444 Fahrräder sind eines der zentralen Fortbewegungsmittel individueller Mobilität.

445 Damit das auch nachhaltig umsetzbar ist, müssen wir allen Menschen langfristig
446 unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation den Besitz eines
447 bedarfsgerechten Fahrrads ermöglichen. Mittelfristig wollen wir dies über den
448 kostenfreien Zugang zu Leihsystemen regeln. Einfache, auf eine Radform
449 fokussierte, Verleihsysteme greifen hier zu kurz: Menschen haben
450 unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Daher fordern wir kurz- und
451 mittelfristig die Einführung von öffentlichen pfandbasierten Verleihsystemen mit
452 automatisierter Ausleihe und unbegrenzter Nutzungszeit, die tariflich und
453 stationsorientiert an den ÖPNV angebunden sind. Dabei werden auch E-Bikes und
454 Spezialräder verliehen.

455 Außerdem wollen wir ein staatlich finanziertes Reparatursystem, das kostenlos
456 und schnell sowohl stationär als auch mobil Mängel am eigenen Rad behebt.

457
458 Die Stadtplanung muss sich verändern. Fahrradwege und ausreichend Abstellplätze
459 müssen von vorne herein mitgedacht und gekennzeichnet werden und auch
460 Fahrradsharingkonzepte, vor allem auch für Lastenfahrräder, müssen geschaffen
461 werden.

462 Für die Stärkung von individueller Mobilität wollen wir, dass Städte einen
463 Großteil ihrer öffentlichen Flächen umstrukturieren, damit diese wieder
464 lebenswerter werden. Ob mit dem Board oder Inlinern, als Familie mit
465 Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühlen oder einfach nur zu Fuß von A nach B:

466 Vor diesem Hintergrund fordern wir die Einführung großer innerstädtischer
467 Begegnungszonen. Kfz und LKW sollen von diesen ausgeschlossen werden, um so
468 mögliche Konflikte zu reduzieren. So entstehen kulturelle Räume des
469 Zusammenlebens und des Austauschs, die die Stadt lebenswert machen. In einem
470 ersten Schritt fordern wir dahingehend die verstärkte Einrichtung von
471 Fahrradschnellwegen, Fahrradstraßen und Fußgänger*innenzonen. Aber auch schnelle
472 und leise Verkehrsmittel wie beispielsweise Fahrräder können bei hohem Tempo zu
473 Konflikten in diesen Begegnungszonen führen. Daher muss es für den
474 Durchgangsverkehr gute und schnelle Alternativrouten geben.

475
476 Als Sofortmaßnahme zum Einsparen von Ressourcen und zur Senkung der Unfallzahlen
477 fordert die GRÜNE JUGEND die Einführung von allgemeinen Tempolimits, besonders
478 als Reaktion auf den motorisierten Individualverkehr. Konkret wollen wir 100
479 km/h auf Autobahnen und vierspurigen Schnellstraßen, 80 km/h auf Landstraßen, 70
480 km/h in Alleen und 30 km/h innerorts. Dabei trägt auch der verbesserte
481 Verkehrsfluss zu geringeren Verbrauchszahlen der KFZ bei.

482 Mit der industriellen Revolution hat sich das Bild der Stadt radikal verändert.
483 Die Städte wuchsen und Trambahnen, Hochbahnen und U-Bahnen übernahmen anfangs
484 den Transport der vielen Arbeiter*innen die in die Städte kamen. Mit Wohlstand
485 und technischem Fortschritt unterstützt durch die Förderung durch die
486 öffentliche Hand wurde der PKW Statussymbol in der Nachkriegszeit. Diesem wurde
487 in der Stadt viel Platz eingeräumt und an einigen Orten wurde dafür der ÖPNV
488 zurückgebaut. Erneut steht unsere Gesellschaft, stehen unsere Städte vor einer
489 Zeit des Umbruchs. Gerade jetzt lohnt es sich grundlegend neu zu denken,
490 revolutionär zu denken. Die Autofreie Innenstadt ist der wichtigste Schritt der
491 Verkehrsrevolution des 21.
492 Jahrhunderts. Autos sind nach wie vor die größte Ursache verstopfter
493 Innenstädte, den daraus resultierenden ökologischen Problemen und
494 Flächenverbraucher im öffentlichen Raum. Dabei nutzen sowohl Stadt-
495 Bewohner*innen das Auto, um innerhalb der Stadt voranzukommen, als auch Land-
496 Bewohner*innen, um in die Stadt zu kommen. Für beide Gruppen müssen wir eine
497 Lösung finden, denn es ist klar: Die Stadt der Zukunft braucht kein Auto.
498 Daher fordern wir, dass die politischen Verantwortlichen in den Kommunen und die
499 Stadtverwaltungen ab sofort Radfahrende und Fußgänger*innen prioritär behandeln.
500 Für Einpendler*innen, Stadtbesucher*innen und für alle anderen sind effektive
501 Park'n'Ride-Lösungen zu entwickeln, die einen schnellen Transport von außerhalb
502 der Städte in die Innenstadt garantieren.
503 Wir wollen schnellstmöglich alle Verbrennungsmotoren aus den Städten verbannen
504 und Autos in Städten unnötig machen. Daher wollen wir bis 2030 die Innenstädte
505 von der Last des Automobils befreien. Damit dabei keine Mobilitätsengpässe
506 entstehen, müssen wir den städtischen ÖPNV massiv ausbauen. Außerdem wollen wir
507 die innerstädtischen Parkgebühren zur kurzfristigen Finanzierung der
508 Umstrukturierung erhöhen und holen uns so Schritt für Schritt den öffentlichen
509 Raum zurück. Kleintransporter und Lieferdienste sind Teil des Stadtbildes
510 geworden. Sie sind die Auswirkungen eines in den letzten Jahren aufkommenden
511 Lebensstils in dem immer mehr (online) bestellt wird. Zum anderen besitzen
512 Geschäfte kaum noch eigene Lagerfläche und sind auf pünktliche Warenlieferungen
513 angewiesen. Dieses Problem müssen wir adäquat beantworten. Die Entwicklung von
514 eCommerce hat den Aufwand für Verpackungen und Paketdienste erheblich erhöht.
515 Daher sollte intensiv an Alternativen gearbeitet werden, die gleichzeitig ein
516 geändertes Verbraucher*innen-Verhalten berücksichtigen, als auch die Entwicklung
517 des Trends zur Einzelbestellung aus dem Versandzentrum umkehren können. Trotzdem
518 wollen wir für den Güter- und Warenverkehr innovative Lösungen finden, zum
519 notwendigen Transport, bspw. von Einkäufen, wollen wir eine Mischung aus
520 gemeinschaftlichen Liefersystemen, Lastenrädern und robotisierten Hilfen

521 einführen, die den Individualtransport mit Autos überflüssig machen und den
522 gesamten Briefverkehr weitgehend digitalisieren. Wenn Radfahrende oder zu Fuß
523 Gehende tödlich im Straßenverkehr verunglücken ist meist ein Auto involviert. Um
524 die Sicherheit der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen und
525 lebenswerte städtische Umfeldler zu sichern, ist es unabdingbar, dass in
526 kürzester Zeit alle Maßnahmen für eine autofreie Stadt getroffen werden. Das
527 Dogma des Automobils aufzubrechen bedeutet jedoch mehr. Sei es bei der
528 Stellplatzverordnung in Gemeinden, der Straßenverkehrsordnung oder der Tatsache,
529 dass wir auf der Straße mit dem Auto überall hinkommen, hier gilt es einen neuen
530 Fokus zu setzen. Wo Verkehrsplaner*innen bisher nur das Autobahnkreuz am
531 Stadtrand bekannt war, treten bei einer multimodalen städtischen Verkehrsplanung
532 die Knotenpunkte in den Mittelpunkt. Sei es der Umstieg vom Car-Sharing Auto auf
533 die S-Bahn oder vom Rad auf die U-Bahn. Sichere Park'n Ride und Bike'n Train
534 Parkplätze gehören zur Infrastruktur der Zukunft. Diese wollen wir zu
535 Umsteigezentren ausbauen, die nicht nur das Umsteigen vom einen auf das andere
536 Verkehrsmittel ermöglichen, sondern je nach Bedarf und Richtung das passende
537 Gefährt oder ein Aufbewahrungsort dafür zur Verfügung steht. Zudem bieten
538 intelligente Systeme immer bessere Möglichkeiten verschiedene Takte aufeinander
539 abzustimmen und ein reibungsloses Umsteigen möglich zu machen. Der Stau am
540 Stadtrand zur Rush-Hour wird zum entspannten Umsteigen am Knotenpunkt der
541 Zukunft.

542 **Autonomes Fahren und Datenschutz**

543
544 Die Automatisierung in der Mobilität hat das Potential unsere Mobilität und auch
545 den Lebensraum Stadt zu verändern. Dabei geht es in der öffentlichen Debatte
546 meist um autonom fahrende Autos. Allerdings können auch andere Fahrzeuge - vom
547 Velomobil bis zum Hochgeschwindigkeitszug - autonom fahren. Bei U-Bahnen gibt es
548 schon lange einzelne Linien die fahrerlos fahren. Diese sind allerdings bisher
549 größtenteils vollständig unabhängige Linien, d.h. sie kreuzen keine anderen Linie
550 oder Verkehrsträger. Aufgrund der Schienenführung und der kompletten Trennung
551 von anderen Verkehrsteilnehmer*innen ist es in solchen Fällen deutlich leichter
552 einen fahrerlosen Betrieb umzusetzen. Der Verkehrs- und Lebensraum den eine
553 innerstädtische Straße darstellt ist im Vergleich sehr viel komplexer.
554 Insbesondere können in der Stadt stets Radfahrer*innen, Kinder, oder andere
555 Verkehrsteilnehmer*innen aus nicht einsehbaren Wegen auf die Straße treten. Die
556 Straßenverkehrsordnung verpflichtet Verkehrsteilnehmer*innen heute dies zu
557 berücksichtigen. Wir wollen auf jeden Fall daran festhalten, auch wenn dies die
558 Geschwindigkeiten autonomer Fahrzeuge in der Stadt drastisch reduzieren wird.
559 Wir stellen uns gegen den Traum der Automobilindustrie die Automatisierung zu
560 nutzen um eine autobeherrschte Stadt zu schaffen, in der andere
561 Verkehrsteilnehmer*innen die Straße nur noch an bestimmten Überwegen betreten
562 dürfen. Das Bild der "Autofreundlichen Stadt" des letzten Jahrtausends passt
563 nicht in unsere Vision einer menschenfreundlichen Welt! Dennoch kann autonomes
564 Fahren auch im Schrittempo sinnvoll sein, beispielsweise um Velomobile,
565 Lastenfahräder oder andere Fahrzeuge von einer*m Nutzer*in zur*m nächsten zu
566 bewegen. Oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen Nahmobilität zu
567 ermöglichen. Außerhalb von großen Städten, verbinden vor allem Landstraßen
568 verschiedene Lebensräume. Wir erkennen an, dass auf Straßen auf dem Land
569 autonomes Fahren schneller möglich sein wird als in der Stadt, weil dort weniger
570 Störfaktoren auftreten. Somit können dort ggf. autonome Rufbussysteme als Teil
571 des ÖPNV, diesen sinnvoll ergänzen. Das autonome Fahren ist für uns weder
572 Allheilmittel noch Teufelszeug. Es kann die Verkehrswende hin zu mehr ÖPNV und
573 weniger Energieverbrauch im Verkehrssektor unterstützen. Dafür müssen wir es
574 aber intelligent gestalten und dürfen uns nicht dem Lobbyzug der
575 Automobilindustrie anschließen. Schon heute entstehen durch Navigationsgeräte,

576 Smartphones und andere Geräte in fast allen Verkehrsmitteln Bewegungsprofile und
577 Verkehrsdaten. Dieser Trend wird sich mit dem autonomen Fahren fortsetzen. Dabei
578 muss auch in der Mobilität der Schutz personenbezogener Daten als ein
579 wesentliches Grundprinzip Bestand haben. Wir unterscheiden dabei zwischen
580 Personenbezogenen Verkehrsdaten, die dazu geeignet sind Bewegungsprofile
581 anzulegen und damit auch keine echte Anonymität erlauben, und Daten die
582 Beispielsweise durch Verkehrsbeobachtung generiert werden. Letztere können einen
583 wichtigen Beitrag dazu leisten Verkehrsströme zu lenken, Staus zu reduzieren und
584 so die Luftqualität zu verbessern. Personenbezogene Daten müssen aber geschützt
585 werden. Wir wollen keine gläsernen Verkehrsteilnehmer*innen. Daher müssen die
586 Nutzer*innen von Mobilitätsdiensten in der Lage sein, über die Weitergabe und
587 Nutzung ihrer personalisierten Daten entscheiden zu können. Zusätzlich muss der
588 Grundsatz "privacy by default" also Datenschutz als Standard gelten. Autonome
589 Fahrzeuge dürfen standardmäßig keine Daten zur kommerziellen Nutzung an Dritte
590 senden. Die Nutzung technischer Möglichkeiten zur schnelleren Versorgung nach
591 Unfällen wie beispielsweise der in der EU vorgeschriebene automatische
592 Autotruf wollen wir aber ausbauen.

593 **Mobilität ist ein Grundrecht**

594 Die Teilnahme am öffentlichen Leben, der Ärzt*innen-Besuch, das Einkaufen, für
595 viele dieser Dinge braucht es Verkehrsmittel. Damit wird Mobilität zu einem
596 unverzichtbaren Grundstein der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss als solche
597 jederzeit vom Staat garantiert werden. Dazu gehört auch, den ÖPNV ticketlos zu
598 machen und solidarisch zu finanzieren. Es darf nicht vom Einkommen oder anderen
599 sozialen Faktoren abhängen, ob Menschen mobil sein können.
600 Gleichzeitig müssen wir den Verkehr an die Bedürfnisse der Menschen anpassen.
601 Dazu gehören auch gesundheitsschützende Maßnahmen wie effektiver Lärmschutz.
602 Verkehr in der Stadt muss den Menschen Platz bieten, sowohl neben als auch in
603 den Verkehrsmitteln. Das Fahrrad oder den Koffer mit in die Bahn zu nehmen, darf
604 kein Hindernis darstellen. Auch dazu müssen wir sämtliche Barrieren im
605 öffentlichen Raum konsequent abbauen. Einstiegs- und Orientierungshilfen für
606 Menschen mit Behinderung müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. Außerdem
607 muss der ÖPNV konsequent an die technologischen Entwicklungen angepasst werden.
608 Außerdem müssen alle öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der technischen
609 Machbarkeit mit kostenlosem WLAN ausgestattet werden. Auch das hilft auf dem Weg
610 in eine inklusive Gesellschaft, die Teilhabe ermöglicht.

611 **Den ländlichen Raum erobern - mobil auf dem Land!**

612 Was nutzt ein kostenloses Ticket für einen Bus, der niemals fährt? Mobilität in
613 Großstädten bedeutet momentan etwas grundlegend anderes als Mobilität im
614 Ländlichen Raum . Ein Viertel der Menschen in Deutschland wohnen außerhalb
615 städtischer Umgebung und haben genauso ein Recht auf Mobilität wie Menschen in
616 den Städten. Mobilität ist auf dem Land viel mehr als nur die Möglichkeit von A
617 nach B zu kommen. Mobilität bedeutet Teilhabe, Zusammenleben, Perspektiven und
618 leistet einen Beitrag zur offenen Gesellschaft. Menschen in ländlichen Gebieten
619 fühlen sich abgehängt, und sie sind es häufig auch. Bahnhöfe, die nicht mehr
620 angefahren werden, Busse, die entweder nie oder nur einmal täglich fahren.
621 Gleichzeitig ist das Auto für viele ältere Menschen schon wegen der immer
622 stärker werdenden Altersarmut keine Lösung .
623 Mobilität im ländlichen Raum bedeutet aber nicht nur mehr Busse und Bahnen
624 fahren zu lassen, sondern die Bedürfnisse des Alltags vor Ort befriedigen zu
625 können. Niemand soll gezwungen sein, täglich weite Strecken fahren zu müssen,
626 sondern die örtliche Infrastruktur muss gestärkt werden werden. Nachhaltig mobil
627 zu sein heißt, alle Bedürfnisse des Alltags mit möglichst kurzen Wegen zu
628 erfüllen und Verkehr zu vermeiden.

629 Bei der Frage der Ausgestaltung von Verkehrspolitik in der Stadt und in
630 ländlicheren Gebieten hin bis zur Peripherie werden oft sehr unterschiedliche
631 Prämissen angenommen. Meist scheidet jedoch der Versuch eine gerechte
632 Verkehrspolitik für die nicht urbanen Räume zu gestalten daran, dass immer an
633 Hand der Maximen gedacht wird, die an eine innerstädtische Verkehrspolitik
634 angelegt werden. Wer einen 5 Minuten Takt kennt, die*dem erscheint es logisch
635 eine dichtere Taktung auch für das Land zu fordern. Wer eine
636 Fahrradinfrastruktur mit ausgebauten Leitsystemen bis hin zu eigenen
637 Fahrradampeln kennt, die*der hält dies oft auch auf dem Land für das Mittel der
638 Wahl. Die immer stärker werdene Ausdifferenzierung der Möglichkeiten der
639 Fortbewegung, die in diesem Antrag an vielen Stellen beschrieben wurden,
640 ermöglicht es aber diesen hinderlichen Blickwinkel hinter sich zu lassen.
641 Verkehrspolitik für einen Weiler darf sich nicht an der Stadt messen, sondern
642 muss sich an den eigenen Bedürfnissen messen lassen. Daher fordern wir ein
643 Umdenken hin zu Sharing-Konzepten, zu Ruf-Konzepten oder intelligentem
644 Zusammenschließen verschiedener Mobilitätsformen. Dies ermöglicht es den alten
645 PKW vs. Zug vs. Fahrrad Gegensatz aufzulösen und diese Konzepte bedarfsgerecht
646 und solidarisch ineinander aufgehen zu lassen.

647
648 Mit dem Ausbau des autonomen Fahrens und der Integration autonomer Fahrzeuge in
649 den ländlichen ÖPNV muss auch der Ausbau von Radinfrastruktur einhergehen.
650 Elektrounterstützte Lastenräder erlauben es heute auch große Einkäufe schnell
651 und mit wenig energieaufwand zu transportieren. Es fehlt aber oftmals an
652 passender Infrastruktur. Radwegeplanung muss die Nutzung von Fahrrädern auch für
653 den Gütertransport unterstützen statt behindern. Elektrounterstützte Fahrräder
654 eignen sich allerdings nicht nur für den Warentransport sondern schaffen auch
655 eine vergleichsweise umweltfreundliche Mobilität für alle Menschen, die kein
656 Auto fahren können oder wollen. Sie sind das ideale Verkehrsmittel für kurze
657 Strecken innerhalb der Ortschaften und zwischen benachbarten Orten. Gerade im
658 ländlichen Bereich gibt es allerdings sehr große Qualitätsunterschiede in der
659 Radinfrastruktur. Wir fordern den flächendeckenden Ausbau von Radwegen. Entlang
660 jeder neuen oder sanierten Bundesstraße muss es breite sichere und möglichst
661 steigungsarme Radwege geben, die auch im Winter geräumt werden. Auch entlang von
662 Schienenwegen bietet sich der Ausbau von Radwegen an, da diese prinzipiell
663 steigungsarm sind. Zusätzlich bilden die Radwege einen natürlichen Abstand zu
664 Bäumen, die bei Stürmen oftmals den Bahnverkehrs zum Erliegen bringen und
665 könnten im Falle von Unfällen als Bergungsweg genutzt werden

666 **Für ein aktives Dorfzentrum.**

667 Läden schließen, Ortskerne sterben aus, während Gewerbegebiete außerhalb des
668 Ortszentrums immer mehr Raum einnehmen - die Lebensqualität in vielen ländlichen
669 Gebieten leidet unter diesen Entwicklungen. Politisch darauf zu reagieren, heißt
670 für uns, nicht einfach nur den Bus zu finanzieren, mit dem die Bürger*innen aus
671 der Dorfmitte raus ins Gewerbegebiet fahren können. Sondern ein aktives
672 kulturelles und soziales Leben in Dörfern zu ermöglichen und Daseinsvorsorge
673 zurück in die Dorfmitte zu holen. Die GRÜNE JUGEND tritt dem zunehmenden
674 Flächenfraß auf dem Land für die Schaffung neuer Gewerbegebiete entschieden
675 entgegen und fordert, die Förderung regionaler und kommunaler
676 Wirtschaftskreisläufe staatlicherseits zu unterstützen.
677 Wir wollen das Dorfzentrum auch durch soziale und kulturelle Angebote neu
678 aufleben lassen, Räume für Jugendkultur und alternative Gemeinschaftsprojekte
679 schaffen. Ein aktiver Ortskern setzt jedoch auch Änderungen im Bereich Bauen und
680 Wohnen voraus. Während am Dorfrand immer neue Wohngebiete ausgewiesen werden,
681 stehen immer mehr Wohnungen in der Dorfmitte leer. Wir treten dieser Entwicklung
682 entgegen, indem wir uns klar für den Grundsatz aussprechen: Nachverdichtung
683 statt Neubau. Wir aktivieren das Dorfzentrum, indem wir Daseinsvorsorge, Kultur

684 und Menschen wieder zurück in den Ortskern bringen. Daher fordern wir ein
685 bundesweites Moratorium für Neubauf Flächen in Bezug auf Gewerbegebiete und
686 Industrieflächen sowie einen starken Rückgang der Flächenneuersiedlung im
687 Wohnungsbaubereich.

688 **Mobilität für Gesundheit:**

689 Gesundheitsversorgung ist für uns ein existenzieller Bestandteil öffentlicher
690 Daseinsvorsorge. Wir sorgen für eine gute Gesundheitsversorgung auf dem Land. In
691 der Postdienstleistungsverordnung ist geregelt, dass der nächste Briefkasten
692 maximal 1000 Meter vom eigenen Wohnsitz entfernt werden darf. Solche Ansätze
693 gibt es nicht einmal ansatzweise für gesundheitliche Erstversorgung auf dem
694 Land. Noch nie wurden so viele Kinder in Krankenwagen zur Welt gebracht wie im
695 vergangenen Jahr, da immer mehr Geburtsstationen schließen. Landärzt*innen
696 schließen ihre Praxen, das nächste Klinikum ist mehr als eine Stunde Autofahrt
697 entfernt. Wir fordern einen gesetzlichen Anspruch auf eine medizinische
698 Mindestversorgung - überall. Auch hier gilt, dass ein würdiges Leben, ein
699 mobiles Leben auf dem Land erst dadurch ermöglicht wird, wenn die medizinische
700 Infrastruktur wieder nah an die Menschen heranrückt. Das kann nur gelingen, wenn
701 der Staat wieder Gesundheitsversorgung als ureigenste Aufgabe anerkennt, sich
702 der zunehmenden Privatisierung der Gesundheitsversorgung entgegenstellt und
703 klare Mindestversorgungsansprüche gesetzlich festlegt.

704 **ANWOHNERINNEN VOR LÄRM DURCH VERKEHR SCHÜTZEN!**

705 Der Lärm, den Anwohner*innen von vielbefahrenen Straßen, Güterzugstrecken und
706 Flughäfen und ertragen müssen ist oft immens. Für uns geht der Schutz der
707 Anwohner*innen vor Profitinteressen der Logistikunternehmen und dem günstigen
708 Ausbau der Infrastruktur. Wir fordern deshalb, dass viel befahrene
709 Güterzugstrecken mit ausreichendem Lärmschutz ausgestattet werden. An allen
710 Flughäfen in der Nähe von Wohngebieten soll ein generelles Nachtflugverbot von
711 22 bis 6 Uhr gelten. Auch an Autobahnen und viel befahrenen Straßen, die durch
712 Wohngebiete führen, ist guter Lärmschutz elementar. Die Umgehung von
713 Wohngebieten hat beim Neubau und Ausbau von Mobilitätsinfrastruktur Priorität.
714 Bei Innovationen und technischem Fortschritt in der Entwicklung von
715 Verkehrsmitteln ist für uns daher auch insbesondere darauf zu achten, dass die
716 Verkehrsmittel die Gesundheit von Anwohner*innen schonen.

717 **Mobil für Bildung.**

718 Auch für Bildung auf dem Land gilt: Mehr Schulbusse zu den 60 Minuten und noch
719 weiter entfernten Schulen sind nicht die Lösung. Stattdessen wollen wir
720 Grundschulen wie auch Gemeinschaftsschulen aus den großen Kreisstädten zurück
721 aufs Land zu bringen und dabei auch auf gemeinschaftsorientierte Lehr- und
722 Lernformen setzen, die auch kleinen Schulen das Überleben ermöglichen. Die
723 GRÜNE JUGEND fordert den einfachen Schulweg auf maximal 30 Minuten zu begrenzen.
724 Es kann nicht sein, dass Schulen und damit Perspektiven verschlossen werden,
725 denn Bildung ist ein Grundrecht. Und zwar nicht nur bis zum Ende der
726 Sekundarstufe, sondern lebenslang. Aus- und Weiterbildung auf dem Land zu
727 ermöglichen und zwar in erreichbarer Nähe sehen wir als grundlegendes Element
728 einer nachhaltigen Förderung des ländlichen Raums.

729 **Mobil für soziale Teilhabe.**

730
731 Gemeinschaft ist gerade in ländlichen Regionen sehr wichtig. Aber wenn kein Bus

732 mehr fährt, dann bleibt auch das Sozialleben auf der Strecke, da man gerade auch
733 in ländlichen Regionen oft weiter fahren muss, um beispielsweise auf politisch
734 Gleichgesinnte zu treffen, mit denen man sich engagieren will.
735 Und wenn man abends in die Großraumdisco fährt, erscheint für das Heimkommen oft
736 das selbst fahren unter Drogeneinfluss als einfachste Möglichkeit. Egal wo auf
737 dem Land, es braucht von morgens bis in die Nacht eine Angemessene Taktung auf
738 allen Linien, wenn sich der ÖPNV nachhaltig durchsetzen und zuverlässiges Bus-
739 und Bahnfahren als Daseinsvorsorge und damit wieder als ein Anrecht der
740 Bevölkerung wahrgenommen werden soll.
741 Bei Gesundheitsversorgung, kommunalen Wirtschaftskreisläufen und dem
742 öffentlichen Nahverkehr beobachten wir es, genauso wie bei der Schließung von
743 Ämtern, Polizeistationen oder Feuerwehrstellen. Vieles bricht weg, weil der
744 Staat es nicht finanziert und notdürftigen Ersatz auslagert.
745 Daseinsvorsorge ist die vornehmliche Aufgabe des Staates. Dieser ist er in den
746 vergangenen Jahren nicht nachgekommen. Damit muss Schluss sein!

747 **Von Tür zu Tür auch auf dem Land.**

748 Vielerorts wurden in den letzten Jahren Bahnhöfe stillgelegt und ganze Strecken
749 nicht mehr angefahren. Ein umfassendes Mobilitätskonzept muss diesen Trend
750 umkehren und dafür Sorge tragen, dass auch längere Strecken auf dem Land kein
751 Problemsind. Das geht am Besten mit der Bahn. Wir wollen ein Bahnsystem, das
752 sich an die Bedürfnisse der Menschen anpasst und sie dort abholt, wo sie sind
753 oder wo sie mit dem Bus oder dem Fahrrad ohne Probleme hinkommen. Analog zum
754 Bussystem wollen wir auch hier das Bedarfshaltesystem digitalisieren und so eine
755 möglichst schnelle Reise ermöglichen.

756
757

758 **Unendliche Weiten - Unsere Vision der Raumfahrtspolitik**

759 Die Erforschung des Universums brachte uns schon viele Erkenntnisse über unsere
760 Erde, bspw. leisten Erdbeobachtungssatelliten einen wichtigen Beitrag für die
761 Klimapolitik. Im Rahmen dessen kann die Weltraumforschung wichtige Erkenntnisse
762 bringen. Weiterhin dient sie als Frühwarnsystem für Sonnenstürme und kann zur
763 Warnung und Abwehr von Asteroiden, die die Erde treffen würden, dienen. Aber
764 nicht nur aufgrund dieser Synergieeffekte sollten wir mit der Beobachtung
765 entfernter Galaxien mit Teleskopen und dem Vordringen zu anderen Planeten und
766 Objekten im Sonnensystem mit Raumsonden fortfahren bzw. diese fokussieren. Auf
767 wissenschaftlicher Grundlage lassen sich Technologien vom Ionenantrieb bis zum
768 Sonnensegel durchdenken. Perspektivisch bietet ein Weltraumlift das Potential,
769 die Möglichkeiten der Raumfahrt zu revolutionieren. Selbst der Warp-Antrieb wird
770 auf theoretischer Ebene von vielen Wissenschaftler*innen nicht ausgeschlossen.
771 Das Potential dieser Technologien ist enorm. Aber auch in der Raumfahrtspolitik
772 müssen wir darüber streiten, welchen Fokus wir legen wollen. Wir wollen die
773 Raumfahrtspolitik vor allem in die Dienste der Klimapolitik und der
774 Klimaforschung stellen und setzen uns dabei auch dafür ein, die Auswirkungen der
775 Raumfahrt auf Klima und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört für
776 uns auch ein Verbot der Entsorgung von Weltraumschrott in den Weltraum und die
777 Forschung an möglichst emissionsarmen Antrieben in der Raumfahrt. Außerdem ist
778 uns klar, dass eine echte Entwicklung in der Raumfahrt kaum von einzelnen
779 Staaten oder Firmen ausgehen kann. Deshalb sehen wir die Internationale
780 Staatengemeinschaft in der Pflicht zu handeln. Die ISS ist in diesem Aspekt ein
781 gelungenes Beispiel aus der Raumfahrt.
782 Derzeitige Fortschritte in der Wiederverwendbarkeit von Raketen sind ein
783 Beispiel dafür, wie schnell sich die Raumfahrt weiterentwickeln kann. Die
784 Robotik bietet hierbei ein enormes Potential für die unbemannte Raumfahrt, die
785 auf absehbare Zeit die beste Möglichkeit unser Sonnensystem zu verlassen
786 darstellen wird.

787 So dringen wir in Galaxien vor, die nie ein Mensch zuvor gesehen hat!

Begründung

Erfolgt mündlich.

A3 Europa für alle! Eine Utopie?

Antragsteller*in: André Tront
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

788 Der Bundeskongress möge beschließen, dass sich die GRÜNE JUGEND für einen
789 europaweiten kostenlosen Zugverkehr einsetzt. Außerdem soll die GRÜNE JUGEND
790 sich dafür einsetzen, dass der europaweite kostenlose Zugverkehr Teil des
791 Europawahlprogrammes der GRÜNEN für die Europawahl in 2019 wird.

792 Die Finanzierung des europaweiten kostenlosen Zugverkehrs soll durch Umlage
793 erfolgen. Entweder wird dieser von allen Mitgliedsstaaten oder allen EU-
794 Bürger*innen bezahlt.

Begründung

Europa steckt in einer Krise. Immer wieder hört man Europa sei nicht sozial genug. Europa kümmere sich nicht um seine Bürger*innen. Außerdem fehle es an einer europäischen Öffentlichkeit.

Ein europaweiter kostenloser Zugverkehr setzt genau da an!

Menschen könnten endlich teilhaben an der europäischen Öffentlichkeit, ja es würde ein noch nie dagewesene europäische Öffentlichkeit entstehen! Menschen könnten sich europaweit engagieren, europaweiter Wahlkampf wäre kein Problem und damit vielleicht auch europaweite Wahllisten? Zudem wäre ein reger europäischer Austausch möglich. Vorurteile könnten wie beim sehr erfolgreichen Erasmus Austauschprogramm abgebaut werden. Und wer weiß, vielleicht führt ein kostenloser Verkehr dazu, dass es dann wirklich keine Grenzen mehr gibt? Ein Vereinigtes Europa! Welch eine Utopie. Außerdem muss kein Kind mehr bei einer Klassenfahrt zu Hause bleiben, wenn die Mitschüler*innen zB. nach Italien fahren weil sich die Eltern das nicht leisten können. Und die Eltern könnten dann vielleicht auch endlich mal in den Urlaub fahren, den sie sich sonst selbst auch nie hätten leisten können. Und als kleiner schöner Nebeneffekt nimmt dann auch niemand mehr das klimaschädliche Flugzeug für innereuropäische Flüge. Warum auch? Kostet ja was!

Kostenloser europäischer Zugverkehr ist:

Sozial

Proeuropäisch

Klimafreundlich

Also: wagen wir es. Angesichts von Rechtsruck und Europamüdigkeit braucht es zukunftsweisende Visionen.

Und dafür stehen wir!

A4-Beschluss: Solidarität statt Tradition - für ein neues Zusammenleben!

Antragsteller*in: GJ BUKO
 Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

795 Seitdem die traditionelle Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kindern mit der
 796 Industrialisierung zum vorherrschenden Familienbild wurde, hat sich viel
 797 verändert in unserem Zusammenleben: Durch medizinische Errungenschaften, durch
 798 Sozialversicherungssysteme, die rechtliche Gleichstellung von Frauen, durch
 799 Verhütung, die Ehe für Alle und nicht zuletzt auch durch den steten Wandel
 800 gesellschaftlicher Vorstellungen gibt es heute mehr Akzeptanz für
 801 gesellschaftliche Vielfalt. Doch wir sehen gleichzeitig vor allem in den letzten
 802 Jahren auch ein zunehmendes Erstarken konservativer, rückwärtsgerichteter Kräfte
 803 und Menschen, die sich von gesellschaftlichen Errungenschaften bedroht fühlen.
 804 Ein diffuses Bedürfnis nach Sicherheit und Zusammenhalt in einer sich schnell
 805 verändernden Welt gibt rechten Kräften Auftrieb, die auf Spaltung und
 806 Ausgrenzung setzen. Mit dem Versprechen von Sicherheit durch eine Rückkehr zu
 807 überkommenen Familien- und Gesellschaftsmodellen schaffen Parteien wie die AfD
 808 oder die CDU/CSU ein falsches Feindbild einer offenen Gesellschaft.
 809
 810 Diese Politik verkennt, dass nicht der gesellschaftliche Fortschritt für dieses
 811 Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist, sondern eine Politik, die die Schere
 812 zwischen Arm und Reich weiter aufgehen lässt und unsere Sozialsysteme aushöhlt.
 813 Die Große Koalition und die vorangegangene Schwarz gelbe Regierung hat es in den
 814 letzten Jahren versäumt, sich den aktuellen Fragen, die unser Zusammenleben
 815 betreffen, zu stellen. Noch immer leiden Menschen in sozialen Berufen von der
 816 Kinderbetreuung bis hin zur Altenpflege unter schlechten Arbeitsbedingungen und
 817 schlechter Bezahlung. Alleinerziehende und ältere Menschen sind durch ein hohes
 818 Armutsrisiko bedroht, jedes sechste Kind in unserer Wohlstandsgesellschaft
 819 wächst armutsgefährdet auf. Zusammenleben und Anschlusshalten auf dem Land wird
 820 durch eine fehlende Infrastruktur der täglichen Daseinsvorsorge und des ÖPNV
 821 zunehmend erschwert. Aber Einsamkeit ist nicht nur auf dem Land ein Problem,
 822 auch das Zusammenleben in der Großstadt kann zu fehlender Teilhabe und dem
 823 Gefühl, zwischen etlichen Menschen dennoch alleine zu sein, führen, weil Räume
 824 und Angebote fehlen, die - unabhängig vom Geldbeutel - zur sozialen Interaktion
 825 und zum Zeitverbringen einladen. Die leere Floskel "Heimat" bietet für diese
 826 realen Probleme keine Antwort. Denn nicht von außen wird eine geschützte und
 827 romantisierte Heimat, bedroht, sondern die aktuelle Politik, die soziale
 828 Ungleichheit befördert, bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
 829
 830 Auch das Patriarchat ist noch immer allgegenwärtig. Tradierte Geschlechterrollen
 831 bestimmen vielerorts unseren Alltag: Frauen leisten den Großteil unbezahlter
 832 Sorge- und Reproduktionsarbeit, steuerliche Modelle wie das Ehegattensplitting
 833 unterstützen veraltete Rollenbilder. Zudem werden weibliche Sexualität und
 834 weibliche Körper bewertet und zu reglementieren versucht. Es wird
 835 gesellschaftlich sanktioniert, wenn vorallem Frauen sich patriarchalen
 836 Vorstellungen nicht unterordnen wollen. Für uns ist klar, dass unser
 837 Zusammenleben frei von überkommenen Normen und eingrenzenden gesellschaftlichen

838 Vorstellungen überall und in jedem Lebensbereich möglich sein muss. Doch damit
839 wir nicht weiterhin in alten Rollenbildern und Normen verharren und
840 gesellschaftlicher Zusammenhalt mehr als eine leere Formel wird, liegt es an
841 uns, Visionen für das Zusammenleben abseits tradierter Familienmodelle, die
842 Abschaffung des Patriarchats und die Überwindung von Armut zu formulieren,
843 anhand derer wir sowohl konkrete Vorschläge für die Tagespolitik machen als auch
844 langfristige visionäre Projekte entwickeln können.

845 **1. Verschiedenheit ermöglichen - beginnen wir mit dem Familienvertrag.**

846 Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in der alle ohne Angst verschieden sein
847 können, in der Solidarität keine reine Floskel darstellt, Menschen selbst
848 entscheiden können ob, wen und wie sie lieben oder mit wem sie Sex haben und
849 trotz aller Unterschiede Menschen zusammen-, nicht nur nebeneinanderherleben.
850 Dafür braucht es ein neue Organisation von Gemeinschaft. Statt auf individuelles
851 oder auf die Kleinfamilie begrenztes Streben nach Bedürfnisbefriedigung zu
852 setzen, wollen wir neue Möglichkeiten für Solidarität, Gemeinschaft und
853 Verantwortungsübernahme schaffen und eine Vision von Familie schaffen, die dafür
854 offen ist.

855 Was ist Familie in diesem Sinne dann und was soll sie sein? Für uns ist Familie
856 nicht nur Mutter-Vater-Kind(er). Familien sind für uns Menschen, die
857 entscheiden, füreinanderzusorgen und miteinanderzuleben, kurz gesagt:
858 füreinander Verantwortung zu übernehmen. Die Unterschiedlichkeit von
859 Familienkonzepten ist gerade das, was wir uns für eine Gesellschaft wünschen.
860 Egal ob Alleinerziehende mit Kind, Patchwork,co parenting, das
861 gleichgeschlechtliche Pärchen, Menschen, die in einer polygamen Beziehung leben,
862 oder die drei Freund*innen, die gemeinsam entscheiden, zusammenleben zu wollen:
863 Aufgabe des Staates muss es sein, alle Formen des Zusammenlebens in ihrer
864 Unterschiedlichkeit lebenswert zu machen, rechtlich abzusichern und kein
865 patriarchales Familienmodell finanziell besser stellen. Familie ist also da, wo
866 Kinder sind - aber Familie geht auch darüber hinaus. Denn für wen und wie wir
867 Verantwortung übernehmen wollen, sollen künftig alle Menschen selbst entscheiden
868 können. "Blut ist dicker als Wasser" ist für uns keine zeitgemäße
869 Familiengrundlage, Familie ist längst keine Schicksalsgemeinschaft mehr und soll
870 es auch nicht wieder werden.

871
872 Statt an Ewiggestrigem festzuhalten, fordern wir deshalb einen Aufbruch in der
873 Familienpolitik. Statt an der Ehe als Vertrag zwischen zwei Menschen
874 festzuhalten, fordern wir, dass alle Familienmodelle gleichermaßen staatlich
875 unterstützt werden. In unserer Vorstellung verdienen zwei gleichgeschlechtliche
876 Paare, die zusammen Kinder aufziehen möchten oder das Alleinerziehende
877 Elternteil genauso staatliche Unterstützung, wie eine aktuell noch zur Norm
878 erhobene Mutter-Vater-Kind-Kleinfamilie. Alle Familien - mit und ohne Kinder -
879 sollen sich rechtlich absichern können, um z.B. unbürokratisch Auskunftsrechte
880 in Not- oder Krankheitsfällen wahrnehmen zu können.. Das ermöglichen soll ein
881 Familienvertrag. Dafür muss der starre Ehebegriff im Grundgesetz außerdem durch
882 einen vielfältigen Familienbegriff ersetzt werden. Ein solcher Familienvertrag
883 soll die Ehe ablösen und zu einer gleichberechtigten Absicherung aller
884 Familienmodelle führen.

885
886 Dadurch beenden wir steuerliche Modelle, die Einverdiener*innenehen fördern, was
887 meist mit einer geringeren Erwerbstätigkeit und finanzieller Abhängigkeit von
888 verheirateten Frauen einhergeht. So muss zu allererst und sofort das
889 Ehegatt*innensplitting abgeschafft werden. Aber auch andere jetzige finanzielle
890 Vorteile einer Ehe wie zum Beispiel Freibeträge für Kapitalerträge, Schenkungen,
891 höhere Erbschaftssteuererfreibeträge und Immobilienübertragungen, die an
892 Eherpartner*innen übertragen werden können. Hinterbliebenenrenten müssen

893 überdacht werden und gegebenenfalls an Familienverträge angepasst oder
894 abgeschafft werden.
895 Außerdem muss sich die staatliche Förderung und Besteuerung mehr an den
896 Bedürfnissen von Familien mit Kindern oder mit aufgrund von Erwerbsunfähigkeit
897 sowie Alter nicht mehr erwerbstätigen Familienmitgliedern orientieren. Deshalb
898 fordern wir die Einführung eines Systems der individuellen Besteuerung bei
899 gleichzeitiger Einführung einer Grundsicherung für Rentner*innen und einer
900 Kindergrundsicherung sowie einer Erhöhung und Flexibilisierung anderer
901 Sozialleistungen, die die Kindererziehung finanziell unterstützen. Nicht zuletzt
902 scheitern Anträge auf finanzielle Unterstützung nicht an der Berechtigung,
903 sondern an einem hohen bürokratischen Aufwand oder unnötigen Hürden, die
904 lediglich einer perfiden Logik der "richtigen" Anreizpolitik folgen. Deshalb
905 fordern wir einen einfacheren Zugang zu Sozialleistungen und ein Ende dieser
906 Gängelung.

907 **2. Gemeinschaft ist mehr als Kleinfamilie - Viel-Generationenhaus statt**
908 **Eigentumswohnung!**

909 Gemeinschaft und Solidarität sehen wir als Antwort auf Vereinzelung und den
910 Versuch, die Interessen verschiedene Personengruppen gegeneinander auszuspielen
911 oder aufzuzwiegen.
912 Doch wenn wir konstatieren, was fehlt, dann wird auch klar, dass unserere Vision
913 eines solidarischen Miteinander nicht ohne eine grundlegende Veränderung der
914 gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden kann: Konkurrenzdenken und
915 das permanente Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander können wir ohne
916 den Leistungszwang und die Verwertungslogik des kapitalistischen Systems
917 beenden. Der Zweck der Familie darf nicht ihren Höhepunkt in ihrer Funktion als
918 Wirtschaftseinheit finden, genauso wenig stellen wir uns die Familie als letzten
919 Rückzugsort vor. Gemeinschaft in der eigenen Familie oder vielleicht noch im
920 eigenen Stadtviertel darf nicht die Ablehnung der Menschen in der nächsten
921 Straße oder auch drei Orte weiter bedeuten. Für uns bedeutet das zunächst, neue
922 Formen des Zusammenlebens zu entdecken.

923
924 Wir wollen aktive Dörfer und Stadtviertel in denen Nachbar*innenschaft gelebt
925 wird, in denen man sich kennt - wenn man möchte - und sich unterstützt, wie man
926 kann.

927 Die Förderung von Wohnprojekten, etwa für mehrere Generationen oder auch für
928 verschiedene Familienkonstellation und Lebensweisen, und auch von
929 Stadtteilzentren könnten eine erste Maßnahme sein, Menschen, die Kontakt zu
930 anderen suchen, diesen zu ermöglichen. Gerade bei Wohnprojekten könnte ein
931 weiterer wichtiger Faktor Berücksichtigung finden: Sozialer Wohnungsbau.
932 Besonders in Städten ist die Möglichkeit, genau so zu leben, wie man gerne
933 möchte, eine finanzielle Herausforderung. Bezahlbarer Wohnraum gewährleistet
934 nicht nur das Recht auf Wohnen, sondern kann zur Entwicklung eines neuen
935 Miteinanders beitragen. Es dürfen keine ganze Gesellschaftsschichten aus
936 bestimmten Vierteln und ganzen Städten verdrängt werden, denn so findet eine
937 Segregation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen statt und eine
938 gesamtgesellschaftliche Solidarität wird verhindert statt sie zu befördern.
939 Stattdessen wollen wir Viertel, in denen die verschiedensten Menschen
940 zusammenleben. Wird der Wohnraum zudem so gestaltet, dass er Platz für
941 Miteinander in Gemeinschaftsgärten oder Innenhöfen, Großküchen und
942 Aufenthaltsräumen bietet, kann das maßgeblich zur Entwicklung von Gemeinschaft
943 beitragen. Es geht allgemein darum, Orte der Begegnung und des Miteinanders zu
944 schaffen und zu unterstützen. Diese Räume sollen Menschen unabhängig ihrer
945 Herkunft oder ihres Geldbeutels zur Verfügung stehen.
946 Ein vernünftig ausgebauter, ticketloser Nah- und Fernverkehr - der unserer
947 globalisierten Welt Rechnung trägt, soll den Menschen ermöglichen nicht nur vor

948 Ort zuhause zu sein, sondern an vielen Orten.

949 **3. Armut muss ein Ende finden!**

950 Doch wir stehen vor einem weiteren Problem: Unserem Wirtschaftssystem ist nicht
951 nur der Konkurrenzgedanke, sondern auch die Armut einiger Menschen inhärent. Das
952 wollen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass niemand in Armut leben muss. Wer
953 schon die eigene Lebensgrundlage nicht sicherstellen kann oder sich vor Armut im
954 Alter fürchtet, wird ein solidarisches Miteinander erschwert. Uns geht es nicht
955 darum, die Hartz IV-Sätze um ein paar Euro aufzustocken oder Elternfreibeträge
956 einen Ticken zu erhöhen. Das gute Leben für alle bedeutet, dass alle Menschen
957 genug haben, um zu leben, statt nur zu überleben. Dazu gehört gesellschaftliche
958 Teilhabe genauso wie ein angenehmer Lebensstandard, der es ermöglicht, nicht
959 mehr jeden Euro umdrehen zu müssen - und zwar unabhängig von Lohnarbeit!

960
961 Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht das aktuelle Soziale Sicherungssystem
962 gerade nicht. Hartz IV entspricht nicht ansatzweise den Anforderungen einer
963 existenzsichernden Grundsicherung, geschweige denn einen akzeptablen
964 Lebensstandard und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Regelsätze
965 müssen deshalb sofort angehoben werden – und das auf ein Niveau, das nicht nur
966 die Existenz, sondern gesellschaftliche Teilhabe sichert. Dem widerspricht, dass
967 Menschen das Existenzminimum gekürzt bekommen. Wir fordern die Sanktionspraxis
968 sofort einzustellen und Hartz IV-Sanktionen generell abzuschaffen. Das ist das
969 Minimum!

970 Darüber hinaus wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen einführen. Dafür hat
971 die GRÜNE JUGEND bereits 2007 und 2012 Konzepte vorgelegt. Das BGE soll dabei
972 Sozialleistungen nicht ersetzen, wird aber einzelne Maßnahmen überflüssig
973 machen. Für uns ist das BGE keine Utopie und kein Allheilmittel. Es lässt
974 grundsätzliche Fragen über unsere Wirtschaftsweise unberücksichtigt. Doch es ist
975 ein Schritt hin zu einer Gesellschaft, in der niemand in Armut leben und zur
976 Existenzsicherung auf Lohnarbeit angewiesen ist.

977 Es soll nicht länger einen Zwang zur Lohnarbeit geben. Das gilt natürlich in
978 besonderem Maße für die Menschen, die nicht nur für sich selbst sondern auch für
979 andere - besonders auch pflege- oder betreuungsbedürftige - Menschen
980 Verantwortung übernommen haben. Natürlich ist uns klar, dass das Ende der
981 Lohnarbeit nicht von heute auf morgen möglich ist. Und es ist wichtig zu
982 erkennen: Auch wenn es keinen Zwang zur Lohnarbeit mehr gibt, wird
983 Produktivität, also auch Arbeit, immer nötig sein, um Leben und Lebensstandards
984 zu ermöglichen. Diese soll aber ein Beitrag zur Gesellschaft, kein Mittel zum
985 Überleben sein.

986 **4. Wir starten die Care Revolution!**

987 Carearbeit wird es immer geben: auch wenn die Digitalisierung weit
988 voranschreitet und es ein Ende des Lohnarbeitszwangs gibt, es werden trotzdem
989 immer Menschen Fürsorge brauchen. Und das ist auch gut so. Eine Gesellschaft
990 lebt davon, dass die Menschen in ihr sich Gedanken umeinander machen, sich
991 umeinander kümmern und füreinander Verantwortung übernehmen. Eine solidarische
992 Gesellschaft kann es ohne diese Verantwortungsübernahme nicht geben. Doch sich
993 alleine darauf zu verlassen, dass die Einzelnen sich schon kümmern werden - im
994 Zweifelsfall diejenigen, die sich nicht dagegen wehren können - das kann keine
995 dauerhafte Lösung sein.

996 Die Pflege der Alten, die Unterstützung für Kranke und die Erziehung der Kinder
997 sehen wir als öffentliche Angelegenheit! Das bedeutet nicht, dass Menschen nicht
998 weiterhin privat füreinander sorgen werden. Aber es bedeutet, dass die gesamte
999 Gesellschaft und damit auch der Staat die Verantwortung haben, Sorgearbeit zu
1000 gewährleisten. Sorgearbeit darf nicht weiter in den unsichtbaren, privaten Raum

1001 zurückgedrängt, sondern muss politisch ausgehandelt werden!
1002 Wir wollen die Freiheit zu entscheiden: Wer will für wen sorgen, wer will von
1003 wem umsorgt werden? - Ohne dass Menschen unter Zugzwang geraten, weil es
1004 niemanden gibt, der die eigene Mutter sonst pflegen oder für die Kinder kochen
1005 würde.
1006
1007 Wie kann es sein, dass es noch immer Frauen sind, die den Großteil der
1008 reproduktiven Arbeit leisten? Die althergebrachte Forderung, Frauen in den
1009 Produktionszyklus miteinzubinden, ist ihrer Verwirklichung inzwischen sehr viel
1010 näher. Nur ihr Ziel - nämlich reproduktive Arbeit neu zu verteilen und so zur
1011 Emanzipation der Frau aus ihrer Abhängigkeit zu kommen, hat sich nicht erfüllt.
1012 Stattdessen stellt sich zunehmend eine Doppelbelastung aus produktiver
1013 Lohnarbeit und und reproduktiver unbezahlter Arbeit her. Es liegt nicht in "der
1014 Natur der Frau" die Hausarbeit zu machen und dennoch hat sich die "weibliche
1015 Rolle" in den letzten Jahren nicht etwa aufgelöst, sondern trägt weiterhin dazu
1016 bei Frauen zu unterdrücken - diese Machtverhältnisse aufzulösen, ist unser Ziel.
1017 In den letzten Jahren erleben wir immer stärker, dass Tätigkeiten, die in der
1018 Vergangenheit als Hausarbeit galten und privat ausgeführt wurden, in
1019 Erwerbsarbeit überführt werden. Diese Entwicklung begrüßen wir grundsätzlich, da
1020 sie die patriarchale Trennung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre
1021 auflockert und zur Entlohnung von bisher unbezahlter Arbeit führt. Dafür sind
1022 Frauen auch diejenigen, die im neuen Dienstleistungssektor Pflege, Erziehung,
1023 Putzen und Bedienen auch in Lohnarbeit wieder zum großen Teil übernehmen. Die
1024 Bezahlung ist oft mies, die Arbeitsbedingungen bestimmen sich aus einer Mischung
1025 aus finanziellem und zeitlichen Druck.
1026
1027 Dieses Problem betrifft uns alle. Denn im Laufe ihres Lebens sind fast alle
1028 Menschen auf Pflege, Betreuung oder Versorgung angewiesen – und das oftmals
1029 unter Umständen, in denen sie besonderen Schutz benötigen. Doch die Zustände in
1030 Pflege- und Betreuungseinrichtungen stellen in Frage, ob dieser Schutz im Moment
1031 gewährleistet werden kann. In der Pflege sind im Moment 17.000 Stellen
1032 unbesetzt, laut Bertelsmann-Studie fehlen knapp 100.000 Erzieher*innen.
1033 SPD und Union haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, 8000 neue
1034 Pflegestellen im Rahmen eines Sofortprogrammes zu schaffen – obschon deutlich
1035 ist, dass der Bedarf um ein Vielfaches höher ist und es sich lediglich um
1036 Augenwischerei handelt, nicht um eine tiefgreifende Verbesserung im
1037 Pflegesektor. Konkrete Vorschläge, wie das Anwerben von Fachkräften aus dem
1038 Ausland, die vermeintlich eher bereit seien, bei niedrigem Lohn schlechte
1039 Arbeitsbedingen auszuhalten, verdeutlichen, dass die schlechten Bedingungen der
1040 Sorgearbeit nicht angegangen, sondern bloß auf andere Frauen umverteilt werden
1041 sollen. Es findet real keine Verbesserung der Lebenssituation von Pflegenden
1042 und damit von v.a. vielen Frauen statt und auch die gesellschaftlichen
1043 geschlechtsspezifischen Zuschreibungen werden höchstens um eine rassistische
1044 Komponente ergänzt.
1045 Wir fordern deshalb, dass Sorgearbeit von gut ausgebildeten und gut bezahlten
1046 Fachkräften ausgeübt werden soll. Es braucht viel mehr qualifiziertes Personal,
1047 um die angespannte Personalsituation zu entlasten. Tägliche Überstunden, das
1048 Nichteinhalten der gesetzlichen Ruhezeiten und Vertretungsdienste an freien
1049 Tagen dürfen nicht länger die Regel sein!
1050 Damit verbunden muss auch bei der Qualität in Krankenhäusern und
1051 Pflegeeinrichtungen nachgebessert werden, schon alleine, um das Personal auch im
1052 Arbeitsfeld zu halten.
1053
1054 In Einrichtungen der Kindertagesbetreuung aber auch in Altenheimen sind die
1055 Wartelisten oftmals sehr lang und selbst wenn man endlich bei der Vergabe
1056 berücksichtigt wird, bedeutet dies nicht, dass man einen bedarfsgerechten Platz

1057 erhält. Wir fordern daher, dass verbunden mit einem Ausbau der Qualität auch
1058 eine Erweiterung des Angebots einhergeht, die an den Lebensrealitäten von
1059 Menschen orientiert ist. Kritisch sehen wir jedoch Angebote, die zu einer
1060 weiteren Entgrenzung des Arbeitsmarktes beitragen könnten – nur weil es 24
1061 Stunden KITAS gibt, was grundsätzlich besonders für Menschen im Schichtdienst
1062 auch zu begrüßen ist, sollten Arbeitnehmer*innen niemals gezwungen werden
1063 können, dieses Angebot auch zu nutzen. Betreuungsangebote sollten vor allem die
1064 Bedürfnisse von Familien berücksichtigen, nicht zuvorderst die des
1065 Arbeitsmarktes.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A5-Beschluss - Arbeit anders machen - Selbstbestimmung statt Lohnarbeitszwang!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

1069 Die Digitalisierung schreitet rasant voran, verändert schon jetzt all unsere
1070 Lebensbereiche und wird in den nächsten Jahren zu immer größeren Umbrüchen
1071 insbesondere in der Arbeitswelt führen. Immer wieder wird sie als Revolution der
1072 Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Revolution setzt jedoch einen radikalen Bruch
1073 mit den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus. Doch auch wenn grundlegende
1074 Veränderungen der Arbeitswelt gewiss und auch jetzt schon erlebbar sind, führt
1075 die Digitalisierung nicht automatisch zur Überwindung von bestehenden Problemen
1076 und verbessert nicht automatisch die Lebenssituation von Menschen, die auf
1077 Lohnarbeit angewiesen sind. Ganz im Gegenteil gibt es die Gefahr, dass sie
1078 bestehende Ungerechtigkeiten, Abhängigkeiten und Machtkonzentrationen noch
1079 verstärkt und zu einem immer größeren Zwang zur Selbstoptimierung und einer
1080 immer größeren Entgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit führt. So führten die
1081 ersten Automatisierungsprozesse zu Rationalisierungsmaßnahmen. Sie führten aber
1082 auch zu einem gesellschaftlichen Umbruch, in dem die frühe Digitalisierung zur
1083 einem entspannteren Arbeiten und mehr Freizeit führte. Seit der modernen
1084 Digitalisierung ist diese Bewegung jedoch rückläufig. Kapitalistische Zwänge
1085 führen zu einem immer größer werdenden Druck in der Digitalisierung und der
1086 damit verbundenen Prozessoptimierung, woraus noch mehr Leistungsdruck und noch
1087 härteren Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten folgt. Wir dürfen die
1088 Digitalisierung nicht allein als Prozessoptimierer und Kosteneinsparer
1089 betrachten, sondern müssen zurück zu den Basics. Denn die Digitalisierung birgt
1090 auch das Potenzial, die Selbstbestimmung und Rechte von Arbeitnehmer*innen zu
1091 stärken und langfristig eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der jeder Mensch
1092 frei über seine Zeit verfügen kann und die notwendige Arbeit und der
1093 gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt sind.

1094 **Modernisierung der Arbeitswelt politisch gestalten**

1095 Welches dieser Szenarien eintritt, hängt davon ab, ob und wie die
1096 Digitalisierung politisch gestaltet wird. Wir wollen uns weder einem blinden
1097 Technikglauben noch einer rückwärtsgewandten Technikfeindlichkeit hingeben,
1098 sondern die Chancen der Digitalisierung im Wissen ihrer Risiken nutzen. Denn die
1099 Entwicklung der technischen Möglichkeiten ist für uns kein Selbstzweck, sondern
1100 ein Mittel für gesellschaftlichen Fortschritt und ein Mehr an Gerechtigkeit und
1101 Freiheit. Dafür müssen wir begeisternde Visionen schaffen, die aufzeigen, wie
1102 wir Arbeit in einer digitalisierten Welt denken können und wie die
1103 Digitalisierung zur größeren Freiheit des Individuums beitragen kann. Für uns
1104 ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn sich die Produktion in Zukunft an den
1105 Bedürfnissen von Menschen und nicht an Profiten orientiert. Das bedeutet auch,
1106 dass wir mit den neoliberalen Glaubenssätzen von Privatisierung, Vermarktlichung
1107 und Deregulierung brechen müssen. Nur durch einen echten politischen
1108 Gestaltungswillen, klare Regulierungen, Lust an der Veränderung und einer
1109 Überwindung der reinen Verwertungslogik kann die Digitalisierung im Sinne der

1110 Selbstbestimmung und Gerechtigkeit umgesetzt werden. Die technischen
1111 Möglichkeiten für eine Gesellschaft ohne Armut und Zwang zur Lohnarbeit sind
1112 immer mehr gegeben - lasst sie uns gemeinsam nutzen!
1113 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Lohnarbeit
1114 angewiesen sind, um ihre Existenz zu sichern. Die Digitalisierung kann
1115 langfristig dazu führen, dass das Maß an Arbeit, das von Menschen getätigt
1116 werden muss, abnimmt. Das ist für uns nichts Negatives, sondern kann in
1117 Verbindung mit einem funktionierenden System der sozialen Sicherung und einer
1118 gerechten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit zu mehr Freiheit und
1119 Selbstbestimmung beitragen. Was wir brauchen ist keine Arbeitsplatzreduktion,
1120 sondern eine Arbeitszeitreduktion bei gleichem Gehalt! Es wäre zu kurz gedacht,
1121 drohende Arbeitsplatzverluste im Hier und Jetzt deshalb schön zu reden, da diese
1122 mit der Gefahr von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden sind. Die
1123 genannten Verbesserung treten nur dann ein, wenn die Digitalisierung von einer
1124 emanzipatorischen Sozial- und Arbeitspolitik begleitet und gestaltet wird,
1125 weshalb wir in diesem Antrag einen Schwerpunkt auf diese Themenfelder legen. Wir
1126 wollen Perspektiven für Menschen, deren Arbeitsplatz durch die Digitalisierung
1127 bedroht ist und den Einsatz für Arbeitnehmer*innenrechte mit der langfristigen
1128 Vision einer Gesellschaft, in der Menschen selbst über ihre Zeit und
1129 Arbeitskraft verfügen können, zusammen denken.
1130
1131 Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die den digitalen Wandel dazu genutzt hat, den
1132 Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir:

1133 **1. Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen!**

1134 Die Digitalisierung der Arbeitswelt soll und muss zur Reduzierung der durch
1135 Menschen geleisteten Arbeit führen. Arbeit, die von Maschinen übernommen werden
1136 kann und deren Übertragung an Maschinen ethischer Konsens ist, sollte Maschinen
1137 überlassen werden, um dadurch wieder mehr Freiräume für das Leben der Menschen
1138 zu schaffen. Wir begegnen dem digitalen Wandel nicht mit dem Schüren von Ängsten
1139 vor Arbeitsplatzverlust, sondern mit Vorfreude auf weniger Arbeit, die wir auf
1140 mehr Schultern verteilen. Wir wollen nicht verhindern, dass den Menschen Arbeit
1141 abgenommen werden kann. Doch wir wollen, dass aus weniger benötigter Arbeit
1142 weniger Arbeit für alle wird und, dass es bei dieser Entwicklung gerecht zugeht.
1143 Die GRÜNE JUGEND fordert für alle Arbeitnehmer*innen die 28-Stunden Woche als
1144 neue Vollzeit mit der Perspektive auf weitere Verkürzungen und perspektivisch
1145 die Möglichkeit für alle Arbeitnehmer*innen, ihre Arbeitszeit flexibel mit den
1146 Arbeitgeber*innen zu vereinbaren und weiter abzusenken, ohne das Rückkehrrecht
1147 auf Vollzeit zu beschneiden. Statt Arbeitsplatzreduktion im Zuge der
1148 Digitalisierung wollen wir eine Arbeitszeitreduktion.
1149 Arbeit bedeutet heute für den Großteil der Menschen - auch im Gegensatz zu den
1150 Sozialsystemen - finanzielle und soziale Absicherung und die muss unter allen
1151 Umständen gewahrt bleiben. Als einen Schritt dorthin betrachten wir die
1152 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches die Menschen zunächst
1153 vor Existenzsorgen schützen soll.
1154
1155 Das Weniger an Arbeit und ihre grundlegende Veränderung wird sich insbesondere
1156 in der Industrie abspielen. Es wird weiterhin ein produzierendes Gewerbe
1157 brauchen: Denn eine gute Infrastruktur baut sich nicht von alleine. Wir wollen
1158 eine Industrie, die ökologisch und nachhaltig produziert, um
1159 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die sich nach den
1160 Bedürfnissen der Menschen und nicht des Marktes richtet. Wir erkennen an, dass
1161 die Menschen, die beispielsweise in den Thyssen-Krupp Stahlwerken im Ruhrgebiet
1162 arbeiten und um ihre Jobs bangen, berechnete Sorgen um die eigene Zukunft und
1163 Lebensgrundlage haben. Durch globale Zusammenhänge wird diese existenzielle
1164 Bedrohung vielerorts noch verstärkt.

1165 Deshalb braucht es insbesondere für den Übergangszeitraum nach der Veränderung
1166 von individuellen Fabriken & Co auf der einen Seite und der generellen
1167 Produktion auf der anderen Seite, staatliche Regulierung und Unterstützung. Ein
1168 Förderfonds kann dabei helfen, Industriearbeitsplätze, wenn dringend notwendig,
1169 für einen stark begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten. Eingebettet in eine
1170 Europäische Industriestrategie muss der Strukturwandel so aktiv gestaltet
1171 werden.

1172
1173
1174
1175
1176
1177

1178 Das Kapitalistische System schafft durch die Digitalisierung immer größer
1179 werdenden Druck zur Gewinnmaximierung. Der damit einhergehende und angestrebte
1180 Arbeitsplatzverlust führt zu sinkenden Sozialabgaben aus der Wirtschaft, sowie
1181 zu sinkenden Steuereinnahmen anhand der Einkommenssteuer der Arbeitnehmer*innen.
1182 Wir wollen sicherstellen, dass dieser Verlust an Einnahmen kompensiert wird.
1183 Dazu braucht es eine höhere progressiv ansteigende Besteuerung der Gewinne von
1184 Unternehmen und andere geeignete Instrumente! Dabei muss sichergestellt sein,
1185 dass diese Instrumente die Digitalisierung und Modernisierung der Gesellschaft
1186 nicht hemmen. Denn statt Digitalisierungsblockaden braucht es unter Anderem
1187 Stärkung des Kündigungsschutzes, stärkere Betriebsräte, besonders im
1188 Mitspracherecht bei Kündigungen und stärkere Gewerkschaften durch beispielsweise
1189 eine Stärkung des Streikrechts.

1190 **2. Arbeit gerecht gestalten!**

1191 Immer mehr Menschen bearbeiten nach Feierabend noch schnell ein paar Mails oder
1192 klären Berufliches zwischendurch in der WhatsApp-Gruppe. Gerade in StartUps und
1193 Unternehmen, die sich schnell den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen
1194 (wollen), gewinnen Teamgefühl, gute technische Ausstattung und der Kicker im
1195 Pausenraum an Bedeutung.

1196 Doch der Druck zur Produktivitätssteigerung ist auch dort vorhanden, wo der
1197 Arbeitsplatz als neuer Lebensmittelpunkt gefeiert und gestaltet wird. Diese
1198 Strategie nutzt die emotionale Bindung an Team und Arbeitsstelle aus, um extrem
1199 niedrige Bezahlung und abstruse Arbeitszeiten zu rechtfertigen.

1200 Seit die Notwendigkeit zur Anwesenheit in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr
1201 gegeben ist, erleben wir die Ambivalenz der damit einhergehenden

1202 Flexibilisierung. Einerseits findet eine immer größer werdende Entgrenzung
1203 zwischen Arbeit und Freizeit statt, andererseits bietet sie die Chance
1204 selbstbestimmter zu arbeiten und Arbeit neu zu strukturieren.

1205 Diese Chance sollten wir nutzen und gleichzeitig verhindern, dass Arbeitnehmende
1206 dem Druck ausgesetzt sind, ständig erreichbar und immer im Leistungsmodus sein
1207 zu müssen.

1208 Deshalb wollen wir, dass Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit, dort wo möglich, nach
1209 dem Gleitzeitmodell frei einteilen können, aber dass auch hier eine strikte
1210 Zeitgrenze von 8-20 Uhr gewahrt wird. Auch das Home Office, das in den letzten
1211 Jahren immer beliebter wurde, kann zu einem Mehr an Selbstbestimmung führen.
1212 Doch wir müssen dafür sorgen, dass Pausenzeiten und Stundenzahlen auch im
1213 HomeOffice eingehalten werden, um Ausbeutung zu verhindern.

1214 Mehr Frei(zeit)!

1215 Wir finden: Arbeit ist fürs Leben da, nicht das Leben für die Arbeit. Deshalb
1216 wollen wir mehr Freiräume für Arbeitnehmer*innen schaffen, auch über die
1217 Absenkung der Wochenarbeitszeit hinaus: die gesetzliche Mindesturlaubszeit soll

1218 auf mindestens 7 Wochen erhöht werden. Außerdem sollen Arbeitnehmer*innen das
1219 Recht auf Auszeiten haben: wir wollen ermöglichen, dass Arbeitgeber*innen
1220 mindestens ein Sabbatical pro 10 Jahre Erwerbsarbeit gewähren müssen.
1221 Arbeitnehmende können so ohne Angst vor Jobverlust & Existenzangst eine Auszeit
1222 von ihrer beruflichen Tätigkeit nehmen.

1223 Guter Lohn für alle!

1224 Insbesondere solange Lohnarbeit etwas ist, von dem ein Großteil der Menschen
1225 abhängig ist, muss diese gut entlohnt werden - gerade, wenn wir die Chancen der
1226 Digitalisierung nutzen und Arbeit reduzieren wollen. Arbeit ist für
1227 Arbeitnehmer*innen kein Selbstzweck, sondern dient ihnen in erster Linie zur
1228 Finanzierung ihres Überlebens und des eigenen Lebensstandards. Die Löhne in
1229 Deutschland sind im europäischen Vergleich Schlusslicht. Mehr und mehr Menschen
1230 können nicht länger von ihrem Gehalt leben, während gleichzeitig Bonis von
1231 Managern & Co immer weiter steigen. Und zu viele Unternehmen nutzen den Luxus,
1232 ihren Mitarbeiter*innen so wenig Lohn zu zahlen, dass die Solidargemeinschaft
1233 eingreifen und Gehälter aufstocken muss, um Menschen ein menschenwürdiges
1234 Leben für sich und ihre Familie zu ermöglichen.
1235 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb klar, dass gut bezahlte und unbefristete
1236 Arbeit wieder zum Standard werden muss. Alle Ausnahmen vom Mindestlohn sollen
1237 ersatzlos gestrichen werden, der Mindestlohn selbst kontinuierlich erhöht
1238 werden. Wir setzen uns für eine Anhebung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde
1239 ein - bei gleichzeitiger Festsetzung einer Lohnobergrenze, die sich an dem
1240 Gehalt derer im Unternehmen orientiert, die am wenigsten verdienen. Die
1241 Lohnobergrenze wollen wir auf das zehnfache des niedrigsten Lohnes festsetzen.
1242 Langfristig denken wir über die Entkoppelung des Lohns von der geleisteten und
1243 der festgeschriebenen Stundenzahl nach. Entlohnung auf Verhandlungs- und
1244 Vertrauensbasis kann ein Schritt hin zu einem fairen und solidarischen
1245 Miteinander sein, uns ist jedoch bewusst, dass sie im Rahmen der bestehenden
1246 Verhältnisse zu einer Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten führen würde.

1247 Selbstständige unterstützen!

1248 Bei alledem müssen wir auch diejenigen im Blick behalten, die in keinem
1249 Arbeitnehmendenverhältnis sind und als (Solo-)Selbstständige, Freelancer, Cloud-
1250 oder Clickworker ihr Geld verdienen. Die Zahl der Selbstständigen steigt und
1251 wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter tun. Selbstständige sind
1252 unterschiedlichen gesetzlichen Regularien ausgesetzt, die nicht nur verwirren,
1253 sondern auch allesamt keinen Schutz vor Ausbeutung, sowie keine
1254 Sozialversicherung und Unfallversicherung garantieren. Wir wollen deshalb in
1255 jeder Kommune ein Zentrum als Beratungsstelle für Selbstständige aufbauen, das
1256 dabei hilft Ausbeutung und Leistungsdruck zu bekämpfen. Langfristig wollen wir
1257 einen gesetzlichen Schutz für Selbstständige schaffen, indem auch ihr Recht auf
1258 Freizeit festgeschrieben wird. Gegen Scheinselbstständigkeit wollen wir
1259 konsequent vorgehen und hier vor allem die Unternehmen statt den ihrerseits
1260 abhängigen (Schein-)Selbstständigen in die Pflicht nehmen.

1261 Datenschutz und Privatsphäre schützen!

1262 Neue technologische Möglichkeiten bergen auch eine Gefahr für die Privatsphäre
1263 der Arbeitnehmenden: Von wann bis wann der Rechner genutzt wurde, welche
1264 Rufnummern angerufen wurden und welche Websites besucht wurden, lässt sich in
1265 Zukunft leichter erfassen als bisher. Wir wollen die Privatsphäre der
1266 Arbeitnehmenden absichern und fordern daher die Pflicht für Unternehmen
1267 Arbeitsgeräte für berufliche Tätigkeiten im Home Office zur Verfügung zu
1268 stellen. Wir wollen die Arbeitnehmer*innenrechte stärken, damit sie nicht eigene

1269 Arbeitswerkzeuge für die berufliche Tätigkeit nutzen müssen. Denn der Trend zum
1270 HomeOffice darf nicht dazu führen, dass die privaten Geräte der Arbeitnehmenden
1271 mit den privatesten Daten in das Berufsleben eingebunden werden. Darüberhinaus
1272 wollen wir das Recht auf Privatsphäre am Arbeitsplatz - egal ob im Büro oder
1273 HomeOffice - festschreiben. Softwares, die zur Kontrolle der Arbeitsleistung der
1274 Mitarbeitenden dienen und somit als Überwachungstechnologien dienen, wollen wir
1275 hingegen verbieten.

1276 **3. Digitalisierung zur Revolution der Geschlechterverhältnisse nutzen?!**

1277 Als feministischer Verband denken wir den Kampf für Gleichberechtigung in all
1278 unserem politischen Handeln mit. Unser Ziel ist es deshalb, die Digitalisierung
1279 der Arbeitswelt so zu gestalten, dass sie zu einer Überwindung von ungleichen
1280 Geschlechterverhältnissen und Bildern beiträgt. Häufig wird behauptet, dass eine
1281 Flexibilisierung der Arbeit automatisch die Besserstellung von Frauen mit sich
1282 bringt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt. Das ist jedoch
1283 keine Selbstverständlichkeit, in vielen Fällen führt genau diese
1284 Flexibilisierung zu einer Mehrbelastung von Frauen, die sich weiterhin um die
1285 häusliche Care-Arbeit kümmern müssen und sich gleichzeitig immer weniger
1286 gegenüber ihrem Beruf abgrenzen können. Dafür ernten sie häufig auch noch
1287 Missbilligung und fehlendes Verständnis, auch von der eigenen Familie. Hinzu
1288 kommt, dass die zunehmende Entgrenzung und Verschmelzung von Arbeitskraft und
1289 Privatperson zu einer hohen Belastung in Berufen führt, die traditionell von
1290 Frauen ausgeübt werden. So sind zum Beispiel die Depressionsraten in Service-
1291 und Sozialberufen besonders hoch.

1292 Unser Ziel kann es insgesamt nicht sein, dass Frauen Beruf und Familie ein
1293 bisschen besser unter einen Hut bekommen und der Großteil der Care- und
1294 Reproduktionsarbeit weiter an ihnen hängen bleibt, bzw. durch die vermeintliche
1295 Verbesserung noch stärker übernehmen. Stattdessen müssen wir die Digitalisierung
1296 der Arbeitswelt so nutzen, dass sie zum Beispiel durch eine allgemeine
1297 Arbeitszeitverkürzung eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung von Care-
1298 Arbeit ermöglicht - bei der nicht mehr Frauen die alleinige Verantwortung für
1299 diese tragen.. Das kann nur gelingen, wenn wir die Digitalisierung mit unseren
1300 sonstigen feministischen Forderungen, arbeitsmarktpolitisch und darüber hinaus,
1301 zusammen denken.

1302

1303 Weiterhin setzt eine feministische Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft
1304 grundlegende Veränderungen im Bereich der Care-Berufe voraus. Die
1305 Digitalisierung führt dazu, dass viele Tätigkeiten, die bisher von Menschen
1306 ausgeübt werden, in Zukunft von Maschinen übernommen werden können. Es gibt
1307 jedoch auch Bereiche, bei denen wir es wichtig finden, dass sie auch in Zukunft
1308 von Menschen ausgeübt werden. Das heißt nicht, dass nicht auch in diesen
1309 Bereichen die Digitalisierung zur Erleichterung der Arbeit und Verbesserung der
1310 Arbeitsverhältnisse genutzt werden soll. Es gibt jedoch Kernbereiche,
1311 insbesondere im Spektrum der Care-Berufe, die zwischenmenschliche Beziehung und
1312 Empathie voraussetzen und das auch in Zukunft sollen. Im Moment werden diese
1313 Tätigkeiten zum großen Teil von Frauen ausgeübt. Damit die Digitalisierung der
1314 Arbeitsverhältnisse nicht zu einer Schlechterstellung von Frauen führt, müssen
1315 also Berufe, die in diese Kategorie fallen und die auch in Zukunft von Menschen
1316 ausgeübt werden sollen, aufgewertet, im Sinne einer fairen Bezahlung und
1317 besseren Arbeitsbedingungen, werden.

1318 **4. Arbeit demokratisieren**

1319 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen über Herstellung
1320 und Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch getroffen werden.
1321 Deshalb streben wir nach einer Wirtschaftsdemokratie, also die demokratische

1322 Organisaton von Wirtschaft. Leider sind wir von diesem Ziel im Moment weit
1323 entfernt: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Vereinzelung in neoliberalen
1324 Zeiten haben Gewerkschaften, als Formen der kollektiven Interessensvertretung,
1325 an Bedeutung und Macht verloren. Doch wir sind davon überzeugt, dass in der
1326 Digitalisierung auch Chancen für ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung
1327 liegen. Durch neue Formen der Kommunikation und neue Konzepte der Zusammenarbeit
1328 und Entscheidungsfindung, können Hierarchien abgebaut und eine stärkere
1329 Beteiligung von Arbeitnehmer*innen sicher gestellt werden. Diese Nutzung von
1330 Digitalisierungsschüben im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft, setzt
1331 jedoch voraus, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.
1332 Das bedeutet zunächst, dass wir uns nicht mit Scheinbeteiligung zufrieden geben
1333 dürfen. In immer mehr Unternehmen wird durch freundschaftlichen Umgang, eine
1334 stärkere Feedbackkultur, der zunsahmenden Identifikation mit dem Betrieb und
1335 einer Vermischung von Berufs- und Privatleben der Eindruck von hierarchiefreier
1336 Mitbestimmung erweckt. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um einen
1337 Trugschluss, da die ökonomische Macht, sowohl im Sinne des Eigentums an
1338 Produktionsmitteln als auch der tatsächlichen Entscheidungsbefugnis, nach wie
1339 vor bei den Arbeitgeber*innen liegt. Für eine tatsächliche
1340 Wirtschaftsdemokratie gilt es deshalb, die Machtfrage zu stellen. Das bedeutet
1341 zum einen, dass wir eine gemeinschaftlich organisierte Wirtschaft brauchen, in
1342 der Entscheidungsbefugnisse, Produktionsmittel und damit Macht gerecht verteilt
1343 sind. Außerdem sehen wir folgende mittelfristige Schritte als notwendig:
1344
1345 Erstens müssen die Rechte von Gremien der kollektiven Mitbestimmung, also
1346 insbesondere von Betriebsräten gestärkt werden. In den letzten Jahren konnten
1347 wir sehen, wie immer wieder das Prinzip der individuellen Partizipation dem der
1348 kollektiven Mibestimmung vorgezogen wurde. Dieser Trend führt jedoch im
1349 Endeffekt zu einer enormen Schwächung der Position von Arbeitnehmer*innen,
1350 gerade wenn es um hard facts wie Lohnverhandlungen geht. Wir setzen uns dafür
1351 ein, dass Betriebsräte gerade in den Bereichen, in denen die Digitalisierung
1352 sich am deutlichsten abzeichnet, ein Mitspracherecht bekommen. So fordern wir
1353 eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsräten ein
1354 Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen rund um Home Office und
1355 Arbeitszeitvereinbarungen gibt. Außerdem setzt eine wirkliche Demokratisierung
1356 von Unternehmen voraus, dass Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder
1357 arbeitsrechtlichen, sondern auch unternehmerischen Fragen mitentscheiden
1358 können. Wir wollen, dass auch Menschen, die sich gerade im Bereich der
1359 Scheinselbstständigkeit befinden, die Möglichkeit einer kollektiven Vertretung
1360 und Teil eines Mitbestimmungsprozesses werden. Dafür brauchen wir einen neuen
1361 Begriff von Betrieben, der auch diese Formen der Beschäftigung erfasst und die
1362 Organisierung ermöglicht.
1363
1364 Zweitens wollen wir die gesellschaftliche Rolle von Gewerkschaften stärken.
1365 Unser Demokratiebegriff geht über die rein politische Sphäre hinaus, sondern
1366 umfasst die gesamte Gesellschaft und damit insbesondere auch Wirtschaft und
1367 Arbeitsleben. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie können
1368 ein wichtiger Gegenpol zur zunehmenden Demokratieverdrossenheit sein, sofern sie
1369 konsequent die Interessen von Arbeitnehmer*innen vertreten und gleichzeitig ein
1370 politisches Mandat einnehmen und an Prozessen der gesellschaftlichen
1371 Willensbildung teilnehmen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des
1372 politischen Streikrechts ein. Die Arbeit von Gewerkschaften wird durch die
1373 zunehmende Entkopplung von Arbeit von einem bestimmten Ort erschwert, da
1374 Massenbetriebe zunehmend ihre Bedeutung als Ort der politischen Mobilisierung
1375 verlieren. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften die neuen
1376 Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen
1377 und einzubinden.

1378

1379 Für uns ist klar, dass sich unser Kampf für eine Demokratisierung der
1380 Wirtschaft nicht auf den nationalen Rahmen beschränken darf, sondern global
1381 gedacht werden muss. Wir wollen Mitbestimmung überall ermöglichen. Ein erster
1382 Schritt dafür ist die Einführung einer verpflichtenden und tatsächlichen
1383 betrieblichen Mitbestimmung für alle Gesellschaftsformen des EU-Rechts. So
1384 wollen wir etwa die Montanmitbestimmung europaweit garantieren.

1385 **5. Digitales in die Bildung - Gerechtigkeit von Anfang an mitdenken!**

1386 Als GRÜNE JUGEND sehen wir Bildung als Weg zur kritischen Bewusstseinsausbildung
1387 und Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung - nicht als ersten Schritt in die
1388 Zwänge von Verwertungslogik & Co. Der Zweck und Auftrag von Schule und anderen
1389 Bildungseinrichtungen darf deshalb nicht die reine Vorbereitung auf das
1390 Arbeitsleben sein. Doch die Realität sieht anders aus: insbesondere Kinder und
1391 Jugendliche aus armen Familien sind darauf angewiesen in der Schule digitale
1392 Möglichkeiten kennenzulernen und zu lernen mit ihnen umzugehen und zu arbeiten -
1393 auch und gerade wenn zuhause kein Tablet oder die neusten Gadgets zur Verfügung
1394 stehen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass bereits bestehende Ungleichheiten und
1395 Ungerechtigkeiten, die mit und im Bildungssystem zementiert werden, noch
1396 gravierendere Auswirkungen auf die Zukunft dieser Menschen hat. Deshalb fordern
1397 wir als GRÜNE JUGEND den digitalen Wandel in den Schulen beginnen zu lassen.
1398 Dieser bestimmt heute den Alltag der meisten Schüler*innen, Auszubildenden und
1399 Studierenden, den Schulalltag meist jedoch nur mäßig bis gar nicht. Die
1400 Realität, dass 9 von 10 Schüler*innen ein Smartphone in der Tasche haben,
1401 einfach durch ein Anschalt-Verbot totzuschweigen, wird unserem Anspruch auf
1402 zeitgemäße Schulbildung nicht gerecht.
1403 Wir wollen digitale Bildung als ganzheitliche Bildungsaufgabe in den Lehrplänen
1404 verankern. Digitalunterricht stellen wir uns nicht als weitere Unterrichtsstunde
1405 vor, die im Rahmen des Informatikunterrichts nebenbei mitgemacht wird. Er muss
1406 allumfassend sein und auch die bisherigen Bildungsinhalte hinterfragen. Digitale
1407 Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit, sondern auch Wissensspeicher.
1408 Diesen erfolgreich zu nutzen anstatt das Auswendiglern-Bildungssystem
1409 unreflektiert fortzusetzen, ist nur ein Aspekt von vielen.
1410 Für Lehrkräfte braucht es umfassende Fortbildungen. Das Bildungssystem ist
1411 gerade in Bezug auf den digitalen Wandel absolut defizitär und muss grundlegend
1412 erneuert werden. Dafür bedarf es auch einer entsprechenden finanziellen
1413 Ausstattung. Die GRÜNE JUGEND fordert die Aufhebung des Kooperationsverbotes als
1414 Chance zu nutzen, um die Schulen mit fortgebildeten Lehrkräften, aber auch
1415 hochwertiger Hardware und Hochleistungsanschlüssen zum Internet auszustatten.
1416
1417 Digitale Bildung soll jedoch auch nicht nach dem Schulabschluss enden, sondern
1418 einen lebenslangen Prozess darstellen, da die Menschen mit dem Fortschreiten des
1419 digitalen Wandels auch immer die Befähigung erhalten müssen, die neu
1420 entstehenden Chancen und Risiken als solche auszumachen und zu nutzen. Bezahlter
1421 Bildungsurlaub für Aus- und Weiterbildung für alle Menschen egal welchen Alters
1422 bleibt daher Grundforderung der GRÜNEN JUGEND. Der digitale Wandel kann nur
1423 gesamtgesellschaftlich zum Erfolg werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

A5-Beschluss: Arbeit anders machen - Selbstbestimmung statt Lohnarbeitszwang!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Beschlussdatum: 29.04.2018
Tagesordnungspunkt: 6. Visionen

Antragstext

1069 Die Digitalisierung schreitet rasant voran, verändert schon jetzt all unsere
1070 Lebensbereiche und wird in den nächsten Jahren zu immer größeren Umbrüchen
1071 insbesondere in der Arbeitswelt führen. Immer wieder wird sie als Revolution
1072 der Arbeitsverhältnisse bezeichnet. Revolution setzt jedoch einen radikalen
1073 Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen voraus. Doch auch wenn
1074 grundlegende Veränderungen der Arbeitswelt gewiss und auch jetzt schon erlebbar
1075 sind, führt die Digitalisierung nicht automatisch zur Überwindung von
1076 bestehenden Problemen und verbessert nicht automatisch die Lebenssituation von
1077 Menschen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind. Ganz im Gegenteil gibt es die
1078 Gefahr, dass sie bestehende Ungerechtigkeiten, Abhängigkeiten und
1079 Machtkonzentrationen noch verstärkt und zu einem immer größeren Zwang zur
1080 Selbstoptimierung und einer immer größeren Entgrenzung zwischen Arbeit und
1081 Freizeit führt. In der Geschichte wurden wirtschaftliche Rationalisierungs- und
1082 Automatisierungsprozesse meist nicht zur Entlastung von Arbeitnehmer*innen
1083 genutzt, sondern führten oft zu noch mehr Leistungsdruck und härteren
1084 Arbeitsbedingungen. Das muss und kann mit der Digitalisierung anders laufen.
1085 Denn sie birgt auch das Potenzial, die Selbstbestimmung und Rechte von
1086 Arbeitnehmer*innen zu stärken und langfristig eine Gesellschaft zu
1087 ermöglichen, in der jeder Mensch frei über seine Zeit verfügen kann und die
1088 notwendige Arbeit und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt sind.

1089 **Modernisierung der Arbeitswelt politisch gestalten**

1090 Welches dieser Szenarien eintritt, hängt davon ab, ob und wie die
1091 Digitalisierung politisch gestaltet wird. Wir wollen uns weder einem blinden
1092 Technikglauben noch einer rückwärtsgewandten Technikfeindlichkeit hingeben,
1093 sondern die Chancen der Digitalisierung im Wissen ihrer Risiken nutzen. Denn die
1094 Entwicklung der technischen Möglichkeiten ist für uns kein Selbstzweck,
1095 sondern ein Mittel für politischen Fortschritt und ein Mehr an Gerechtigkeit
1096 und Freiheit. Dafür müssen wir begeisternde Visionen schaffen, die aufzeigen,
1097 wie wir Arbeit in einer digitalisierten Welt denken können und wie die
1098 Digitalisierung zur größeren Freiheit des Individuums beitragen kann. Für uns
1099 ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn sich die Produktion in Zukunft an den
1100 Bedürfnissen von Menschen und nicht an Profiten orientiert. Das bedeutet auch,
1101 dass wir mit den neoliberalen Glaubenssätzen von Privatisierung,
1102 Vermarktlichung und Deregulierung brechen müssen. Nur durch einen echten
1103 politischen Gestaltungswillen, klare Regulierungen, Lust an der Veränderung und
1104 einer Überwindung der reinen Verwertungslogik kann die Digitalisierung im Sinne
1105 der Selbstbestimmung und Gerechtigkeit umgesetzt werden. Die technischen
1106 Möglichkeiten für eine Gesellschaft ohne Armut und Zwang zur Lohnarbeit sind
1107 immer mehr gegeben - lasst sie uns gemeinsam nutzen!

1108 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen nicht auf Lohnarbeit
1109 angewiesen sind, um ihre Existenz zu sichern. Die Digitalisierung kann
1110 langfristig dazu führen, dass das Maß an Arbeit, das von Menschen getätigt
1111 werden muss, abnimmt. Das ist für uns nichts Negatives, sondern kann in
1112 Verbindung mit einem funktionierenden System der sozialen Sicherung und einer
1113 gerechten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeit zu mehr Freiheit und
1114 Selbstbestimmung beitragen. Es wäre jedoch zu kurz gedacht, drohende
1115 Arbeitsplatzverluste im Hier und Jetzt deshalb schön zu reden, da diese mit der
1116 Gefahr von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung verbunden sind. Die
1117 genannten Verbesserung treten nur dann ein, wenn die Digitalisierung von einer
1118 emanzipatorischen Sozial- und Arbeitspolitik begleitet und gestaltet wird,
1119 weshalb wir in diesem Antrag einen Schwerpunkt auf diese Themenfelder legen. Wir
1120 wollen Perspektiven für Menschen, deren Arbeitsplatz durch die Digitalisierung
1121 bedroht ist und den Einsatz für Arbeitnehmer*innenrechte mit der langfristigen
1122 Vision einer Gesellschaft, in der Menschen selbst über ihre Zeit und
1123 Arbeitskraft verfügen können, zusammen denken.
1124
1125 Auf dem Weg in eine Gesellschaft, die den digitalen Wandel dazu genutzt hat, den
1126 Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, wollen wir:

1127 **1. Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen!**

1128 Die Digitalisierung der Arbeitswelt soll und muss zur Reduzierung der durch
1129 Menschen geleisteten Arbeit führen. Arbeit, die von Maschinen übernommen
1130 werden kann und deren Übertragung an Maschinen ethischer Konsens ist, sollte
1131 Maschinen überlassen werden, um dadurch wieder mehr Freiräume für das Leben
1132 der Menschen zu schaffen. Wir begegnen dem digitalen Wandel nicht mit dem
1133 Schüren von Ängsten vor Arbeitsplatzverlust, sondern mit Vorfreude auf weniger
1134 Arbeit, die wir auf mehr Schultern verteilen. Wir wollen nicht verhindern, dass
1135 den Menschen Arbeit abgenommen werden kann. Doch wir wollen, dass aus weniger
1136 benötigter Arbeit weniger Arbeit für alle wird und, dass es bei dieser
1137 Entwicklung gerecht zugeht. Die GRÜNE JUGEND fordert für alle
1138 Arbeitnehmer*innen die 28-Stunden Woche als neue Vollzeit mit der Perspektive
1139 auf weitere Verkürzungen und perspektivisch die Möglichkeit für alle
1140 Arbeitnehmer*innen, ihre Arbeitszeit flexibel mit den Arbeitgeber*innen zu
1141 vereinbaren und weiter abzusenken, ohne das Rückkehrrecht auf Vollzeit zu
1142 beschneiden.

1143 Arbeit bedeutet heute für den Großteil der Menschen - auch im Gegensatz zu den
1144 Sozialsystemen - finanzielle und soziale Absicherung und die muss unter allen
1145 Umständen gewahrt bleiben. Als einen Schritt dorthin betrachten wir die
1146 Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welches die Menschen
1147 zunächst vor Existenzsorgen schützen soll.
1148

1149 Das Weniger an Arbeit und ihre grundlegende Veränderung wird sich insbesondere
1150 in der Industrie abspielen. Es wird weiterhin ein produzierendes Gewerbe
1151 brauchen: Denn eine gute Infrastruktur baut sich nicht von alleine. Wir wollen
1152 eine Industrie, die ökologisch und nachhaltig produziert, um
1153 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und die sich nach den
1154 Bedürfnissen der Menschen und nicht des Marktes richtet. Wir erkennen an, dass
1155 die Menschen, die beispielsweise in den Thyssen-Krupp Stahlwerken im Ruhrgebiet
1156 arbeiten und um ihre Jobs bangen, berechnete Sorgen um die eigene Zukunft und
1157 Lebensgrundlage haben. Durch globale Zusammenhänge wird diese existenzielle
1158 Bedrohung vielerorts noch verstärkt.

1159 Deshalb braucht es insbesondere für den Übergangszeitraum nach der
1160 Veränderung von individuellen Fabriken & Co auf der einen Seite und der
1161 generellen Produktion auf der anderen Seite, staatliche Regulierung und
1162 Unterstützung. Ein Förderfonds kann dabei helfen, Industriearbeitsplätze,

1163 wenn dringend notwendig, für einen stark begrenzten Zeitraum
1164 aufrechtzuerhalten. Eingebettet in eine Europäische Industriestrategie muss der
1165 Strukturwandel so aktiv gestaltet werden.

1166

1167 Darüber hinaus müssen wir aber verhindern, dass Arbeitgeber*innen sich
1168 mithilfe der Maschinisierung aus der Verantwortung ziehen. Je geringer der
1169 Faktor menschliche Arbeitskraft in der Wertschöpfung wird, desto mehr Macht und
1170 Wohlstand konzentriert sich bei den Eigentümer*innen der Maschinen, die mehr
1171 profitieren, ohne weiterhin für Menschen und ihr Wohlergehen Verantwortung
1172 tragen zu müssen. Dem wollen wir beispielsweise mit einer Roboter-Steuer
1173 entgegenwirken, die der Höhe der wegfallenden Sozialabgaben durch
1174 neuangeschaffte Maschinen entspricht. So kann ein Mindestbeitrag zum
1175 gesamtgesellschaftlichen Wohlstand garantiert werden. Doch klar ist, dass die
1176 Roboter-Steuer nur einer von vielen Beiträgen zu einer gerechten Umverteilung
1177 sein kann. Wir knüpfen an unsere bisherigen Beschlüsse an und machen uns
1178 weiter für eine solidarische Besteuerung von Vermögen und Gewinnen stark!

1179 **2. Arbeit gerecht gestalten!**

1180 Immer mehr Menschen bearbeiten nach Feierabend noch schnell ein paar Mails oder
1181 klären Berufliches zwischendurch in der WhatsApp-Gruppe. Gerade in StartUps und
1182 Unternehmen, die sich schnell den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen
1183 (wollen), gewinnen Teamgefühl, gute technische Ausstattung und der Kicker im
1184 Pausenraum an Bedeutung.

1185 Doch der Druck zur Produktivitätssteigerung ist auch dort vorhanden, wo der
1186 Arbeitsplatz als neuer Lebensmittelpunkt gefeiert und gestaltet wird. Diese
1187 Strategie nutzt die emotionale Bindung an Team und Arbeitsstelle aus, um extrem
1188 niedrige Bezahlung und abstruse Arbeitszeiten zu rechtfertigen.

1189 Seit die Notwendigkeit zur Anwesenheit in vielen Arbeitsbereichen nicht mehr
1190 gegeben ist, erleben wir die Ambivalenz der damit einhergehenden

1191 Flexibilisierung. Einerseits findet eine immer größer werdende Entgrenzung
1192 zwischen Arbeit und Freizeit statt, andererseits bietet sie die Chance
1193 selbstbestimmter zu arbeiten und Arbeit neu zu strukturieren.

1194 Diese Chance sollten wir nutzen und gleichzeitig verhindern, dass Arbeitnehmende
1195 dem Druck ausgesetzt sind, ständig erreichbar und immer im Leistungsmodus sein
1196 zu müssen.

1197 Deshalb wollen wir, dass Arbeitnehmende ihre Arbeitszeit, dort wo möglich, nach
1198 dem Gleitzeitmodell frei einteilen können, aber dass auch hier eine strikte
1199 Zeitgrenze von 8-20 Uhr gewahrt wird. Auch das Home Office, das in den letzten
1200 Jahren immer beliebter wurde, kann zu einem Mehr an Selbstbestimmung führen.

1201 Doch wir müssen dafür sorgen, dass Pausenzeiten und Stundenzahlen auch im
1202 HomeOffice eingehalten werden, um Ausbeutung zu verhindern.

1203 Mehr Frei(zeit)!

1204 Wir finden: Arbeit ist fürs Leben da, nicht das Leben für die Arbeit. Deshalb
1205 wollen wir mehr Freiräume für Arbeitnehmer*innen schaffen, auch über die
1206 Absenkung der Wochenarbeitszeit hinaus: die gesetzliche Mindesturlaubszeit soll
1207 auf mindestens 7 Wochen erhöht werden. Außerdem sollen Arbeitnehmer*innen das
1208 Recht auf Auszeiten haben: wir wollen ermöglichen, dass Arbeitgeber*innen
1209 mindestens ein Sabbatical pro 10 Jahre Erwerbsarbeit gewähren müssen.

1210 Arbeitnehmende können so ohne Angst vor Jobverlust & Existenzangst eine Auszeit
1211 von ihrer beruflichen Tätigkeit nehmen.

1212 Guter Lohn für alle!

1213 Insbesondere solange Lohnarbeit etwas ist, von dem ein Großteil der Menschen

1214 abhängig ist, muss diese gut entlohnt werden - gerade, wenn wir die Chancen der
1215 Digitalisierung nutzen und Arbeit reduzieren wollen. Arbeit ist für
1216 Arbeitnehmer*innen kein Selbstzweck, sondern dient ihnen in erster Linie zur
1217 Finanzierung ihres Überlebens und des eigenen Lebensstandards. Die Löhne in
1218 Deutschland sind im europäischen Vergleich Schlusslicht. Mehr und mehr Menschen
1219 können nicht länger von ihrem Gehalt leben, während gleichzeitig Bonis von
1220 Managern & Co immer weiter steigen. Und zu viele Unternehmen nutzen den Luxus,
1221 ihren Mitarbeiter*innen so wenig Lohn zu zahlen, dass die Solidargemeinschaft
1222 eingreifen und Gehälter aufstocken muss, um Menschen ein menschenwürdiges
1223 Leben für sich und ihre Familie zu ermöglichen.
1224 Für uns als GRÜNE JUGEND ist deshalb klar, dass gut bezahlte und unbefristete
1225 Arbeit wieder zum Standard werden muss. Alle Ausnahmen vom Mindestlohn sollen
1226 ersatzlos gestrichen werden, der Mindestlohn selbst kontinuierlich erhöht
1227 werden. Wir setzen uns für eine Anhebung des Mindestlohns auf 15€ pro Stunde
1228 ein - bei gleichzeitiger Festsetzung einer Lohnobergrenze, die sich an dem
1229 Gehalt derer im Unternehmen orientiert, die am wenigsten verdienen. Die
1230 Lohnobergrenze wollen wir auf das zehnfache des niedrigsten Lohnes festsetzen.
1231 Langfristig denken wir über die Entkoppelung des Lohns von der geleisteten und
1232 der festgeschriebenen Stundenzahl nach. Entlohnung auf Verhandlungs- und
1233 Vertrauensbasis kann ein Schritt hin zu einem fairen und solidarischen
1234 Miteinander sein, uns ist jedoch bewusst, dass sie im Rahmen der bestehenden
1235 Verhältnisse zu einer Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten führen würde.

1236 Selbstständige unterstützen!

1237 Bei alledem müssen wir auch diejenigen im Blick behalten, die in keinem
1238 Arbeitnehmendenverhältnis sind und als (Solo-)Selbstständige, Freelancer,
1239 Cloud- oder Clickworker ihr Geld verdienen. Die Zahl der Selbstständigen steigt
1240 und wird es in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter tun. Selbstständige
1241 sind oft unterschiedlichen gesetzlichen Regularien ausgesetzt, die nicht nur
1242 verwirren, sondern auch allesamt keinen Schutz vor Ausbeutung garantieren. Wir
1243 wollen deshalb in jeder Kommune ein Zentrum als Beratungsstelle für
1244 Selbstständige aufbauen, das dabei hilft Ausbeutung und Leistungsdruck zu
1245 bekämpfen. Langfristig wollen wir einen gesetzlichen Schutz für
1246 Selbstständige schaffen, indem auch ihr Recht auf Freizeit festgeschrieben
1247 wird. Gegen Scheinselbstständigkeit wollen wir konsequent vorgehen und hier vor
1248 allem die Unternehmen statt den ihrerseits abhängigen (Schein-)Selbstständigen
1249 in die Pflicht nehmen.

1250 Datenschutz und Privatsphäre schützen!

1251 Neue technologische Möglichkeiten bergen auch eine Gefahr für die
1252 Privatsphäre der Arbeitnehmenden: Von wann bis wann der Rechner genutzt wurde,
1253 welche Rufnummern angerufen wurden und welche Websites besucht wurden, lässt
1254 sich in Zukunft leichter erfassen als bisher. Wir wollen die Privatsphäre der
1255 Arbeitnehmenden absichern und fordern daher die Pflicht für die berufliche
1256 Tätigkeit eigene technische Geräte zur Verfügung zu stellen. Denn der Trend
1257 zum HomeOffice darf nicht dazu führen, dass die privaten Geräte der
1258 Arbeitnehmenden mit den privatesten Daten in das Berufsleben eingebunden werden.
1259 Darüberhinaus wollen wir das Recht auf Privatsphäre am Arbeitsplatz - egal ob
1260 im Büro oder HomeOffice - festschreiben. Softwares, die die Arbeitstätigkeit
1261 der Mitarbeitenden erfassen und Überwachungstechnologien wollen wir hingegen
1262 verbieten.

1263 **3. Digitalisierung zur Revolution der Geschlechterverhältnisse nutzen?!**

1264 Als feministischer Verband denken wir den Kampf für Gleichberechtigung in all

1265 unserem politischen Handeln mit. Unser Ziel ist es deshalb, die Digitalisierung
1266 der Arbeitswelt so zu gestalten, dass sie zu einer Überwindung von ungleichen
1267 Geschlechterverhältnissen beiträgt. Häufig wird behauptet, dass eine
1268 Flexibilisierung der Arbeit automatisch die Besserstellung von Frauen mit sich
1269 bringt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt. Das ist jedoch
1270 keine Selbstverständlichkeit, in vielen Fällen führt genau diese
1271 Flexibilisierung zu einer Mehrbelastung von Frauen, die sich weiterhin um die
1272 häusliche Care-Arbeit kümmern müssen und sich gleichzeitig immer weniger
1273 gegenüber ihrem Beruf abgrenzen können. Hinzu kommt, dass die zunehmende
1274 Entgrenzung und Verschmelzung von Arbeitskraft und Privatperson zu einer hohen
1275 Belastung in Berufen führt, die traditionell von Frauen ausgeübt werden. So
1276 sind zum Beispiel die Depressionsraten in Service- und Sozialberufen besonders
1277 hoch.

1278 Unser Ziel kann es insgesamt nicht sein, dass Frauen Beruf und Familie ein
1279 bisschen besser unter einen Hut bekommen und der Großteil der Care- und
1280 Reproduktionsarbeit weiter an ihnen hängen bleibt. Stattdessen müssen wir die
1281 Digitalisierung der Arbeitswelt so nutzen, dass sie zum Beispiel durch eine
1282 allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine wirklich partnerschaftliche Aufteilung
1283 von Care-Arbeit ermöglicht. Das kann nur gelingen, wenn wir die Digitalisierung
1284 mit unseren sonstigen feministischen Forderungen, arbeitsmarktpolitisch und
1285 darüber hinaus, zusammen denken.

1286

1287 Weiterhin setzt eine feministische Gestaltung der Arbeitswelt der Zukunft
1288 grundlegende Veränderungen im Bereich der Care-Berufe voraus. Die
1289 Digitalisierung führt dazu, dass viele Tätigkeiten, die bisher von Menschen
1290 ausgeübt werden, in Zukunft von Maschinen übernommen werden können. Es gibt
1291 jedoch auch Bereiche, bei denen wir es wichtig finden, dass sie auch in Zukunft
1292 von Menschen ausgeübt werden. Das heißt nicht, dass nicht auch in diesen
1293 Bereichen die Digitalisierung zur Erleichterung der Arbeit und Verbesserung der
1294 Arbeitsverhältnisse genutzt werden soll. Es gibt jedoch Kernbereiche,
1295 insbesondere im Spektrum der Care-Berufe, die zwischenmenschliche Beziehung und
1296 Empathie voraussetzen und das auch in Zukunft sollen. Im Moment werden diese
1297 Tätigkeiten zum großen Teil von Frauen ausgeübt. Damit die Digitalisierung
1298 der Arbeitsverhältnisse nicht zu einer Schlechterstellung von Frauen führt,
1299 müssen also Berufe, die in diese Kategorie fallen und die auch in Zukunft von
1300 Menschen ausgeübt werden sollen, aufgewertet, im Sinne einer fairen Bezahlung
1301 und besseren Arbeitsbedingungen, werden.

1302 **4. Arbeit demokratisieren**

1303 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Entscheidungen über Herstellung
1304 und Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands demokratisch getroffen werden.
1305 Deshalb streben wir nach einer Wirtschaftsdemokratie, also die demokratische
1306 Organisaton von Wirtschaft. Leider sind wir von diesem Ziel im Moment weit
1307 entfernt: durch Deregulierung, Flexibilisierung und Vereinzelung in neoliberalen
1308 Zeiten haben Gewerkschaften, als Formen der kollektiven Interessensvertretung,
1309 an Bedeutung und Macht verloren. Doch wir sind davon überzeugt, dass in der
1310 Digitalisierung auch Chancen für ein Mehr an betrieblicher Mitbestimmung
1311 liegen. Durch neue Formen der Kommunikation und neue Konzepte der Zusammenarbeit
1312 und Entscheidungsfindung, können Hierarchien abgebaut und eine stärkere
1313 Beteiligung von Arbeitnehmer*innen sicher gestellt werden. Diese Nutzung von
1314 Digitalisierungsschüben im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft, setzt
1315 jedoch voraus, dass politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.
1316 Das bedeutet zunächst, dass wir uns nicht mit Scheinbeteiligung zufrieden geben
1317 dürfen. In immer mehr Unternehmen wird durch freundschaftlichen Umgang, eine
1318 stärkere Feedbackkultur, der zunsahmenden Identifikation mit dem Betrieb und
1319 einer Vermischung von Berufs- und Privatleben der Eindruck von hierarchiefreier

1320 Mitbestimmung erweckt. Dabei handelt es sich jedoch zumeist um einen
1321 Trugschluss, da die ökonomische Macht, sowohl im Sinne des Eigentums an
1322 Produktionsmitteln als auch der tatsächlichen Entscheidungsbefugnis, nach wie
1323 vor bei den Arbeitgeber*innen liegt. Für eine tatsächliche
1324 Wirtschaftsdemokratie gilt es deshalb, die Machtfrage zu stellen. Das bedeutet
1325 zum einen, dass wir eine gemeinschaftlich organisierte Wirtschaft brauchen, in
1326 der Entscheidungsbefugnisse, Produktionsmittel und damit Macht gerecht verteilt
1327 sind. Außerdem sehen wir folgende mittelfristige Schritte als notwendig:

1328
1329 Erstens müssen die Rechte von Gremien der kollektiven Mitbestimmung, also
1330 insbesondere von Betriebsräten gestärkt werden. In den letzten Jahren konnten
1331 wir sehen, wie immer wieder das Prinzip der individuellen Partizipation dem der
1332 kollektiven Mitbestimmung vorgezogen wurde. Dieser Trend führt jedoch im
1333 Endeffekt zu einer enormen Schwächung der Position von Arbeitnehmer*innen,
1334 gerade wenn es um hard facts wie Lohnverhandlungen geht. Wir setzen uns dafür
1335 ein, dass Betriebsräte gerade in den Bereichen, in denen die Digitalisierung
1336 sich am deutlichsten abzeichnet, ein Mitspracherecht bekommen. So fordern wir
1337 eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes, die Betriebsräten ein
1338 Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen rund um Home Office und
1339 Arbeitszeitvereinbarungen gibt. Außerdem setzt eine wirkliche Demokratisierung
1340 von Unternehmen voraus, dass Betriebsräte nicht nur bei sozialen oder
1341 arbeitsrechtlichen, sondern auch unternehmerischen Fragen mitentscheiden
1342 können. Wir wollen, dass auch Menschen, die sich gerade im Bereich der
1343 Scheinselbstständigkeit befinden, die Möglichkeit einer kollektiven Vertretung
1344 und Teil eines Mitbestimmungsprozesses werden. Dafür brauchen wir einen neuen
1345 Begriff von Betrieben, der auch diese Formen der Beschäftigung erfasst und die
1346 Organisierung ermöglicht.

1347
1348 Zweitens wollen wir die gesellschaftliche Rolle von Gewerkschaften stärken.
1349 Unser Demokratiebegriff geht über die rein politische Sphäre hinaus, sondern
1350 umfasst die gesamte Gesellschaft und damit insbesondere auch Wirtschaft und
1351 Arbeitsleben. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Sie können
1352 ein wichtiger Gegenpol zur zunehmenden Demokratieverdrossenheit sein, sofern sie
1353 konsequent die Interessen von Arbeitnehmer*innen vertreten und gleichzeitig ein
1354 politisches Mandat einnehmen und an Prozessen der gesellschaftlichen
1355 Willensbildung teilnehmen. Deshalb setzen wir uns für die Einführung des
1356 politischen Streikrechts ein. Die Arbeit von Gewerkschaften wird durch die
1357 zunehmende Entkopplung von Arbeit von einem bestimmten Ort erschwert, da
1358 Massenbetriebe zunehmend ihre Bedeutung als Ort der politischen Mobilisierung
1359 verlieren. Umso wichtiger ist es, dass Gewerkschaften die neuen
1360 Kommunikationsmöglichkeiten nutzen, um möglichst viele Mitglieder zu erreichen
1361 und einzubinden.

1362
1363 Für uns ist klar, dass sich unser Kampf für eine Demokratisierung der
1364 Wirtschaft nicht auf den nationalen Rahmen beschränken darf, sondern global
1365 gedacht werden muss. Wir wollen Mitbestimmung überall ermöglichen. Ein erster
1366 Schritt dafür ist die Einführung einer verpflichtenden und tatsächlichen
1367 betrieblichen Mitbestimmung für alle Gesellschaftsformen des EU-Rechts. So
1368 wollen wir etwa die Montanmitbestimmung europaweit garantieren.

1369 **5. Digitales in die Bildung - Gerechtigkeit von Anfang an mitdenken!**

1370 Als GRÜNE JUGEND sehen wir Bildung als Weg zur kritischen
1371 Bewusstseinsausbildung und Möglichkeit zur persönlichen Entwicklung - nicht
1372 als ersten Schritt in die Zwänge von Verwertungslogik & Co. Der Zweck und
1373 Auftrag von Schule und anderen Bildungseinrichtungen darf deshalb nicht die
1374 reine Vorbereitung auf das Arbeitsleben sein. Doch die Realität sieht anders

1375 aus: insbesondere Kinder und Jugendliche aus armen Familien sind darauf
1376 angewiesen in der Schule digitale Möglichkeiten kennenzulernen und zu lernen
1377 mit ihnen umzugehen und zu arbeiten - auch und gerade wenn zuhause kein Tablet
1378 oder die neusten Gadgets zur Verfügung stehen. Ansonsten besteht die Gefahr,
1379 dass bereits bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die mit und im
1380 Bildungssystem zementiert werden, noch gravierendere Auswirkungen auf die
1381 Zukunft dieser Menschen hat. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND den digitalen
1382 Wandel in den Schulen beginnen zu lassen. Dieser bestimmt heute den Alltag der
1383 meisten Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden, den Schulalltag meist
1384 jedoch nur mäßig bis gar nicht. Die Realität, dass 9 von 10 Schüler*innen
1385 ein Smartphone in der Tasche haben, einfach durch ein Anschalt-Verbot
1386 totzuschweigen, wird unserem Anspruch auf zeitgemäße Schulbildung nicht
1387 gerecht.
1388 Wir wollen digitale Bildung als ganzheitliche Bildungsaufgabe in den Lehrplänen
1389 verankern. Digitalunterricht stellen wir uns nicht als weitere Unterrichtsstunde
1390 vor, die im Rahmen des Informatikunterrichts nebenbei mitgemacht wird. Er muss
1391 allumfassend sein und auch die bisherigen Bildungsinhalte hinterfragen. Digitale
1392 Medien sind nicht nur Beschäftigungsmöglichkeit, sondern auch Wissensspeicher.
1393 Diesen erfolgreich zu nutzen anstatt das Auswendiglern-Bildungssystem
1394 unreflektiert fortzusetzen, ist nur ein Aspekt von vielen.
1395 Für Lehrkräfte braucht es umfassende Fortbildungen. Denn welche Lehrkraft soll
1396 Schüler*innen beispielsweise im Bereich des Datenschutzes bilden, wenn es
1397 dieser meist nicht einmal gelingt, den Beamer einzuschalten. Das Bildungssystem
1398 ist gerade in Bezug auf den digitalen Wandel absolut defizitär und muss
1399 grundlegend erneuert werden. Dafür bedarf es auch einer entsprechenden
1400 finanziellen Ausstattung. Die GRÜNE JUGEND fordert die Aufhebung des
1401 Kooperationsverbotes als Chance zu nutzen, um die Schulen mit fortgebildeten
1402 Lehrkräften, aber auch hochwertiger Hardware und Hochleistungsanschlüssen zum
1403 Internet auszustatten.
1404
1405 Digitale Bildung soll jedoch auch nicht nach dem Schulabschluss enden, sondern
1406 einen lebenslangen Prozess darstellen, da die Menschen mit dem Fortschreiten des
1407 digitalen Wandels auch immer die Befähigung erhalten müssen, die neu
1408 entstehenden Chancen und Risiken als solche auszumachen und zu nutzen. Bezahlter
1409 Bildungsurlaub für Aus- und Weiterbildung für alle Menschen egal welchen
1410 Alters bleibt daher Grundforderung der GRÜNEN JUGEND. Der digitale Wandel kann
1411 nur gesamtgesellschaftlich zum Erfolg werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

F1 Nachtragshaushalt 2018

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 04.04.2018
Tagesordnungspunkt: 7. Finanzen

Antragstext

1763 Der Nachtragshaushalt kann im Wurzelwerk von allen Mitgliedern eingesehen
1764 werden:
1765 [https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0)
1766 [2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0](https://wurzelwerk.gruene.de/documents/28932/0/Nachtragshaushalt+2018/0aea2d6f-2f70-4a08-9d13-ca5177ebd311?version=1.0)

Begründung

erfolgt mündlich

K1-Beschluss: Europa kann anders: Wir machen uns bereit für die Europawahl!

Antragsteller*in: GJ BUKO
 Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

Antragstext**1093 Mutige Antworten in schwierigen Zeiten**

1094 Ein geeintes Europa mit seinen Grundprinzipien wie Freizügigkeit, Freiheit und
 1095 Menschenrechte ist für einen großen Teil unserer Generation für lange Zeit eine
 1096 Selbstverständlichkeit gewesen. Doch das ändert sich gerade seit der
 1097 Verfassungskrise rasant. Der Brexit hat gezeigt, dass eine gemeinsame
 1098 europäische Zukunft eben kein Automatismus ist, sondern etwas bleibt, wofür es
 1099 zu kämpfen gilt. Wir erleben einen Rechtsruck in ganz Europa, rassistische,
 1100 nationalistische, konservative und antieuropäische Parteien sind europaweit auf
 1101 dem Vormarsch. In Polen, Ungarn oder Österreich erleben wir, wie die Demokratie
 1102 Schritt für Schritt abgebaut wird. Dieser autoritäre Umbau wird von
 1103 Konservativen wie der CSU durch das Hofieren von Antidemokrat*innen noch
 1104 gestärkt. Zu lange wurde die Schuld für alle Probleme auf der europäischen Ebene
 1105 gesucht und als Sündenbock von den Nationalstaaten verwendet, obwohl diese dort
 1106 selbst eine neoliberale Politik voran trieben, und damit Krisen und Armut
 1107 schaffen. Es mangelt zunehmend an linke Perspektiven für Europa, die
 1108 gesamtgesellschaftlich begeistern. Und während sich linke und progressive Kräfte
 1109 in Europa in der Defensive befinden, wird Emmanuel Macron zum pro-europäischen
 1110 Heilsbringer stilisiert. Doch für uns als GRÜNE JUGEND ist klar: Eine wirkliche
 1111 pro-europäische Antwort auf die zunehmende Demokratie- und Europaverdrossenheit
 1112 darf nicht mit Neoliberalismus und Abschottung einhergehen. Mit dem Rücken zur
 1113 Wand darf nicht weniger als eine Abkehr vom Status Quo durch eine klare Vision
 1114 unser Anspruch sein.
 1115 Wir wollen im nächsten Jahr mit einer mutigen Vision für Europa voran schreiten,
 1116 und diese mit konkreten Forderungen verbinden. Wir wollen aufzeigen, wo es
 1117 bereits Erfolge gibt und was wir verändern müssen, um zu einem progressiven
 1118 europäischen Projekt zu kommen. Für uns ist klar: Dafür kann Europa nicht
 1119 bleiben, wie es ist. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht
 1120 in der nationalen Kleinstaaterei lösen. Demokratie stärken, Geflüchtete
 1121 schützen, die Klimakatastrophe stoppen – all das werden wir nur mit und nicht
 1122 abseits von Europa schaffen. Auf dem Weg zu einer grenzenlosen Welt setzen wir
 1123 uns deshalb für einen europäischen, föderalen und demokratischen Staat ein. Wir
 1124 wollen uns Europa von den nationalen Regierungen zurück erobern.
 1125
 1126 Um das zu tun, müssen wir progressive, soziale und humanitäre Antworten auf die
 1127 bestehenden Probleme in Europa finden, statt sie kleinzureden oder wie die Große
 1128 Koalition zu verschlimmern. Wir müssen zeigen, dass ein solidarisches,
 1129 ökologisches, soziales und demokratisches Europa möglich ist, und viele Menschen
 1130 dafür begeistern, gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen. Die Europawahlen 2019
 1131 werden eine extrem wichtige Richtungsentscheidung für die Zukunft Europas.
 1132 Deshalb wollen wir sie mit einer schlagkräftigen und eigenständigen Kampagne
 1133 begleiten und viele junge Menschen für jung-grüne Visionen zu Europa auf die
 1134 Straße bringen. Dieser Antrag bildet hierfür einen ersten Aufschlag, auf dessen

1135 Grundlage es im nächsten Jahr gilt, eine Kampagne zu entwickeln.

1136 **2. Für Europa kämpfen heißt Europa verändern**

1137 Für uns ist klar, dass eine reine Jubelkampagne weder funktionieren kann, noch
1138 unserem politischen Anspruch genügt. Wir wollen die Probleme in Europa ernst
1139 nehmen und einen echten Veränderungsanspruch formulieren. Denn wer Europa retten
1140 will, muss es verändern. Europa ist für uns dabei kein Selbstzweck, sondern eine
1141 absolute Notwendigkeit, wenn wir den Herausforderungen unserer Zeit begegnen
1142 wollen. Denn diese lassen sich nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Nur
1143 mit Europa können wir die Umwelt schützen, die Demokratie retten, globale
1144 Gerechtigkeit schaffen und die Rechte von Geflüchteten sichern. Doch um Menschen
1145 für ein solidarisches Europa zu begeistern, müssen wir ihnen auch zeigen, wie
1146 Europa zur Verbesserung ihrer konkreten Situation beitragen kann. Unser Ziel ist
1147 es, junge Menschen in ihrer Lebensrealität abzuholen und für radikale Visionen
1148 zu gewinnen. Wir wollen sie nicht einfach dazu motivieren, ihre Stimme
1149 abzugeben. Stattdessen wollen wir sie mobilisieren und dazu ermächtigen, selbst
1150 für ihre politischen Ziele einzustehen. Denn Beteiligung und Selbstermächtigung
1151 sind die besten Mittel gegen Demokratieverdrossenheit und Resignation. Dabei
1152 denken wir über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Wir wollen nicht nur junge
1153 Menschen in Deutschland, sondern in ganz Europa erreichen. Wir wollen Themen
1154 setzen, die junge Menschen mitnehmen und gleichzeitig aufzeigen, wie ein anderes
1155 Europa aussehen könnte. Ein Europa, das soziale Sicherheit schafft und
1156 Selbstbestimmung stärkt.

1157 **3. Unsere Themen für Europa**

1158 Die konkrete Themensetzung für die Kampagne zur Europawahl gilt es erst noch zu
1159 entwickeln. Doch folgende Themen wollen wir auch schon im nächsten halben Jahr
1160 in europapolitischen Debatten und auch im Rahmen des Programmprozesses von
1161 Bündnis 90/Die Grünen nach vorne stellen. Es handelt sich dabei nicht um eine
1162 abschließende Liste oder ein fertiges Programm, sondern einen ersten Blick auf
1163 die Themen, die aus unserer Sicht eine zentrale Rolle spielen.

1164 Für ein solidarisches Europa, das Perspektiven schafft
1165 Wir wollen ein Europa der Solidarität und der Gerechtigkeit, in dem kein Mensch
1166 in Armut leben muss. Statt einem Festhalten an einer fehlgeschlagenen
1167 Austeritätspolitik wollen wir endlich wieder echte Perspektiven für Menschen in
1168 Europa schaffen. Dafür wollen wir soziale Grundrechte in Europa stärken. Das
1169 Ziel muss soziale Sicherheit für alle sein. Die GRÜNE JUGEND macht sich deshalb
1170 für eine europaweite Arbeitslosenversicherung stark. Darüber hinaus fordern wir
1171 die Stärkung von Arbeitnehmer*innenrechten und gemeinsame Standards bei
1172 Arbeitsbedingungen, damit unsere Generation in Europa nicht weiter in
1173 Unsicherheit und Prekarisierung leben muss. Dazu gehört auch die Einführung einer
1174 Mindesteinkommensrichtlinie und die Festlegung einer angemessenen Grundsicherung
1175 sowie der Abbau struktureller und bürokratischer Hürden, die den Zugang zu
1176 Sozialleistungen in den EU-Mitgliedstaaten erschweren. Außerdem muss die
1177 demokratische Beteiligung und Mitbestimmung von Arbeitnehmer*innen europaweit
1178 sichergestellt werden. Damit kein Kind in Armut aufwachsen muss, machen wir uns
1179 für ein Basis-Kindergeld stark, das zusätzlich zu bestehenden nationalen
1180 Sozialleistungen jedem Kind in der EU zusteht. Außerdem brauchen wir gemeinsame
1181 Standards im Gesundheitswesen und einen Anspruch auf leistbare Pflege.
1182 Echte Teilhabe geht jedoch über gerechte Arbeit und soziale Sicherung hinaus.
1183 Deshalb setzen wir uns für eine bezahlbare und langfristig ticketlose Mobilität
1184 in ganz Europa ein. Wir kämpfen gegen die maßgeblich durch Deutschland
1185 vorangetriebene Austeritätspolitik und machen uns stattdessen für Investitionen

1186 und die Unterstützung von Kommunen stark, sodass gleichwertige
1187 Lebensverhältnisse in ganz Europa entstehen können. Ein solidarisches Europa
1188 setzt jedoch auch voraus, dass sich alle an der Finanzierung des Gemeinwesens
1189 beteiligen. Dafür müssen Steuerschlupflöcher sowohl für Privatpersonen als auch
1190 für multinationale Konzerne endlich geschlossen werden. Besonders für die
1191 Unternehmensbesteuerung gilt, nur wenn wir auf europäischer Ebene
1192 zusammenarbeiten, statt uns als Konkurrent*innen um die niedrigsten Steuersätze
1193 zu verstecken, kann endlich härter gegen Steuervermeidung vorgegangen werden -
1194 auch mit positiven Auswirkungen auf die Steuerpolitik außerhalb Europas.

1195 Selbstbestimmung und Emanzipation statt Rechtsruck
1196 Wir kämpfen für ein Europa, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein und
1197 selbstbestimmt leben kann. Gerade erleben wir eine enorme Zunahme an Angriffen
1198 auf die Rechte von Frauen und LGBTI. Umso wichtiger ist es, dass wir für diese
1199 Rechte eintreten und bestehende Errungenschaften verteidigen. Doch dort dürfen
1200 wir nicht stehen bleiben, denn auch ohne die Angriffe von Rechts ist unsere
1201 Gesellschaft von patriarchalen Strukturen und Sexismus geprägt. Wir kämpfen
1202 deshalb für echte Gleichberechtigung und Freiheit. Deshalb setzen wir uns in
1203 ganz Europa für das Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung ein.
1204 Schwangerschaftsabbrüche müssen in ganz Europa entkriminalisiert werden und
1205 unter guten medizinischen Bedingungen zugänglich sein. Darüber hinaus setzen wir
1206 uns für einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln ein, machen uns für einen
1207 besseren Schutz von sexuellen Minderheiten stark und wollen LGBTI-Aktivist*innen
1208 in Europa effektiv schützen und unterstützen. Außerdem soll die Ehe in ganz
1209 Europa für alle Paare geöffnet werden. Darüber hinaus streben wir die Idee eines
1210 Familienvertrags auch in Europa an.

1211 Klimakatastrophe und Umweltzerstörung stoppen mit und in Europa
1212 Für uns ist klar: die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlage lässt sich
1213 nur mit und nicht ohne Europa erreichen. Deshalb streiten wir für ein
1214 ökologisches Europa. Der Kohleausstieg und die Energiewende können nicht nur auf
1215 nationaler Ebene geschehen, sondern müssen zum europäischen Projekt und in ganz
1216 Europa umgesetzt werden, damit sie auch global eine Chance haben. Außerdem
1217 müssen umweltschädliche Agrarsubventionen schrittweise abgeschafft werden. Das
1218 ist neben dem Verbot von Pestiziden wie Glyphosat ein notwendiger Schritt, um
1219 die Artenvielfalt zu retten. Darüber hinaus führen diese Subventionen zur
1220 Verdrängung von lokalen Produzent*innen und zum Wegfall von Lebensgrundlagen in
1221 vielen afrikanischen Ländern, deren Märkte von subventionierten Produkten aus
1222 der EU überschwemmt werden. Diesen Zustand gilt es im Sinne der globalen
1223 Gerechtigkeit zu überwinden. Ökologie und Gerechtigkeit gehören für uns
1224 zusammen. Das trifft auch auf unsere Haltung zur Handelspolitik zu. Die GRÜNE
1225 JUGEND setzt sich gegen europäische Handelsabkommen ein, die wie TTIP oder CETA
1226 die Aushöhlung von ökologischen und sozialen Standards zur Folge haben, zu einer
1227 wirtschaftlichen Benachteiligung von Nicht-Partnerländern führen und
1228 demokratische Verfahren aushöhlen. Eine ökologische Wende in Europa muss Hand in
1229 Hand mit der Mobilitätswende gehen. Wir setzen uns für eine europaweit
1230 vernetzte, bezahlbare und klimaneutrale Mobilität ein.

1231 Humanität statt Abschottung
1232 Der Einsatz für ein grenzenloses Europa beschränkt sich für uns nicht auf die
1233 Grenzen innerhalb Europas, sondern muss auch die europäischen Außengrenzen
1234 umfassen. Auf der ganzen Welt fliehen Menschen vor Krieg, Verfolgung oder Armut.
1235 Diesen Menschen müssen wir Schutz bieten und langfristige Bleibeperspektiven
1236 schaffen. Um europaweit eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik

1237 sicherzustellen, ist die anstehende Europawahl eine entscheidende
1238 Weichenstellung. Mit einem sich abzeichnenden weiter voranschreitenden
1239 Rechtsruck in der gesamten Europäischen Union und voraussichtlich auch im neuen
1240 EU Parlament, sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung leider schwierig.
1241 Umso wichtiger ist es uns, dass die Grünen sich klar zu einer humanitären
1242 Geflüchtetenpolitik bekennen und diesem Thema im Wahlprogramm und Wahlkampf
1243 einen prominenten Platz einräumen. Wir setzen uns für eine Überwindung des
1244 unmenschlichen Dublin-Systems ein und machen uns dafür stark, dass Menschen frei
1245 darüber entscheiden können, an welchem Ort sie leben wollen. Wir müssen legale
1246 Fluchtwege schaffen und humanitäre Antworten auf globale Fluchtbewegungen geben.
1247 Damit das möglich ist, brauchen wir eine bessere finanzielle Unterstützung von
1248 Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, und mehr sozialen Wohnraum, der auch
1249 Geflüchteten offen steht. Dies muss insbesondere für Staaten wie Griechenland,
1250 Spanien oder Italien gelten, die durch ihre geographische Lage eine hohe Anzahl
1251 von Geflüchteten verzeichnen. Um die Geflüchteten menschengerecht behandeln zu
1252 können, braucht es mehr Kapazitäten und eine angemessene Einarbeitung von
1253 Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen, denn eine Überforderung führt oft zu
1254 einer hohen Fehlerquote bei der Bearbeitung von Asylanträgen.
1255 Jedes Jahr sterben tausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Es ist ein
1256 Skandal, dass die Menschen, die ihnen helfen wollen und damit eine Aufgabe
1257 übernehmen, bei der die Staaten der EU versagen, dafür strafrechtlich belangt
1258 werden. Wir setzen uns deshalb für die Entkriminalisierung der zivilen
1259 Seenotrettung so wie der Unterstützung auf den Fluchtrouten und die Einführung
1260 einer staatlichen, europäischen Seenotrettung ein. Zudem brauchen wir sicher
1261 Fluchtrouten auch über den Luftweg. Außerdem müssen Abkommen vor allem mit
1262 Diktaturen und Staaten ohne funktionierendes Staatsgebilde, die in erster Linie
1263 dazu dienen, Europa abzuschotten, ein Ende haben. Der EU-Türkei-Deal muss
1264 aufgekündigt werden. Ein europaweiter Mindeststandard für eine
1265 Geflüchtetenunterstützung die ein Lebenswertes Leben absichert ist für uns die
1266 Grundlage für ein gutes Leben für alle Menschen in Europa. Europas humanitärer
1267 Anspruch muss auch in der Außenpolitik zum Ausdruck kommen: Europa muss durch
1268 eine andere Handels- und Klimapolitik sowie eine viel stärkere
1269 Entwicklungszusammenarbeit Fluchtursachen bekämpfen und mit anderen Staaten
1270 multilateral auf Augenhöhe kooperieren. Dabei muss das Wohlergehen aller
1271 Menschen und globale Gerechtigkeit und nicht die Maximierung des
1272 wirtschaftlichen Vorteils von Europa im Vordergrund stellen. Durch die
1273 Sicherstellung von Familiennachzug in alle Ländern der EU auch für subsidiär
1274 Schutzbedürftige erleichtern wir die Inklusion von Geflüchteten und retten
1275 Kindern vor Bomben und Giftgasanschlägen.
1276 Außerdem brauchen endlich auch Menschen, die vor den Folgen der Klimakatastrophe
1277 fliehen, eine Perspektive. Es kann nicht sein, dass die Länder, die
1278 hauptsächlich für den Klimawandel verantwortlich sind, sich hier aus der
1279 Verantwortung ziehen. Wir fordern deshalb die Einführung eines Klimapasses, der
1280 Menschen, die aufgrund von Klimawandel und Umweltzerstörung ihr Zuhause
1281 verlassen müssen, die europäische Staatsbürgerschaft ermöglicht. Es ist ein
1282 Unding, dass die Europäische Freizügigkeit seit Jahren beschränkt wird. Wir
1283 fordern die unverzügliche Wiederherstellung der grenzen- und
1284 grenzkontrollenlosen EU für alle in der EU lebenden Menschen. Darüberhinaus
1285 setzen wir uns für eine verbesserte rechtliche Situationen von LGBTIQ-
1286 Geflüchteten sowie Unterbringungsmöglichkeiten, in denen LGBTIQ-Geflüchtete
1287 keine Diskriminierung und/oder Gewalt befürchten müssen, ein.

1288 Demokratie retten und Bürger*innenrechte stärken
1289 Gerade in Anbetracht des autoritären Umbaus in Europa ist es wichtig, dass wir
1290 Bürger*innenrechte verteidigen und ausbauen und uns für demokratische Werte
1291 stark machen. Deshalb wollen wir, dass Bürger*innenrechte gegenüber Staaten in

1292 der EU vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar werden. Gleichzeitig müssen
1293 wir einen besseren Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen, Bürgerrechtler*innen
1294 Whistleblower und Journalist*innen, sowie gesellschaftlichen Minderheiten.
1295 gewährleisten und darüber hinaus den Datenschutz in Europa stärken und das Recht
1296 auf Privatsphäre verteidigen.
1297 Doch wir wollen nicht nur demokratische Errungenschaften gegen den Rechtsruck
1298 verteidigen, sondern Mitbestimmung für alle schaffen und für ein wirklich
1299 demokratisches Europa streiten. Dafür müssen wir auch die Institutionen und
1300 Strukturen der Europäischen Union angehen. Ein geeintes Europa braucht eine
1301 echte europäische Staatsbürger*innenschaft, an die ein gleiches Wahlrecht auf
1302 allen Ebenen gekoppelt ist. Die Menschen Europas brauchen ein Parlament, das
1303 diesen Namen verdient hat, in dem jede Stimme gleich viel zählt und Menschen die
1304 Chance haben, für ihre Interessen unabhängig von längst überholter
1305 Nationalitäten zu stimmen. Die Kommission wird durch eine echte Regierung
1306 ersetzt, die demokratisch bestimmt wird. Was wir brauchen ist ein Europa der
1307 Bürger*innen, nicht der Regierungen. Auch der Rat verliert hierdurch seine
1308 Existenzberechtigung: Eine echte europäische Demokratie mit einem richtigen
1309 Parlament und einer wirklichen Regierung braucht diese Institution nicht mehr.
1310 Die Stärkung der europäischen Demokratie setzt auch eine gemeinsame europäische
1311 Öffentlichkeit voraus. Wir setzen uns deshalb für europäisch geförderte,
1312 öffentlich-rechtliche Medien in allen Sprachen ein.
1313 Der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte darf sich jedoch nicht nur auf die
1314 EU beschränken, sondern muss auch die Leitlinie der europäischen Außenpolitik
1315 sein. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit und insbesondere Waffenlieferungen an
1316 Autokrat*innen wie Erdogan deshalb ab und fordern ein stärkeres Eintreten der EU
1317 für Menschenrechte. Es kann nicht sein, dass die EU bei einem Massaker an der
1318 Zivilbevölkerung, wie es gerade bei dem Angriff der Türkei auf die Kurd*innen in
1319 Afrin stattfindet, wegschaut!

1320 **4. Auf zu einem anderen Europa - Wie geht es weiter?**

1321 Wir wollen im Frühjahr 2019 eine schlagkräftige und eigenständige Kampagne mit
1322 dem gesamten Verband umsetzen. Diese Kampagne soll von einem Wahlkampfteam
1323 erarbeitet werden. Dieses Wahlkampfteam wird aus fünf Mitgliedern, die auf dem
1324 51. Bundeskongress im Herbst 2018 gewählt werden, sowie den Sprecher*innen, der
1325 Politischen Geschäftsführung und zwei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands
1326 bestehen. Hierbei sollen parallel stattfindende Wahlen bedacht und
1327 gegebenenfalls Landesvorstände zusätzlich eingebunden werden. Bei der Planung
1328 der Kampagne soll bedacht werden, wie strukturschwache Landesverbände
1329 unterstützt werden können, schließlich wird es im Wahlkampf auch darum gehen,
1330 wie strukturschwache Regionen in Europa besser angebunden werden können. Der
1331 Bundesvorstand entwickelt in den nächsten Monaten den Rahmen für die Kampagne.
1332 Das Wahlkampfteam hat die Aufgabe, darauf aufbauend konkrete Kampagneninhalte zu
1333 entwickeln, diese kreativ umzusetzen und die Durchführung der Kampagne zu
1334 planen. Der Finanzvorbehalt liegt dabei bei der Schatzmeisterei, die
1335 Letztentscheidungskompetenz beim Bundesvorstand.

Begründung

Erfolgt mündlich.

K2-Beschluss: Bezahlbares und angstfreies Leben für alle - Unsere Wohnraumkampagne 2018!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 8. Kampagne 2018

Antragstext

1336 **Schlagkräftig voran - unser Kampagnenpotenzial ausbauen**

1337 Im letzten Jahr haben wir als GRÜNE JUGEND bewiesen, dass wir eine
1338 schlagkräftige Kampagne umsetzen und viele Menschen erreichen können. Wir
1339 haben neue Formen der Kampagne ausprobiert, als Verband dazu gelernt und unsere
1340 Kampagnenfähigkeit ausgebaut. Darauf gilt es nun aufzubauen. Wir wollen noch
1341 schlagkräftiger werden, als Verband noch besser zusammenarbeiten und als GRÜNE
1342 JUGEND noch sichtbarer werden. Deshalb werden wir in diesem Sommer eine Kampagne
1343 zum Thema Wohnen machen. Wir wollen mit einer eigenständigen,
1344 wahlkampfunabhängigen Kampagne zeigen, dass wir auch außerhalb von Wahlen
1345 Menschen mobilisieren können und unsere eigenständigen Inhalte auf die Straße
1346 bringen. Wir wollen noch mehr Menschen für junggrüne Visionen begeistern, sie
1347 politisieren und dazu ermutigen mit uns gemeinsam für eine solidarische
1348 Gesellschaft zu streiten!

1349 **Warum Wohnraum? Wohnen als zentrale Gerechtigkeitsfrage!**

1350 Unsere Generation ist viel unterwegs und wechselt häufig den Wohnort. Die Frage
1351 nach gutem und bezahlbarem Wohnraum treibt gerade junge Menschen um, wie kaum
1352 eine andere. Wir wollen, dass junge Menschen in allen Lebenslagen selbstbestimmt
1353 leben und damit auch wohnen können. Doch im Moment läuft einiges schief.

1354 **Schluss mit steigenden Mieten - bezahlbar und angstfrei Wohnen!**

1355 Die Mieten in großen Städten steigen ins Unermessliche, viele Menschen werden
1356 aus ihren Vierteln verdrängt und können sich wenn dann noch ein winziges WG-
1357 Zimmer am Stadtrand leisten. Die Wohnungssuche wird zur Tortur. Gerade viele
1358 Studierende und Auszubildende verbringen viele frustrierende Stunden auf WG-
1359 Gesucht und müssen ewig auf aussichtsreiche Zimmer warten. Dazu kommt immer das
1360 Wissen im Hinterkopf: ohne reiche Eltern kann man die meisten Wohnungen sowieso
1361 vergessen. Denn das BAFöG reicht nicht für die Miete und sozialer Wohnraum ist
1362 Mangelware. Von Bürgschaften und sehr hohen Kautionen ganz zu schweigen. Gerade
1363 in großen Städten wird Wohnraum immer mehr zum Spekulationsobjekt von u.a.
1364 großen Unternehmen. Doch für uns ist klar: Gutes Wohnen darf nicht vom
1365 Geldbeutel abhängen. Das rasante Tempo des Anstiegs der Wohn- und Lebenskosten
1366 muss gestoppt werden. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum - für ein bezahlbares und
1367 angstfreies Leben für alle. Denn dein Zuhause ist wichtiger als Profite!
1368

1369 Deshalb fordern wir:

- 1370 - Schluss mit der Privatisierung von Wohnraum
- 1371 - Investitionen in sozialen Wohnungsbau und Stärkung von Landeseigenen
1372 Wohnungsbauunternehmen
- 1373 - eine echte Mietpreisbremse ohne Schlupflöcher

1374 **Schluss mit Kaputtsparpolitik - lebenswertes Wohnen überall!**

1375 Doch während in großen Städten die Mieten immer weiter ansteigen, verfallen
1376 anderswo Häuser, weil niemand dort wohnen will, wo es nicht mal einen
1377 Supermarkt oder eine Bushaltestelle um die Ecke gibt. Gerade in den neuen
1378 Bundesländern sterben ganze Landstriche aus, viele Menschen im ländlichen Raum
1379 fühlen sich abgehängt. Doch auch in Städten, wie z.B. im Ruhrpott, nimmt die
1380 Lebensqualität aufgrund von mangelnden Freizeit-, Sport- oder Kulturangeboten
1381 immer weiter ab. Gerade junge Menschen wollen nicht dort bleiben, wo Freiräume
1382 und Orte des lebendigen Zusammenseins immer weiter verschwinden - sei es das
1383 Jugendzentrum, der grüne Park oder der Bolzplatz. Das ist die Folge der
1384 vollkommen fehlgeleiteten Kaputtsparpolitik der Großen Koalition. Durch das
1385 Festhalten an der Schwarzen Null werden ganze Kommunen in Grund und Boden
1386 gespart. Das wollen wir ändern. Denn gutes Wohnen heißt für uns mehr als nur
1387 ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Teilhabe und das gute Leben für alle
1388 Menschen schaffen - sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Denn dein Zuhause
1389 ist wichtiger als die Schwarze Null!

1390

1391 Deshalb fordern wir:

1392 - Endlich Geld in die Hand nehmen: Investitionen in soziale und lebensnotwendige
1393 Infrastruktur

1394 - Kostenloser ÖPNV für echte Teilhabe

1395 - Freizeit- und Kulturangebote im ländlichen Raum fördern

1396 **Wir wollen mehr - guter und bezahlbarer Wohnraum für alle!**

1397 Wir werden nicht länger akzeptieren, dass Wohnungssuche für viele Menschen mit
1398 Angst verbunden ist. Für uns ist das Thema Wohnen eine der zentralen
1399 Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit und eine zentrale Stellschraube im Kampf gegen
1400 Armut und Ausgrenzung und für Teilhabe und ein solidarisches Zusammenleben.
1401 Wohnen ist für uns keine Ware, sondern ein Recht. Wir wollen, dass du
1402 selbstbestimmt entscheiden kannst, wo du wohnen willst. Und wir streiten dafür,
1403 dass du unabhängig von deinem Geldbeutel überall gut leben kannst - egal ob in
1404 der Stadt oder auf dem Land. Denn dein Zuhause ist uns wichtig!

1405 **Wie geht's weiter?**

1406 Der Bundesvorstand wird in enger Zusammenarbeit mit den Landesvorständen
1407 aufbauend auf diesem Beschluss die Kampagne erarbeiten. Wir wollen auf den
1408 Erfolgen aus dem letzten Jahr aufbauen und auf Dezentralisierung und Stärkung
1409 der Ortsgruppen setzen. Wir sind als Verband zusammengewachsen. Daran wollen wir
1410 anknüpfen, indem wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen noch
1411 verbessern und eine Anpassung der Kampagne auf lokale Gegebenheiten
1412 ermöglichen. Unser Ziel ist es mit der Kampagne junge Menschen zu erreichen, zu
1413 politisieren und zu mobilisieren und gleichzeitig unser Kampagnenpotenzial
1414 auszubauen. Die Kampagnenarbeit besteht dabei für uns nicht unabhängig von den
1415 sonstigen Aktivitäten im Verband, sondern soll mit Bildungsveranstaltungen und
1416 Methodenschulungen zusammen gedacht und verbunden werden. Lasst uns zusammen
1417 anpacken und auf der Straße und im Netz zeigen, dass eine andere Zukunft
1418 möglich ist - los geht's!

Begründung

Erfolgt mündlich.

P1-Beschluss: Perspektiven für die Grüne Jugend - weiter gehts!

Antragsteller*in: GJ BUKO

Tagesordnungspunkt: 9. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

Antragstext

1419 Als GRÜNE JUGEND wollen wir uns im Rahmen unseres Perspektivenprozesses damit
1420 beschäftigen, wie wir uns als schlagkräftiger Verband aufstellen können. Dafür
1421 wählen wir auf dem 50. Bundeskongress eine AG Perspektiven. Dieser Antrag soll
1422 den Rahmen für den Perspektivenprozess abstecken und die Arbeitsgrundlage für
1423 die AG Perspektiven bilden.

1424 Wo wir stehen:

1425 Als GRÜNE JUGEND haben wir uns im letzten Jahr stark weiterentwickelt: Wir haben
1426 mit tausend Aktivist*innen gemeinsam eine Kampagne in der ganzen Bundesrepublik
1427 durchgeführt, etliche Ortsgruppen haben sich in den letzten Monaten gegründet
1428 und viele Leute sind neu dazugekommen. Gleichzeitig konnten wir unsere
1429 Strukturen professionalisieren und die Vernetzung der verschiedenen Ebenen
1430 vorantreiben. Das ist großartig! Und es ist auch notwendig: Denn wir sehen uns
1431 vier weiteren Jahren Großer Koalition gegenüber, die vier weitere Jahre
1432 Stillstand bedeuten. Gleichzeitig sind rechte Parteien und Ideen auf dem
1433 Vormarsch und bedrohen unsere Demokratie und unseren Kampf für eine freie
1434 Gesellschaft. Es war selten so wichtig wie jetzt, dem gesellschaftlichen
1435 Rechtsruck und dem lähmenden Stillstand eine progressive Politik
1436 entgegenzusetzen. Um das zu schaffen, müssen wir als Verband schlagkräftiger
1437 werden. Gleichzeitig bietet sich uns auch eine Chance: Viele junge Leute sind
1438 unzufrieden mit der Politik und wollen, dass sich etwas ändert. Wir wollen der
1439 Ort sein, an dem diese Menschen für eine bessere Welt streiten. Dafür müssen wir
1440 noch mehr Menschen einbinden.

1441 Wir wollen auf dem Potenzial, das wir in den letzten Jahren entwickelt haben,
1442 aufbauen. Dafür dürfen wir nicht einfach stehen bleiben, sondern müssen uns als
1443 Verband weiterentwickeln. Denn teilweise sind unsere Strukturen veraltet und
1444 nicht dafür geeignet, die demokratische Einbindung von vielen Menschen und eine
1445 gleichzeitige Professionalisierung unserer Arbeit zu ermöglichen. Deshalb
1446 starten wir jetzt in unseren Perspektivenprozess: Wir müssen jetzt diesen
1447 Verband weiterentwickeln, damit wir gemeinsam noch stärker werden und eine
1448 wirkliche Gesellschaftsveränderung denkbar und realisierbar machen!

1449 Was wir vorhaben:

1450 Die Auseinandersetzung mit Strukturen ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein
1451 Mittel, um unsere politischen Ziele besser verwirklichen zu können. Wir
1452 verändern unsere Strukturen, um eine bessere Umsetzung unserer Strategie zu
1453 ermöglichen. Am Beginn des Perspektivenprozesses muss deshalb die Frage nach
1454 unseren strategischen Zielen für die nächsten Jahre stehen:

1455 Wie wollen wir unser neu gewonnenes Potenzial nutzen? Wie können wir unsere
1456 antifaschistischen Ziele in die politische Praxis übersetzen? Welche Rolle kann
1457 die GRÜNE JUGEND in einer linken Strategie gegen den Rechtsruck einnehmen?

1458 Wie können wir angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Lage politische
1459 Utopien aufrechterhalten und wieder für viele Menschen denkbar und zugänglich
1460 machen? Wie kommen wir als progressive Kraft wieder in die Offensive?

1461 Diese Fragen wollen wir unter dem Motto „Perspektiven schaffen“ im nächsten Jahr
1462 in einer breit angelegten Strategiedebatte diskutieren. In diesem Prozess soll
1463 es darum gehen, Visionen und Ziele für eine jung-grüne Politik zu formulieren.
1464 Im Zentrum des Perspektivenprozesses steht für uns der politische Zweck unserer
1465 Organisierung.

1466 Im nächsten Schritt wollen wir uns auf dieser Grundlage fragen, wie wir uns als
1467 Verband aufstellen müssen, um diese Ziele Wirklichkeit werden zu lassen. Was
1468 läuft bereits gut, worauf können wir aufbauen? Wo müssen wir uns noch
1469 weiterentwickeln und wie müssen sich unsere Strukturen dafür verändern?

1470 Dabei wollen wir drei Aspekte in das Zentrum der Debatte rücken und als
1471 Leitlinien für unsere Strukturdebatte definieren:

1472 • Demokratisierung: Unser Ziel ist es, junge Menschen zum politischen Denken
1473 und Handeln zu ermächtigen. Dafür müssen wir ihnen die Möglichkeit geben,
1474 selbst politisch aktiv zu werden, aktiv am Verband teilzuhaben und ihn
1475 mitzugestalten. Dieses Ziel ist gerade bei einem wachsenden Verband eine
1476 große Herausforderung, doch darum umso wichtiger. Denn auch wenn es
1477 bequemer und einfacher ist, unter sich zu bleiben, muss es doch unser
1478 Anspruch sein, viele Menschen zu politisieren, zu mobilisieren und
1479 einzubinden.

1480 • Professionalisierung: Eine echte Demokratisierung kann jedoch nur dann
1481 gelingen, wenn wir unsere Strukturen professionalisieren. Denn viele
1482 Menschen haben weder Lust noch Kraft, ihre Zeit in ineffektive Strukturen
1483 zu investieren. Insbesondere muss es unser Ziel sein, die Ortsgruppen als
1484 Ort des politischen Mitwirkens zu stärken und ihnen eine professionellere
1485 Arbeit zu ermöglichen. Außerdem wollen wir unsere Kampagnenarbeit
1486 verbessern, um mehr Menschen zu erreichen, und unser Potenzial im Rahmen
1487 der Bildungsarbeit ausbauen, um mehr Menschen an Politisierungsprozessen
1488 teilhaben zu lassen.

1489 • Befähigung: Die Demokratisierung und Professionalisierung kann nur dann
1490 gelingen, wenn wir Menschen im Verband haben, die in der Lage sind, sie
1491 umzusetzen. Viel zu oft verlieren wir Menschen, da sie sich von ihren
1492 Aufgaben überfordert fühlen oder ausbrennen. Das wollen wir ändern. Wir
1493 wollen unseren Aktiven auf allen Ebenen, insbesondere in den Ortsgruppen,
1494 das Werkzeug an die Hand geben, Verantwortung zu übernehmen und politisch
1495 zu wirken. Das setzt einen besseren Wissenstransfer, klarere
1496 Verantwortlichkeiten, bessere Methodenbildung und eine effektivere
1497 Vernetzung der Ebenen voraus.

1498 **Wo unsere Schwerpunkte liegen:**

1499 Mit Blick auf diese drei Leitlinien und Zielsetzungen soll sich die
1500 Perspektivengruppe insbesondere mit folgenden vier Schwerpunktbereichen
1501 beschäftigen. Dabei ist klar, dass die verschiedenen Bereiche auch an vielen
1502 Stellen ineinandergreifen und zusammen gedacht werden müssen.

1503 **1. Schlagkräftig vor Ort - und auf allen Ebenen!**

1504 Wenn wir noch mehr Leute einbinden wollen, brauchen diese Menschen eine
1505 Anlaufstelle und einen Ort, an dem sie politisiert werden können. Diese
1506 Anlaufstellen soll es auf allen Ebenen geben, doch am dringendsten werden sie
1507 lokal gebraucht. Im letzten Jahr haben wir auf Dezentralisierung und
1508 Unterstützung der Ortsgruppen gesetzt. Diese Strategie hat sich bewährt, darauf
1509 wollen wir aufbauen. Deshalb wollen wir im Perspektivenprozess Wege finden,
1510 unsere Ortsgruppen zu stärken und ihre Arbeit zu professionalisieren. Wir
1511 begreifen unsere Ortsgruppen als Kernstück des Verbands und wollen sie in dessen
1512 offizielle Struktur eingliedern. Wir wollen eine aktive und lebendige Basis. Das
1513 heißt für uns jedoch nicht, lokale Eigenbrötelei, sondern eine starke lokale
1514 Ebene, die vor Ort verankert und gleichzeitig fest in den Verband mit starken
1515 Strukturen eingebunden ist. Wir wollen eine gemeinsame Analyse, Strategiebildung
1516 und ein gemeinsames Agieren im Verband ermöglichen. Dafür brauchen wir
1517 Ortsgruppen, Landesvorstände und einen Bundesvorstand, die individuell stark
1518 aufgestellt und gleichzeitig gut vernetzt sind. Denn Organisation ist kein
1519 Nullsummenspiel. Alle Ebenen sind gemeinsam für den Verband verantwortlich und
1520 die GRÜNE JUGEND ist dann am schlagkräftigsten, wenn alle Ebenen stark sind!

1521 **2. Gute Bildungsarbeit auf allen Ebenen!**

1522 Eine der wichtigsten Grundlagen unserer Arbeit ist die Bildungsarbeit. Wir
1523 wollen Menschen dabei unterstützen, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln und
1524 die Welt um sich herum zu verstehen. Bildungsarbeit hilft uns dabei, uns nicht
1525 im politischen Alltagsgeschäft zu verlieren, sondern unser politisches
1526 Engagement immer wieder zu reflektieren und neue Ideen zu entwickeln. Dabei
1527 betrachten wir Bildungsarbeit nicht getrennt von unseren anderen politischen
1528 Aktivitäten, sondern wollen Theorie und Praxis zusammen denken und aufeinander
1529 aufbauen. Dafür brauchen wir gute und tiefgehende Bildungsarbeit, die unsere
1530 Mitglieder mitnimmt - und zwar nicht nur auf Bundes- und Landesebene. Wir wollen
1531 neue Konzepte für die Bildungsarbeit in den Ortsgruppen erarbeiten und die
1532 Ortsgruppen in der Umsetzung von Bildungsarbeit unterstützen. Gleichzeitig
1533 wollen wir uns fragen, wie wir Bildungsarbeit auf der Bundesebene organisieren
1534 und demokratisch legitimieren können und wie wir die Verantwortlichkeit in der
1535 Bildungsarbeit stärken und die Verantwortlichen besser unterstützen und
1536 befähigen können.

1537 **3. Feministische Grundsätze umsetzen!**

1538 Als queerfeministischer Verband spielt die FIT-Förderung für uns eine zentrale
1539 Rolle. Denn Feminismus ist für uns nicht nur eine Forderung, die wir nach außen
1540 tragen, sondern auch ein Anspruch, den wir an unsere eigenen Strukturen stellen.
1541 Trotz dieser Überzeugung gibt es immer wieder Schwierigkeiten mit der FIT-
1542 Förderung, insbesondere in kleinen Landesverbänden und Ortsgruppen. Im Rahmen

1543 des Perspektivenprozesses wollen wir uns fragen, wie wir Ortsgruppen und
1544 Landesverbände in der FIT-Förderung besser unterstützen und verschiedene Akteure
1545 in diesem Bereich stärker vernetzen können. Unser Ziel ist es, FIT-Personen auf
1546 allen Ebenen zu stärken und zu empower und damit Gleichstellung im gesamten
1547 Verband zu erreichen. Dafür müssen wir auch die vergangenen Reformen,
1548 Diskussionen und Schritte in diesem Bereich evaluieren, offen über Probleme
1549 sprechen und uns überlegen, wo sich hier noch Handlungsbedarf ergibt. Außerdem
1550 wollen wir uns überlegen, wie wir FIT-Förderung noch stärker als bisher als
1551 Querschnittsaufgabe aller Personen und Gremien, die Verantwortung tragen, im
1552 Verband etablieren können.

1553 **4. Bundesebene neu denken und neu gestalten!**

1554 All das können wir nur mit einer starken Bundesebene erreichen. Im
1555 Perspektivenprozess wollen wir deshalb darüber sprechen, wie wir die Arbeit auf
1556 der Bundesebene professionalisieren können. Bisher haben wir das Problem, dass
1557 verschiedene Akteure auf Bundesebene aneinander vorbei arbeiten. Wir wollen Wege
1558 finden, verschiedene Prozesse innerhalb des Verbands auf Bundesebene besser
1559 zusammenzuführen, und ein stärkeres Ineinandergreifen der verschiedenen
1560 Aufgabenbereiche sicher stellen. Darüber hinaus wollen wir uns damit
1561 beschäftigen, wie wir Diskussionen innerhalb des Verbandes besser
1562 zusammenbringen können, denn verbandsweite Diskussionen müssen auch außerhalb
1563 von Bundeskongressen möglich sein. Was sind Orte für Austausch und
1564 Zusammenarbeit? Außerdem werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie wir
1565 einen besseren Wissenstransfer schaffen, um neuen Leuten den Einstieg zu
1566 erleichtern, und gleichzeitig erfahrene Menschen besser und länger einbinden
1567 können.

1568 **Wie der Prozess aussieht:**

1569 Auf dem 50. Bundeskongress werden fünf Personen für die AG Perspektiven auf ein
1570 Jahr gewählt. Außerdem entsendet der Bundesvorstand ein Mitglied aus dem
1571 Geschäftsführenden Bundesvorstand. Die AG Perspektiven soll den
1572 Perspektivenprozess genauer konzipieren, leiten, gemeinsam mit dem
1573 Bundesvorstand im Verband etablieren und schlussendlich in konkrete Vorschläge
1574 für die Entwicklung der Strukturen der GRÜNEN JUGEND münden lassen. Die
1575 Haushaltsmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe, wie zum Beispiel für Sitzungen,
1576 werden im Haushalt zur Verfügung gestellt, über die konkrete Verwendung
1577 entscheidet die Schatzmeistererei.

1578 Der Bundesvorstand hat die Aufgabe, eng mit der AG Perspektiven
1579 zusammenzuarbeiten und sie dabei zu unterstützen, die Zwischenstände und
1580 Ergebnisse in den Verband zu tragen und ihre Diskussion zu unterstützen.

1581 Wie oben beschrieben, soll die AG Perspektiven sich zunächst damit
1582 auseinandersetzen, wo wir als Verband hinwollen, was uns dafür fehlt und dann
1583 aufbauend Schritte entwickeln, wie wir dort hinkommen. Dafür sind vorläufig
1584 folgende Schritte vorgesehen.

1585 Im ersten Halbjahr:

1586 Schritt 1: Zielsetzung: Wo kann die GRÜNE JUGEND hingehen? Wie wollen wir uns in
1587 Zukunft aufstellen?

1588 Schritt 2: Verbandsanalyse - Was läuft gut? Wo haben wir noch ungenutztes
1589 Potenzial?

1590 Schritt 3: Welche strukturellen Veränderungen brauchen wir, um unsere Ziele zu
1591 erreichen?

1592 Schritt 4: Wie kann die konkrete Umsetzung dieser Vorschläge aussehen?

1593 Im zweiten Halbjahr:

1594 Schritt 1: Zwischenstand: Wie weit sind wir mit Blick auf die Zielsetzung
1595 bereits gekommen?

1596 Schritt 2: Wie können die Veränderungen in den Landesverbänden und Ortsgruppen
1597 implementiert werden?

1598 Schritt 3: Evaluation und Dokumentation

1599 Dieser Prozess soll auf einer breiten Debatte im Verband fußen und eine starke
1600 Beteiligung der Mitglieder und Akteur*innen innerhalb der GRÜNEN JUGEND
1601 gewährleisten. Beteiligung heißt dabei für uns nicht einfach, über einzelne
1602 Satzungsänderungen zu diskutieren, sondern vor allem, dass wir gemeinsam über
1603 die politischen Zielsetzungen des Perspektivenprozesses sprechen und eine
1604 gemeinsame Analyse des Verbands und Strategie entwickeln. Der politische Zweck
1605 der strukturellen Veränderungen soll auch hier im Zentrum stehen. Im ersten
1606 Halbjahr sind zwei Beteiligungsschleifen vorgesehen:

1607 Schleife 1: Debatte über Analyse und Zielsetzung (zu Schritt 1 und 2)

1608 Schleife 2: Feedback und Diskussion zu möglichen Veränderungen (zwischen Schritt
1609 3 und 4)

1610 Die AG Perspektiven wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bundesvorstand Konzepte
1611 zur genauen Ausgestaltung dieser Beteiligungsschleifen auszuarbeiten. Lasst uns
1612 den Perspektivenprozess gemeinsam nutzen, um Debatten zu führen, als Verband
1613 schlagkräftiger zu werden und Wege zu finden, wie wir unsere jung-grünen
1614 Visionen wieder denk- und realisierbar machen können.

V2 Wir sind Bio und Fair

Antragsteller*in: André Tront
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2289 Der Bundeskongress möge beschließen, dass auf jeder Veranstaltung der GRÜNEN
2290 JUGEND für die Verpflegung der Teilnehmenden möglichst nur noch auf Bio- und
2291 fair gehandelte Lebensmittel zurückgegriffen wird. Lebensmittel müssen jedoch
2292 nicht fair gehandelt sein, sollten sie aus Deutschland oder anderen Ländern der
2293 EU stammen. Den Veranstalter*innen wird zudem ein Ermessenspielraum eingeräumt
2294 einzelne Ausnahmen in Bezug auf Bio- und fair gehandelte Lebensmittel
2295 zuzulassen, sollte es aus finanziellen Gründen nicht möglich sein für die
2296 Verpflegung nur Bio- und fair gehandelte Lebensmittel zu verwenden.

Begründung

Die Landwirtschaft ist zweitgrößter Emittent von Treibhausgasen in Deutschland. Ein biologisch orientierte Landwirtschaft trägt zu einer Reduzierung von Treibhausgasen und damit zum Klimaschutz bei. Zudem verunreinigt die biologische Landwirtschaft das Grundwasser weit weniger mit Nitrat als die konventionelle Landwirtschaft. Außerdem fördert die biologische Landwirtschaft die Biodiversität weit mehr als die konventionelle und ist zusätzlich ein Türöffner für mehr Tierschutz, besonders wenn es sich um Lebensmittel der Anbauverbände wie Naturland, Bioland oder Demeter handelt.

Fair gehandelte Lebensmittel garantieren dagegen den Erzeuger*innen aus Ländern des globalen Südens ein Mindesteinkommen und verringern so deren Abhängigkeit vom globalen Markt. Dies ist besonders wichtig, da viele Erzeuger*innen im globalen Süden oftmals ausgebeutet werden, damit wir Lebensmittel zu Billig-Preisen kaufen können.

Da wir jedoch leider nicht fernab jeglicher Realitäten leben und Bio- sowie fair gehandelte Lebensmittel oftmals wesentlich teurer sind als konventionelle, sollte es in Ausnahmefällen möglich sein auf fair und bio zu verzichten um eine Veranstaltung nicht ausfallen lassen zu müssen.

Weiterführende Links:

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-1>

<https://www.bund.net/massentierhaltung/haltungskennzeichnung/bio-siegel/>

<https://www.fairtrade-deutschland.de/was-ist-fairtrade/fairtrade-standards.html>

V3-Beschluss - Gegen jeden Maskulinismus

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2297 Die GRÜNE JUGEND positioniert sich klar gegen jede Form von Maskulinismus, wir
2298 werden immer laut unsere Stimme gegen die antifeministische und frauenfeindliche
2299 Männerrechtsbewegung erheben!

2300 Maskulinist*innen sehen eine naturbedingte Überlegenheit von Männern und
2301 argumentieren, dass Feminist*innen eine Unterdrückung der Männer anstreben. Sie
2302 lehnen Gleichstellungspolitik ab und wollen, dass Frauen* vor allem
2303 Reproduktionsarbeit leisten oder schlecht bezahlte Arbeit erledigen.
2304 Konsequenterweise werden Vergewaltigungen in der Ehe negiert. Die von
2305 Maskulinist*innen imaginierte weibliche Herrschaft zeige sich durch die fehlende
2306 Bereitschaft von Frauen* gefährliche und schwere Arbeit, wie zum Beispiel auf
2307 der Baustelle, zu übernehmen und durch die von Frauen* erhobenen "Vorwürfe" von
2308 Vergewaltigungen. Diese seien in ihrer kruden Weltsicht ein feministisches
2309 Druckmittel.

2310 Die Männerrechtsbewegung sieht Männer seit Anfang der 70er Jahre als
2311 benachteiligt und pflegt eine männliche Opferideologie, die mit zutiefst
2312 antifeministischen Argumentationen verknüpft ist. Die Bewegung ist zutiefst
2313 homofeindlich, und glaubt an ein archaisches Männerideal. Die Bewegung versucht
2314 als soziale Bewegung aufzutreten und hat als solche Kontakte zur extremen und
2315 neuen Rechten.

2316 Antifeministische Grundpositionierungen sind Teil rechter und neonazistischer
2317 Ideologie, da die "Volksgemeinschaft" eine traditionell-dichotome Konstruktion
2318 von Männlichkeit und Weiblichkeit voraussetzt.

2319 Die GRÜNE JUGEND betrachtet Maskulinismus als gruppenbezogene
2320 Menschenfeindlichkeit und positioniert sich klar und laut gegen jede Form des
2321 Maskulinismus, Antifeminismus und der Homophobie!

Begründung

Als Hintergrundinformation eignet sich die Expertise des Gunda Werner Institut: https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/antifeministische_maennerrechtsbewegung.pdf

V4 Freiwillige Ausreiseberatung stoppen!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Hessen Landesvorstand
und Nina Eisenhardt
Beschlussdatum: 30.03.2018
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

1578 Die GRÜNE JUGEND fordert das sofortige Ende der Rückkehrberatung durch
1579 Ausländerbehörden für geflüchtete Menschen. Rückkehrberatungen müssen durch
1580 unabhängige Stellen durchgeführt werden und dürfen keine Maßnahme sein, um
1581 geflüchtete Menschen in Notsituationen unter Druck zu setzen und zur Ausreise
1582 zu zwingen.

1583 Immer mehr Bundesländer setzen auf die sogenannte freiwillige
1584 Rückkehrberatung. Flüchtlingsräte und Verbände kritisieren diese Vorgänge
1585 zurecht. Berichte zeigen, dass eingesetzten Berater*innen oft schlecht geschult
1586 sind und systematisch sachlich falsch über die bestehende Rechtslage sowie den
1587 Verlauf einer "freiwilligen" Ausreise informieren. Es werden Geldprämien
1588 versprochen, die im Herkunftsland nicht ausgezahlt werden oder von angeblich
1589 sicheren Gebieten gesprochen, zum Beispiel in Afghanistan, die es nicht gibt.

1590 Darüber hinaus sind die Rückkehrberatungen nur vermeintlich freiwillig.
1591 Tatsächlich wird die Freiwilligkeit in der Einladung meist unterschlagen und
1592 Geflüchteten wird in der Praxis bei Nichtteilnahme häufig mit Sanktionen
1593 gedroht, zum Beispiel durch einen Aktenvermerk "unkooperatives Verhalten".
1594 Traumatisierte Geflüchtete (aus Syrien und Afghanistan) werden massiv unter
1595 Druck gesetzt und werden durch die Angst, wieder in Kriegsgebiete zurückkehren
1596 zu müssen, weiter traumatisiert.

1597 Wir fordern endlich einen menschlichen und fairen Umgang mit Geflüchteten bei
1598 den zuständigen Behörden und möchten Integration vor Ort umsetzen. Dies
1599 funktioniert nur mit Humanität, nicht mit Abschottung und unfairen Tricks.

1600 Refugees Welcome!

V5-Beschluss: Gleichstellung fängt bei Sprache an!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2345 Die GRÜNE JUGEND kritisiert die Entscheidung des BGH in Sachen VI ZR 143/17,
2346 über die Verwendung von Vordrucken, die keine spezifisch weibliche
2347 Personenbezeichnung vorsehen, scharf. Danach haben Frauen kein Recht auf
2348 weibliche Ansprache in Formularen, da durch die Verwendung des generischen
2349 Maskulinum keine ersichtliche Benachteiligung von Frauen festzustellen sei. Wir
2350 verurteilen die Argumentation der Vorinstanzen, die ihre Ablehnung damit
2351 begründeten, dass schwierige Texte durch die Nennung beider Geschlechter nur
2352 noch komplizierter zu verstehen seien und die männliche Form schon seit 2000
2353 Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch bei Personen beiderlei Geschlechts als
2354 Kollektivform verwendet werde.

2355 Gleichstellung fängt bei der Sprache an und prägt unser Bewusstsein
2356 nachhaltig. Wer oder welche Institution das leugnet und in dem generischen
2357 Maskulinum keine Form der Diskriminierung gegenüber Frauen* und Menschen mit
2358 einer nicht-binaeren Geschlechtsidentität sieht, verkennt die Realität und
2359 bestreitet die Jahrtausende alte patriarchale Tradition, nach der Frauen keine
2360 eigenständigen Individuen zu sein haben und immer nur als Teil des Mannes und
2361 seines Haushaltes gesehen wurden. Wer diese Denkmuster in die Sprache
2362 überträgt, akzeptiert patriarchale Machtstrukturen und steht Emanzipation und
2363 Gleichstellung in unserer Gesellschaft im Wege.

2364 Die GRÜNE JUGEND appelliert an die in Deutschland ansässige Sparkassen-
2365 Finanzgruppe zukünftig Menschen aller Gender gleichermaßen anzusprechen. Als
2366 Teil

2367 der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute Deutschlands und somit Teil der
2368 kommunalen Daseinsvorsorge, sehen wir es als unabdingbar an, dass die
2369 Finanzgruppe Deutscher Sparkassen- und Giroverband Frauen* und Menschen mit
2370 einer nicht-binaeren Geschlechtsidentität sprachlich nicht weiter diskriminiert
2371 und durch die entsprechende Anrede dem Gleichberechtigungsgrundsatz in Art. 3
2372 des Grundgesetzes gerecht wird.

2373 Die GRÜNE JUGEND fordert, dass alle öffentlichen Einrichtungen eine
2374 gendergerechte Sprache verwenden und bei den Bemühungen um eine tatsächliche
2375 Gleichstellung von Frauen* und Männern nicht nachgelassen wird.

2376 Die GRÜNE JUGEND ist solidarisch mit Marliese Krämer und ihren unerlässlichen
2377 Kampf für die geschlechtliche Gleichstellung AUCH in der deutschen Sprache.

V6 Keinen Raum dem „Tag der deutschen Zukunft“!

Antragsteller*in: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand, GJ
Niedersachsen Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.04.2018
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

1631 1. Seit über 20 Jahren – Kein Fußbreit!

1632 Die GRÜNE JUGEND ist seit ihrer Gründung ein antifaschistischer Verband. Wo
1633 Nazis demonstrieren wollen, wo Rassist*innen in Parlamente drängen und wo
1634 Faschist*innen jeder Art versuchen, sich Raum zu nehmen, dort stehen wir dagegen
1635 und lassen den Nazis keinen Raum für ihre Hetze. Es gehört zu unserer
1636 historischen Aufgabe und unserem Grundverständnis als linke Organisation, dass
1637 Faschismus nie wieder Platz haben darf. Ob alte oder neue Nazis: Wir stehen
1638 dagegen auf, wenn Menschenhass versucht, sich breit zu machen. Darum wollen wir
1639 den „Tag der Deutschen Zukunft“ am 02.06.2018 zu einem Desaster für die
1640 Nazis machen!

1641 2. Der „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar

1642 Der „Tag der deutschen Zukunft“ findet jedes Jahr im Frühsommer statt und
1643 wird in der Regel von der Partei „Die Rechte“ angemeldet. Hier kommen
1644 gewaltbereite Nazis aus ganz Deutschland und teilweise auch aus anderen Ländern
1645 zusammen. Damit wird dieser Tag zu einem wichtigen Event in der Szene, das neben
1646 der politischen Hassbotschaft vor allem auch Vernetzung und Stärkung der Szene
1647 zum Ziel hat. Schon im Vorfeld, während der Mobilisierungs-Phase, kommt es
1648 immer wieder zu Übergriffen gegen Antifaschist*innen und Engagierte, die dem
1649 Hass etwas entgegensetzen wollen. In diesem Jahr soll der „Tag der deutschen
1650 Zukunft“ in der „Reichsbauernstadt Goslar“ stattfinden. Wir unterstützen
1651 alle Menschen, die sich vor Ort in Goslar und den umliegenden Gebieten seit
1652 Jahren gegen die dortige Nazi-Szene stark machen. Unsere Solidarität gilt
1653 allen, die einer solchen Ansammlung von Hass und Rassismus vor Ort etwas
1654 entgegensetzen.

1655 3. Nazis auf der Straße stellen – Solidarität mit Antifaschist*innen!

1656 Als GRÜNE JUGEND rufen wir alle demokratischen und antifaschistischen Gruppen
1657 und Menschen dazu auf, sich am 02.06.2018 den Nazis in den Weg zu stellen und
1658 lauten, friedlichen und entschlossenen Protest zu üben. Wir wollen gemeinsam
1659 mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Parteien dafür sorgen, dass der
1660 02.06. für die Nazis ein Reinfeld wird.

1661

1662 Aber dass der „Tag der Deutschen Zukunft“ überhaupt zur Regelmäßigkeit
1663 werden konnte, zeigt auch, dass wir in ganz Deutschland noch einen langen Weg

1664 gegen Diskriminierung, Rassismus und Faschismus vor uns haben. Wir müssen
1665 endlich dafür sorgen, dass gesellschaftliche Diskriminierungsmuster, die
1666 Nährboden der rechtsextremen Szene sind, konsequent als solche benannt werden.
1667 Wir dürfen dabei auch nicht vor den vermeintlich „konservativen“ Kräften
1668 in der Gesellschaft halt machen. Außerdem ist nach wie vor wenig bekannt über
1669 die Strukturen und Verquickungen der Nazi-Szene. Hier leisten
1670 Wissenschaftler*innen und antifaschistische Recherche-Gruppen einen wichtigen
1671 Beitrag im Kampf gegen Rechts. Ihnen gilt unsere Solidarität, insbesondere
1672 dann, wenn sie aufgrund ihrer Recherchen selbst ins Visier staatlicher
1673 Ermittlungsbehörden und Geheimdienste gelangen, die sich eigentlich darum
1674 kümmern sollten, dass menschenverachtende Gewalt nicht mehr vorkommen darf.
1675 Antifaschistische Recherche und antifaschistischer Protest sind kein Verbrechen.
1676 Im Gegenteil: Sie sind notwendig!

1677 **4. Es gibt kein ruhiges Hinterland – Strukturschwache Regionen dauerhaft**
1678 **stärken!**

1679 Hinter dem „Tag der deutschen Zukunft“ stehen eine Weltsicht und ein
1680 Normensystem. Fernab von Menschlichkeit, Solidarität und Gemeinschaft wird ein
1681 Gesellschaftsbild entwickelt, in dem Menschen aufgrund von Hautfarbe,
1682 Religionszugehörigkeit oder Sexualität ausgeschlossen werden. Dies basiert in
1683 vielen Teilen der Szene auf dem „Volksgedanken“, der Deutschland als
1684 „Volksgemeinschaft“ sieht, die möglichst „rein“ zu halten sei von allem
1685 Äußerem. Er findet in allen Regionen und Milieus in Deutschland Anschluss.
1686 Wir müssen solche Argumentationsmuster überall dort entlarven, wo sie
1687 auftreten, gleichzeitig aber auch einen Gegenentwurf einer Gesellschaft
1688 präsentieren, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können und der
1689 viele Menschen mitnimmt.

1690
1691 In vielen ländlichen Räumen, in denen der Staat sich zurückzieht und
1692 Infrastruktur zurückgebaut wird, sind Thesen der Benachteiligung des „eigenen
1693 Volkes“ anschlussfähig. Gerade dort findet oft auch relativ wenig Gegenwehr
1694 statt; zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Protest ist an vielen
1695 Stellen kaum bis gar nicht zu erwarten. Aus diesem Grund suchen sich die Nazis
1696 Orte wie Goslar aus. Orte, die es ihnen ermöglichen, eine Vielzahl ihrer
1697 eigenen Anhänger*innen zu mobilisieren und es Antifaschist*innen möglichst
1698 schwer machen, wirksamen Gegenprotest zu zeigen. Wir müssen den Protest gerade
1699 jetzt in die ländlichen Räume tragen, uns mit den antifaschistischen
1700 Strukturen vor Ort solidarisch zeigen und gemeinsam den Kampf gegen die
1701 Naziszene überall annehmen. Nur dann haben wir eine Chance, den völkischen
1702 Rassismus in Deutschland langfristig zu besiegen. United we stand! - Alerta!

Begründung

erfolgt mündlich

V7 Pränante Anträge die Spaß machen zu lesen? - Mit Links!

Antragsteller*in: André Tront
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2093 Die GRÜNE JUGEND soll in Zukunft Workshops zum Thema "Wie schreibe ich einen
2094 guten Antrag?" anbieten. Diese soll der Bundesvorstand konzeptionell vorbereiten
2095 und auf Bundesversammlungen durchführen. Damit Ortsgruppen und Landesverbände
2096 diese Workshops bei Bedarf eigenständig durchführen können, soll das Konzept
2097 auch online gestellt werden.

Begründung

Immer wieder werden ellenlange Anträge online gestellt, die einen schon beim Aufrufen "erschlagen". Dabei kann man diese Anträge meist in wenigen Sätzen zusammenfassen. Zudem wäre es auch möglich nur die Forderung in den Antragstext zu schreiben und die Begründung nachzuliefern und zwar im Begründungstext. Dafür ist der Abschnitt Begründung schließlich da. Dies passiert aber häufig nicht.

Durch Workshops und damit gute Anträge, würde zunächst einmal die Hemmschwelle gesenkt, einen Antrag überhaupt erst zu lesen. Außerdem wären gute Anträge auch schnell zu lesen und schnell inhaltlich zu erfassen. Das würde viel Zeit und nerven sparen, besonders da es häufig noch viele andere Anträge zu lesen gibt.

Insgesamt würde dies also die Debatte erheblich beleben und damit zu mehr Beteiligung und mehr Demokratie führen.

V8 Palmöl? Ohne uns!

Antragsteller*in: André Tront
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2456 Der Bundeskongress möge beschließen, dass bei jeder Veranstaltung
2457 der Grünen Jugend auf palmöhlhaltige Lebensmittel verzichtet wird. Den
2458 Veranstalter*innen wird dabei ein Ermessenspielraum eingeräumt einzelne
2459 Ausnahmen zuzulassen, sollte ein gänzlicher Verzicht aus finanziellen oder
2460 kapazitären Gründen nicht umsetzbar sein.

Begründung

Der Verzicht auf Palmöl ist ein wichtiger Schritt zum Schutz der Regenwälder. Regenwälder werden abgeholzt nur um Palmölplantagen anlegen zu können. Und da nach einiger Zeit die Böden nicht mehr fruchtbar genug sind um die Palmölplantagen weiterbetreiben zu können, werden eben neue Regenwaldflächen gerodet. Ein ewiger Kreislauf - bis ja bis kein Regenwald mehr übrig ist. Eindrücklich lässt sich das an den Beispielen von Indonesien sehen. Indonesien ist der wichtigste Palmölproduzent weltweit. Dort wurden für die stetig ansteigende Produktion bis zum heutigen Wert von 32 Millionen Tonnen (Stand 2016) bisher riesige Flächen an Regenwald für Palmöl gerodet (<https://www.greenpeace.de/themen/waelder/urwaelder/indonesiens-waelder-schwinden>). Aus diesem Grund sollte auf **palmöhlhaltige Produkte verzichtet werden**.

Allerdings ist Palmöl heute leider in sehr vielen Produkten enthalten. Außerdem sind palmölfrei Produkte nicht selten wesentlich teurer. Aus diesem Grunde sollte den Veranstalter*innen die Möglichkeit eingeräumt werden einzelne Ausnahmen zu machen, damit nicht z.B. eine Veranstaltung abgesagt werden muss, weil es unmöglich ist komplett auf palmöhlhaltige Produkte zu verzichten.

Links und Quellen:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/477859/umfrage/produktion-von-palmoel-in-indonesien/>

<https://www.regenwald.org/themen/palmoel#petition>

<https://naturdetektive.bfn.de/lexikon/lebensraeume/land/urwaelder-der-erde-tropischer-regenwald.html>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/palmoel-aus-indonesien-das-schmutzige-geschaeft-der-produzenten-a-1011854.html>

V9-Beschluss: Klimaschutz. Konsequenz!

Antragsteller*in: GJ BUKO
 Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2461 Ein gerechtes Klima für alle ist eines der grundlegenden Ziele der GRÜNEN
 2462 JUGEND. Vor diesem Hintergrund sehen wir ein massives Voranschreiten der
 2463 Klimakrise. Gleichzeitig leisten insbesondere Staaten des Globalen Nordens einen
 2464 viel zu geringen Beitrag, wenn es um den Umgang mit der Klimakrise geht.
 2465 Insbesondere bei Emissionsreduktionen und Klimafinanzierung ist zu beobachten,
 2466 dass Staaten ihre Zusagen und Versprechen nicht halten.
 2467 Daher ist die Einrichtung von stärkeren Einhaltungsmechanismen notwendig. Wir
 2468 unterstützen weiterhin Bestrebungen ambitionierte klimapolitische Zielsetzungen
 2469 und Maßnahmenpakete in nationales und supranationales Recht zu übernehmen. Wir
 2470 fordern dabei eine Einklagbarkeit nationaler und ggf. supranationaler
 2471 Zielsetzung unter der Voraussetzung eines funktionierenden Rechtsapparats.
 2472 Damit einhergehen muss die Bekämpfung von Schlupflöchern, wie sie insbesondere
 2473 bei Emissionshandelsystemen sowie der Klassifizierung von Finanzmitteln und
 2474 ökologischen Treibhausgasen zu finden sind. Daher schließt sich in diesem
 2475 Kontext für die GRÜNE JUGEND die Forderung nach vergleichbaren
 2476 Transparenzrahmenwerken an, deren Grundlage vergleichbare und belastbare
 2477 Verfahren zur Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung der Zusagen von
 2478 Staaten sind. Dafür müssen insbesondere für finanzschwache Staaten entsprechende
 2479 Ressourcen bereitgestellt werden.

Begründung

Beim Klimaschutz fehlt es vielfach an Konsequenz. Zusagen werden gemacht und dann doch nicht eingehalten. Dafür werden um so mehr Sonntagsreden gehalten. Bestes Beispiel ist Angela Merkel die sich vor der Kulisse eines Gletchers als Klimakanzlerin profiliert hat. Für das Klima getan hat sie allerdings herzlich wenig. Im Gegenteil: Sie hat sogar in Brüssel dafür gesorgt das deutsche Autobauer von strengeren Abgaswerten verschont blieben. Zu allem Überfluss wurden erst kurzlich die Klimaziele von der neuen Bundesregierung über Bord geworfen. Das zeigt, das die Bundesregierung sich für den Klimaschutz, wenn überhaupt, nur dann interessiert wenn man sich damit profilieren kann. Aus diesem Grunde braucht es verbindliche Regeln und Sanktionen, damit Klimaziele nicht einfach so über Bord geworfen werden können, wenn es gerade genehm ist.

Das diese Regeln bitter nötig sind, zeigen die Prognosen. Es erscheint schon jetzt so gut wie unmöglich das in Paris gesteckte Ziel sogar unter 1,5 Grad Erderwärmung zu bleiben. Inseln wie die Fidjis (die die Schirmherrschaft der Klimakonferenz in Bonn innehatten) haben schon heute Probleme und die Bevölkerung leidet. Menschen flüchten wegen dem Klima, auch zu uns. Arten sterben. Natur und Menschen leiden. Wir haben keine Zeit. Wir müssen jetzt handeln. Und zwar konsequent!

<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/j.1468-2516.2010.00325.x>

V12-Beschluss: Keine deutsche Innenpolitik für Erdogan – Entkriminalisierung der kurdischen und türkischen Opposition in Deutschland!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2480 Mit den Gezi-Protesten, dem fulminanten Einzug
2481 der HDP in das türkische Parlament und dem Militärputsch hat das AKP-Regime
2482 massiv an demokratischer Legitimation verloren. Dass sein Zenit an
2483 demokratischer Macht überschritten
2484 ist, hat Erdogan seitdem wesentlich damit kompensiert, die Türkei als
2485 autoritären Führerstaat auf ihn und die AKP zuzuschneiden. Dies wird begleitet
2486 von einer gewaltigen Propaganda- und Ideologieproduktion, die den politischen
2487 Islamismus mit autoritärem Neoliberalismus und der Überhöhung des
2488 „Türkentums“ kombiniert. Die Kehrseite dieser faschistoiden Medaille ist
2489 die vernichtungsideologisch
2490 motivierte Gleichschaltung politischer Gegner*innen und die Assimilation
2491 ethnischer Minderheiten.
2492
2493
2494 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in und die Annexion von Afrin ist, neben
2495 geostrategischen und ökonomischen Interessen, deshalb wesentlich die
2496 Fortführung
2497 der türkischen Innenpolitik mit anderen Mitteln. Die Kurd*innen – auch die in
2498 Syrien – sind das „ideale“ Feindbild des AKP-Regimes: Gleichzeitig
2499 ethnische
2500 Minderheit UND politische Opposition. Nicht nur innerhalb der Türkei: Der
2501 „demokratische Konföderalismus“ in Rojava ist ein radikaler Gegenentwurf
2502 zum AKP-Regime – und die offensichtliche Entlarvung der Lüge, die Kurd*innen
2503 seien Terrorist*innen und Erdogan der Garant des Friedens.
2504
2505
2506 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-
2507 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit einem Regime,
2508 das die Türkei immer offensichtlicher Richtung Faschismus treibt, sind
2509 scheinbar wichtiger als die Anerkennung der kurdischen Leistungen bei der
2510 Bekämpfung des Islamischen Staates, wichtiger als die Stärkung demokratischer
2511 Kräfte in der Türkei und Nordsyrien, wichtiger als Frieden in einer
2512 bürgerkriegsgebeutelten Region und wichtiger als das Völkerrecht.

2513 In dieser Konfliktlage hat sich Deutschland eindeutig positioniert: NATO-
2514 Bündnispartnerschaft und der inhumane „Flüchtlingsdeal“ mit diesem
2515 faschistoiden Regime sind scheinbar wichtiger als die Anerkennung der kurdischen
2516 Leistungen bei der Bekämpfung des
2517 Islamischen Staates, wichtiger als die Stärkung demokratischer Kräfte in der
2518 Türkei und Nordsyrien, wichtiger als Frieden in einer bürgerkriegsgebeutelten

2519 Region und wichtiger als das Völkerrecht. Diese Friedens- und
2520 Demokratiefeindlichkeit drückt sich nicht nur durch
2521 Rüstungsexporte in die Türkei, der unangebrachten diplomatischen
2522 Zurückhaltung
2523 angesichts dieser brutalen Eskalation und die Subvention des AKP-Regimes durch
2524 den „Flüchtlingsdeal“ aus. . Insbesondere legen Bundes- und
2525 Landesregierungen und deren Behörden absurde Doppelstandards an die Ableger der
2526 unterschiedlichen politischen Akteur*innen in Deutschland an: So lässt die
2527 politisch angeblich neutrale Ditib ihre Imame für einen erfolgreichen
2528 Angriffskrieg die Siegessure beten[1], in der es unter anderem heißt: „Doch
2529 wer an Allah und Seinen Gesandten nicht glaubt – gewiß, so haben Wir für die
2530 Ungläubigen eine Feuerglut bereitet.“ Die Ditib bietet außerdem Jugendreisen
2531 zu „unserem großen Heerführer [Erdogan]“ an [2] - und betreibt damit
2532 Propaganda für einen Völkerrechtsbruch -, gleichzeitig gibt es Staatsverträge
2533 mit genau diesem Verband[3]. In Hessen ist die Ditib sogar als
2534 Religionsgemeinschaft anerkannt [2].

2535 Andererseits werden die kurdische Bewegung und linke türkische
2536 Oppositionsgruppen massiv kriminalisiert. So wird zum Beispiel die
2537 „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V.“ (DIDF) vom
2538 Verfassungsschutz als „linksextrem“ eingestuft, denn diese „prangert vor
2539 allem angebliche[!] Menschenrechtsverletzungen in der Türkei“ [4] an. Im
2540 Falle der kurdischen Bewegung hat Deutschland bereits 1993 und in Folge dessen
2541 auch die EU 2002 die PKK als „Terrororganisation“ eingestuft. Kurdische
2542 Symboliken sind umfassenden Verboten ausgesetzt, bereits das Zeigen von Fahnen
2543 kann zu Hausdurchsuchungen führen [5]. Fast gegen alle Möglichkeiten, sich im
2544 Sinne einer kurdisch-linken Bewegung zu engagieren werden vom instrumentellen
2545 Terrorbegriff des Verfassungsschutzes erfasst, indem diverse Vereine und Gruppen
2546 in die Nähe der PKK gerückt werden [6]. Zuletzt wurde mit der Razzia und der
2547 Schließung des Mezopotamien-Verlags und der MIR Multimedia GmbH die Presse- und
2548 damit die Meinungsfreiheit für Kurd*innen in Deutschland de facto abgeschafft
2549 [7].
2550 Unabhängig davon ob eine Organisation unsere Ziele teilt, darf diese nicht nur
2551 auf Grund einer kurdischen Prägung verfolgt werden. Wir stellen uns als GRÜNE
2552 JUGEND gegen die rassistische Diskriminierung von Kurd*innen als "Terroristen"
2553 und für rechtststaatliche Grundsätze!

2554 Petition:

- 2555 • Die GRÜNE JUGEND verurteilt das Agieren der Regierung und der
2556 Innenbehörden hinsichtlich der Kriminalisierung von Engagements, die sich
2557 gegen das AKP-Regime richten, insbesondere das von Kurd*innen.
- 2558 • Die GRÜNE JUGEND erklärt sich solidarisch mit allen Opfern dieser
2559 ungerechtfertigten Repression.
- 2560 • Vor diesem Hintergrund fordert die GRÜNE JUGEND eine umfassende
2561 Neubewertung der Organisationen der kurdischen Bewegung und der türkischen
2562 Linken durch die deutsche Regierung und deren Sicherheitsbehörden. Dabei
2563 ist zu berücksichtigen, dass der instrumentelle Terrorismusbegriff, den
2564 die Türkei anwendet, in einem Rechtsstaat unmöglich übernommen werden
2565 kann. Außerdem muss in Erwägung gezogen werden, dass im Unrechtsstaat
2566 Türkei ziviler Ungehorsam kein geeignetes Mittel im Kampf für die

2567 Redemokratisierung ist.

2568 • Auch Staatsverträge mit Organisationen sowie deren Anerkennung als
2569 Religionsgemeinschaft, die in Deutschland systematisch Völkerrechtsbrüche
2570 propagieren, müssen nach Meinung der GRÜNEN JUGEND einer umfassenden
2571 Neubewertung unterzogen und gegebenenfalls ausgesetzt oder aufgekündigt
2572 werden.

2573 die Grüne Jugend fordert eine grundlegende Neugestaltung der Zusammenarbeit mit
2574 der Türkei in der Nato

2575 Quellen:

2576 [1] [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html)
2577 [sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ditib-laesst-in-deutschland-fuer-sieg-der-tuerkei-in-syrien-beten-a-1189223.html)

2578 [2] [https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-](https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-herfuehrer)
2579 [herfuehrer](https://jungle.world/artikel/2018/11/gefaelligkeiten-fuer-den-obersten-herfuehrer)

2580 [3]
2581 [http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/_download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.LiveWorker2)
2582 [_](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/_download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.LiveWorker2)
2583 [download-muslim-](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/_download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.LiveWorker2)
[verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.LiveWorker2](http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/_download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=7C5E3EDFC190B5C6E42A2ED28A7F7F2E.LiveWorker2)

2584 [4] [https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf)
2585 [linksextremistische-organisationen.pdf](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2007-07-tuerkische-linksextremistische-organisationen.pdf)

2586 [5] [https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-](https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html)
2587 [kurdenfahne-id212528243.html](https://www.waz.de/politik/polizei-durchsucht-wohnung-wegen-fotos-mit-kurdenfahne-id212528243.html)

2588 [6] [https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf)
2589 [kurdistans-pkk.pdf](https://www.verfassungsschutz.de/embed/broschuere-2015-07-arbeiterpartei-kurdistans-pkk.pdf), S.21

2590 [7] [https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-](https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html)
2591 [b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html](https://www.jungewelt.de/artikel/330512.razzia-beim-mezopotamien-verlag-b%C3%B6rsenverein-und-pen-fordern-aufkl%C3%A4rung.html)

**V13 Geschlechtervielfalt stärken, Nicht-binäre Identitäten anerkennen,
Intergeschlechtlichkeit nicht appropriieren**

Antragsteller*in: Zoey Gerrit Prigge
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2578 2018 wird vermutlich ein Jahr, in dem Themen der Überschneidung des binären
2579 Geschlechtermodells in der Politik vermehrt thematisiert werden. Das
2580 Transsexuellengesetz ist seit Jahren in seiner jetzigen Form mehr als
2581 reformbedürftig. Im Oktober hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: Die
2582 derzeitige Rechtslage, dass bei Neugeborenen, deren Geschlecht nicht eindeutig
2583 feststeht, das Geschlecht lediglich offen gelassen werden kann, ist
2584 grundrechtswidrig. Es muss ein positiver Geschlechtseintrag geschaffen werden
2585 oder die Erfassung der Geschlechtszugehörigkeit abgeschafft werden. Die Existenz
2586 eines Geschlechts außerhalb des Männlich-Weiblich-Binaries wurde somit
2587 anerkannt. Die Fragestellung, ob die Möglichkeit des Nichteintrags für inter*
2588 Menschen auch nach der Geburt besteht, wurde gerichtlich bereits zuvor bejaht.
2589 Auch gibt es eine obergerichtliche Entscheidung, dass diese Möglichkeit auch
2590 Trans* bereits offen steht.

2591 Im Rahmen der Medienöffentlichkeit rund um die Kampagne "Dritte Option" kam es
2592 jedoch immer wieder auch zu Beschwerden. Inter*-Verbände setzen sich seit Jahren
2593 vor allem ein, medizinisch nicht notwendige Genitaloperationen an Neugeborenen,
2594 Kindern und nicht-wissenden Jugendlichen zu beenden. Eine entsprechende
2595 Formulierung findet sich im aktuellen bundesdeutschen Koalitionsvertrag, dennoch
2596 gehen die Raten an solchen Operationen nicht zurück. Erhebungen darüber, wie
2597 viele Kinder nach der Geburt mit einem offenen Geschlechtseintrag erfasst
2598 wurden, haben ergeben, dass die Anzahl weitaus geringer ist als es statistisch
2599 Babys geben müsste, die in diese Gruppe fallen.

2600 Zu Recht wurde kritisiert, dass Trans* Menschen oftmals andere Interessen haben
2601 als intergeschlechtliche Menschen. Diese ausschließlich Inter* betreffende
2602 Problematik von Zwangsoperationen, oftmals auch als "Genitalverstümmelungen"
2603 bezeichnet, können Außenstehende nicht abschließend einschätzen. Es wird
2604 befürchtet, dass durch eine Verallgemeinerung der politischen Dimension von
2605 Intergeschlechtlichkeit auf die Einführung einer dritten Geschlechtsoption,
2606 Inter* unsichtbarer werden. Verbänden zufolge identifizieren sich viele inter*
2607 Menschen überdies mit ihrer sozialisierten Geschlechterrolle, wollen also für
2608 sich keine dritte Option, prangern allerdings gleichzeitig die an ihnen
2609 ausgeführten Operationen an.

2610 Trans* menschen finden sich in einer Situation, in der Sie an teils von ihnen
2611 gewünschte Operationen nur durch lange Genehmigungs- bzw. Begutachtungsverfahren
2612 kommen. Auch die Vornamens- und Personenstandsänderung nach dem
2613 Transsexuellengesetz setzt ein solches auch nach neuester
2614 verfassungsgerichtlicher Gerichtssprechung immer noch voraus. Für nicht-binäre

2615 Trans* ist die rechtliche Situation noch ungewisser: Eine Streichung des
2616 Geschlechtseintrages ist zwar im Einzelfall möglich gewesen, jedoch ist die
2617 Anzahl an Musterprozessen gering. Eine Vornamensänderung, um zum Beispiel sowohl
2618 weibliche als auch männliche Vornamen tragen zu dürfen, in einem Falle
2619 höchststrichterlich abgelehnt.

2620 Währenddessen die LGBTQIA+-Community bemüht ist, inklusiv zu sein, wünschen
2621 einige Trans* und Inter* jedoch nicht, als Teil dieser gesehen zu werden.
2622 Diskussionen, ob jemand Trans*-genug ist, lehnt die Grüne Jugend ab, denn dies
2623 kann nur die Person selbst entscheiden. Dass Leidensdruck durch jeden Menschen
2624 anders wahrgenommen wird, erkennen wir an. Dass mancher Mensch gerne als
2625 Transsexuell bezeichnet werden möchte und sich selbst in der binären
2626 Geschlechterkategorisierung wiederfindet, ist ebenfalls nicht verwerflich. Die
2627 (nicht-binäre) Trans* Identität anderer in Frage zu stellen, ist und bleibt
2628 Trans*phobie.

2629 Weitergehend fordert die Grüne Jugend auf, Begrifflichkeiten wie
2630 Intergeschlechtlichkeit und Nicht-binäre Geschlechtsidentität, bzw. Inter* als
2631 Identität des eigenen Gender nicht miteinander zu verwechseln. Sowohl manche
2632 Inter*, als auch Trans* haben eine Identität außerhalb des Geschlechter-
2633 Binaries. Die Anerkennung solcher Identitäten ist für beide Gruppen wichtig und
2634 es lohnt sich, gemeinsam dafür zu kämpfen. Es ist jedoch imperativ, dass nicht-
2635 binäre Trans* nicht als Inter*(sexuell) bezeichnet werden oder sich selbst so
2636 bezeichnen. Gerade in der Politik, in der Berichterstattung und in der
2637 Rechtsprechung ist das leider bereits erfolgt.

2638 Die Grüne Jugend fordert, Intergeschlechtlichkeit nicht durch Fehldarstellungen
2639 unsichtbar zu machen. Wir stellen uns an die Seite von Inter*-Verbänden mit der
2640 Forderung, nicht medizinisch notwendige Genitaloperationen an Kindern zu
2641 unterlassen und diesen zu ermöglichen, selbstbestimmt und informiert
2642 aufzuwachsen.

2643 Sowohl gesellschaftlich, als auch innerverbandlich, fordern wir eine Stärkung
2644 geschlechtlicher Vielfalt. Wie einher unsere Meinung war, setzen wir uns dafür
2645 ein, dass jeder seine eigene Identität finden kann. Wir lehnen es ab, dass
2646 jemand als nicht-Trans*-genug gelabelt wird. Und setzen uns dafür ein, dass
2647 Nicht-binäre Menschen (und als solche also auch Inter*, die sich nicht einer
2648 binären Geschlechterkategorie zuordnen), ein Recht darauf bekommen, durch den
2649 Staat als solche betrachtet zu werden: Weder auf Formularen noch in der Sprache
2650 darf ein Mensch in eine Kategorie gedrängt werden, ohne sich dieser angehörig zu
2651 fühlen.

2652 Die Grüne Jugend fordert, dass die Debatten zur Neuordnung des Personenstands in
2653 Bezug auf Geschlecht dazu genutzt werden, ein selbstbestimmtes Geschlecht für
2654 Alle unabhängig deren Biologie zu ermöglichen – und dass diese Wahl ohne
2655 diskriminierende Bestätigungsverfahren ermöglicht wird. Es muss möglich sein,
2656 nachdem ein Prozess der Selbsterkenntnis durchlaufen wurde, eine Entscheidung
2657 zur Geschlechtsidentität auch erneut anzupassen oder eine Identität, im Falle
2658 dass diese offen geblieben ist, einzutragen.

2659 Das Namensrecht muss modifiziert werden, sodass jeder Mensch einen Namen nutzen
2660 kann, der der eigenen Geschlechtsidentität entspricht.

2661 Die Regelung, die erarbeitet wird, muss aber sicherstellen können, dass kein
2662 zwischengeschlechtliches Kind stigmatisiert wird. Vielmehr muss die
2663 Selbstbestimmung auch von Kindern gestärkt werden.

Begründung

Die Grüne Jugend hat zu vielen der hier ausgeführten Dinge eine Position. Trotzdem hat sich in den letzten Jahren juristisch viel entwickelt und es gibt noch keinen Beschluss dazu. Erstmals erscheint es möglich, dass Deutschland ein drittes Geschlecht anerkennt. Das BVerfG Urteil zur Dritten Option war so vermutlich nicht vorhersehbar.

Die Rechtsprechung für Nicht-binäre Trans* Menschen besteht aus Rechtsunsicherheit, gleichzeitig halten Missstände insbesondere im TSG an, eine Verfassungsbeschwerde gegen die Gutachterpflicht wurde abgelehnt.

Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht, dass ich als Intersexuell bezeichnet worden bin in einem Gerichtsbeschluss. Ich bin es aber nicht. Information zu diesen Themen ist oftmals unzureichend und aus Halbwissen entstehen Fehlverwendungen von Begrifflichkeiten. - Ich und wir als Trans* Menschen dürfen nicht vergessen, dass Inter* eine eigene Gruppe darstellen, die eigene Interessen haben und anderen Missständen ausgesetzt sind.

Genauso, wie Trans* Menschen zu Inter* gemacht worden sind, wird in der medialen Berichterstattung auch vergessen, dass ein dritter Geschlechtseintrag für viele biologisch-medizinisch eindeutig einem Sex zuordnebaren Menschen aufgrund einer nicht binären Geschlechtsidentität von hoher Bedeutung ist.

Die Gefahr, dass eine Neuregelung des Personenstandsregister einen positiven Eintrag nur für Inter* Menschen ermöglicht ist gegeben.

Dass Berichterstattung zu Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und ein mögliches gesetzliches Verbot durch die Gesetzgebung zu einem neuen Geschlechtseintrag in den Hintergrund geraten, ebenfalls.

Dieser Antrag soll daher all diese Punkte nochmals in den Vordergrund rücken und zeigen, dass wir sowohl für gemeinsame Interessen von Trans* und Inter* entstehen, als auch die einzelnen Standpunkte und Schwierigkeiten anerkennen – und gemeinsam im Interesse aller agieren wollen.

V14-Beschluss: Einführung des Widerspruchprinzips für die Organspende

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

1901 Die in Deutschland seit Jahren drastisch zurückgehende Zahl an OrganspenderInnen
1902 sorgt für einen akuten Notstand: Im Mittel sterben jeden Tag 3 PatientInnen
1903 mangels eines passenden Spendeorgans.

1904 Um diesem besorgniserregenden aber vermeidbaren Missstand entgegenzuwirken,
1905 fordert die Grüne Jugend die Einführung des „Widerspruchs-“ bzw. „Opt-out-
1906 Prinzips“
1907 für die Organspende nach dem Tod. Demnach sind alle BundesbürgerInnen
1908 automatisch in ein Organspende-Register eingetragen, können aber jederzeit
1909 unbürokratisch und ohne Begründung der Organspende widersprechen. Es soll
1910 ebenfalls möglich sein, eine Zustimmung oder einen Widerspruch für einzelne
1911 Organe auszusprechen.

1912 Befragungen zufolge ist eine deutliche Mehrheit zur Organspende bereit, aber der
1913 Anteil derer, die tatsächlich einen ausgefüllten Organspendeausweis besitzen,
1914 gering. In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen ca. 90% der
1915 Bevölkerung als potentielle OrganspenderInnen zur Verfügung.

1916 Wir wollen ein gesellschaftliches Bewusstsein für das Thema Organspende
1917 schaffen, um über das Für und Wider der Organspende aufzuklären. Dafür wird
1918 parallel ein breites Informationsprogramm gestartet.
1919 Dabei müssten vor allem Kinder berücksichtigt werden. Die Altersgrenze für einen
1920 Organspendeausweis liegt derzeit bei 16 Jahren mit Einverständnis der Eltern,
1921 Widerspruch ist mit 14 Jahren möglich. Die Widerspruchsmöglichkeit für Kinder
1922 sollte in Zukunft uneingeschränkt ab 0 Jahren möglich sein, falls sie dies nicht
1923 getan haben, sollen die Eltern bis zu einem Alter von 14 Jahren der Organspende
1924 widersprechen dürfen. Um Kinder und Jugendliche zu einer mündigen Entscheidung zu
1925 befähigen wird das Thema in angemessener Art und Weise bereits regelmäßig in
1926 Kita und Grundschule behandelt.

1927 Personen, die sich gegen eine Organspende aussprechen, profitieren ebenfalls von
1928 einer klaren Regelung, da Angehörige so nicht in die Situation gebracht werden,
1929 eine gegebenenfalls ungewollte Entscheidung zu treffen. Insgesamt wird so eine
1930 Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende sowie eine persönlichen
1931 Entscheidungsfindung gefördert.

Begründung

Die Anzahl an OrganspenderInnen ist aktuell auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren, die Deutsche Stiftung Organtransplantation bezeichnet die Situation als „zutiefst besorgniserregend“. Die Zahl der Organspenden im Jahr 2017 hat sich im Vergleich zu 2010 fast halbiert. Aktuell warten etwa 10.000 schwerkranke PatientInnen auf eine lebensrettende Organspende (DSO, 2018).

Ob man für eine Organspende in Deutschland zur Verfügung steht, wird im Organspendeausweis festgehalten. Dort wird neben dem allgemeinen Einverständnis (ja oder nein) auch die Möglichkeit gegeben, Entscheidungen für einzelne Organe zu treffen. Wird der Organspendeausweis nicht ausgefüllt, sind im Todesfall die nächsten Angehörigen in der Verantwortung, die Entscheidung für oder gegen eine Organspende zu treffen. Die Mehrheit würde sich in diesem Fall nicht für eine Organspende des Angehörigen entscheiden.

Die generelle Bereitschaft für Organspende in der Bevölkerung ist allerdings hoch: laut einer Befragung aus dem Jahre 2011 sind grundsätzlich 71% der Befragten damit einverstanden, nach ihrem Tod Organe zu spenden. Dieselbe Befragung im Jahr 2008 ergab aber, dass nicht mal jeder Vierte von der Einverständigen und nur 16% der Gesamtbevölkerung einen Organspendeausweis besitzen (Forsa, 2011; Apotheken Umschau, 2008). Aus einer Befragung von NichtbesitzerInnen haben laut einer Studie von 2017 nur 5.6% vor sich „ganz sicher“ in der nächsten Zeit einen Organspendeausweis zu besorgen (Ipsos, 2017).

Zum Beispiel in Österreich gilt das sogenannte "Widerspruchs"- oder "Opt-out"-Prinzip. Demnach ist man automatisch OrganspenderIn, außer man widerspricht der Organspende und lässt sich offiziell in das „Widerspruchregister gegen Organspende“ eintragen (Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, 2018). In Ländern, die das Widerspruchsprinzip umsetzen, stehen etwa 90% der Bevölkerung zur Organspende zur Verfügung (Stanford University, 2018). Aus diesen Erwägungen hat auch die Niederlande Mitte Februar 2018 eine dementsprechende Gesetzesänderung beschlossen. Aktuell gilt das Widerspruchsprinzip in 17 europäischen Ländern, unter anderem in Spanien, seit Jahren Spitzenreiter, mit 43,4 OrganspenderInnen pro 1.000.000 EinwohnerInnen in 2016. In Deutschland waren es im selben Jahr 10,4 (IRODaT, 2016).

V15-Beschluss: Pathologisierung ist echt krank - Schluss mit der rechtlichen Diskriminierung von trans*, inter, nicht-binären und genderqueeren Menschen

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2695 Die Kampagne „Dritte Option“ hat vor 5 Jahren mit der "Klage" für einen dritten
2696 Geschlechtseintrag im Geburtseintrag begonnen. Im Oktober 2017 wurde den
2697 Klagenden durch das Bundesverfassungsgericht Recht gegeben: Der Gesetzgeber muss
2698 bis Ende 2018 entweder die standesamtliche Erfassung von Geschlecht abschaffen
2699 oder für Menschen, die sich nicht mit den binär-zweigeschlechtlichen Kategorien
2700 „Frau“ oder „Mann“ identifizieren, einen dritten positiven Eintrag möglich
2701 machen (z.B. „divers“). Inter und trans* Organisationen und queere Lobbyverbände
2702 verlangen nach dieser Entscheidung noch stärker danach, dass auch das
2703 Transsexuellengesetz reformiert wird. Eine große Veränderung im rechtlichen
2704 Bereich von Inter und trans* steht bevor.

2705 Das Transsexuellengesetz (TSG), welches 1981 in Kraft trat, *pathologisiert*
2706 Transidentität und entmündigt trans* Menschen. Viele Teile des Gesetzes - wie
2707 bspw. die Auflage, sich einer „fortpflanzungsunfähig“-machenden Operation zu
2708 unterziehen, bevor die Änderung des Geschlechtseintrags möglich ist (§8 Abs.
2709 1.3) - finden heute keine Anwendung mehr, weil das Bundesverfassungsgericht sie
2710 2011 als unvereinbar mit den Grundrechten auf freie Persönlichkeitsentfaltung
2711 und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit erklärt hat. Unter dem
2712 Leidensdruck, der durch die ausbleibende Personenstandsänderung drohte, waren
2713 trans* Menschen zuvor gesetzlich zur Sterilisation gezwungen. Währenddessen in
2714 Schweden ein Entschädigungsfonds für entsprechend betroffene trans* Menschen
2715 beschlossen wurde, hat seit 2011 keine Bundesregierung eine notwendige
2716 gesetzliche Reform in die Wege geleitet. Wir fordern auch für Deutschland die
2717 Einrichtung eines Entschädigungsfonds für diese und weitere trans* Personen,
2718 deren Menschenrechte verletzt wurden.

2719 Nur durch einen langen, entwürdigenden und teuren Prozess (die Kosten liegen
2720 meist im drei- bis vierstelligen Bereich) können trans* Menschen in Deutschland
2721 ihren Vornamen und Personenstand (VÄ/PÄ) ändern. Die Auflage dafür, zwei
2722 voneinander unabhängige psychiatrische Gutachten einzuholen, beraubt trans*
2723 Menschen ihrer geschlechtlichen Selbstbestimmung und zementiert eine
2724 Verständnis, sie seien psychisch krank. Eine Verfassungsbeschwerde gegen diese
2725 Auflage wurde, wie durch das Bundesverfassungsgericht am 17.10.2017 beschlossen,
2726 nicht zur Entscheidung angenommen.

2727 Mit der elften Auflage des Krankheitskatalogs der
2728 Weltgesundheitsorganisation(WHO), dem ICD-11, der voraussichtlich noch 2018
2729 eingeführt wird, wird Transgeschlechtlichkeit nicht mehr als psychische Störung
2730 gelistet. Damit wird Transgeschlechtlichkeit international *entpathologisiert*.

2731 Ungewiss ist aber, ob Krankenkassen dann noch die Kosten für
2732 geschlechtsangleichende Maßnahmen übernehmen werden, weil sich das
2733 Leistungsspektrum der Kassen am ICD orientiert. Es ist wichtig, dass trans*
2734 Menschen, die oftmals Diskriminierung erfahren und häufig einen Leidensdruck
2735 entwickeln, medizinische und psycho-soziale Angebote in Anspruch nehmen können.
2736 Es gibt ein Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und deshalb müssen
2737 Trans*- spezifische Gesundheitsversorgungen sozialrechtlich abgesichert werden!

2738 „Mutter eines Kindes, ist die Frau, die es geboren hat“ (BGB §1592)

2739 Trans-Männer, die nach einer VÄ ein Kind gebären, verlieren nach §7 TSG
2740 rechtlich ihren Namen und die VÄ wird rückgängig gemacht. Zudem werden diese
2741 Väter in der Geburtsurkunde des Kindes als „Mutter“ eingetragen. Wir fordern,
2742 dass in der Geburtsurkunde des Kindes nicht „Mutter“ und „Vater“ eingetragen
2743 werden sondern, Eltern 1 & 2 und das geschlechtsneutrale Formulierungen zur
2744 Regelung der Elternschaft in Gesetzestexten genutzt werden.

2745 Jedes Jahr werden 1.700 intergeschlechtliche Null- bis Neunjährige an ihren
2746 Genitalien operiert (Studie der HU-Berlin). Die Kinder werden selbst nicht
2747 gefragt und diese invasiven und irreversiblen Eingriffe haben oft schwere Folgen
2748 für die geistige und körperliche Gesundheit der Kinder. Das Menschenrecht auf
2749 körperliche Unversehrtheit muss eingehalten werden und geschlechtsverändernde
2750 und unnötige „kosmetische“ Operationen an Intergeschlechtlichen Neugeborenen und
2751 Kleinkindern gehören Verboten.

2752 **Wir fordern:**

2753 • Eine selbstbestimmte dritte Option im Personenstandsrecht für z.B. nicht-
2754 binäre Menschen

2755 • ein Ende der staatlichen Pathologisierung und Gutachtenpflicht.

2756 • VÄ/PÄ soll nur noch auf Selbstbestimmung basieren und ein kostenloser
2757 Verwaltungsakt sein

2758 • Zugang zur VÄ/PÄ für Nichtdeutsche, die in Deutschland wohnen

2759 • Trans*-spezifische Gesundheitsversorgung muss sozialrechtlich abgesichert
2760 sein

2761 • Die rechtliche „Geschlechtsmündigkeit“ ab 14, perspektivisch ab der Geburt

2762 • Zertifizierte Beratungsstellen, wie sie die Bundesvereinigung Trans*
2763 fordert

2764 • Eine geschlechtsneutrale Formulierung zur Regelung der Elternschaft in
2765 Gesetzestexten

2766 • Ein Verbot von geschlechtsverändernden und unnötigen „kosmetischen“

- 2767 Operationen an intergeschlechtlichen Neugeborenen und Kleinkindern
- 2768 • Eine angemessene Entschädigung für trans* Personen, deren Menschenrechte
2769 verletzt worden sind
- 2770 • Eine Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von trans* Menschen in
2771 Deutschland
- 2772 Die GRÜNE JUGEND stellt sich an die Seite der Bundesvereinigung Trans* und
2773 unterstützt sie in ihren Forderungen nach der Reform des Rechts in Bezug auf
2774 Trans*, wie erklärt im Policy Paper "Paradigmenwechsel - zum Reformbedarf des
2775 Rechts im Bezug auf Trans*" (Dez. 2016).
- 2776 Unser Ziel ist eine Welt ohne fremdbestimmte Geschlechtliche Kategorien. Wir
2777 wollen eine Welt, in der alle Menschen ihre eigene geschlechtliche Identität,
2778 frei von zweigeschlechtliche-binären Kategorien, selbstbestimmt leben können.
2779 Bis dahin werden wir aber erst für eine rechtliche Anerkennung und
2780 Sichtbarmachung von Personen, die z.B. Inter und/oder nicht-binär sind kämpfen.
- 2781 Glossar
- 2782 Pathologiesieren= Etwas für „krank“ erklären, weil es nicht der vermeintlichen
2783 gesellschaftlichen Norm entspricht

Begründung

erfolgt mündlich

Das Policy Paper der Bundesvereinigung Trans* wird beim Bundeskongress ausgelegt.

V16 Lebensmittelsteuern für Verbraucher*innen statt für die Industrie und Lobbyverbände!

Antragsteller*in: Tjado Stemmermann
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2010 Das deutsche Steuersystem ist teilweise sehr komplex, undurchsichtig und für den
2011 Laien oft unverständlich. Dies trifft unter anderem auch auf den
2012 Lebensmittelsektor zu.

2013 Grundsätzlich wird hier unterschieden zwischen Grundnahrungsmitteln und anderen
2014 Lebensmitteln. Auf erstere entfällt der ermäßigte Steuersatz von 7%, auf
2015 zweitere der normale Satz von 19%. Allerdings ist auch der Ort, an dem die
2016 Lebensmittel gegessen werden für die Höhe der Steuer entscheidend. Wird der
2017 Hamburger im Schnellrestaurant gegessen, kommen 19% dazu, wird er „to go“
2018 bestellt, so entfallen lediglich 7%. Übrigens ist diese „Mitnehmregel“ nicht nur
2019 für private Unternehmen, sondern auch in öffentlichen Gebäuden gültig, das heißt
2020 auch an Mensen oder Kantinen in Bildungseinrichtungen müssen 19% bezahlt werden.

2021 Interessant ist auch die Betrachtung der Lebensmittel, die der Gesetzgeber unter
2022 dem Begriff Grundbedarf zusammen fasst. Hierzu gehören zunächst Obst, Gemüse,
2023 Backwaren und Getreideerzeugnisse, aber auch die meisten Süßigkeiten und alle
2024 tierischen Produkte wie Milchprodukte und Fleisch. Getränke hingegen, bis auf
2025 Leitungswasser und Milch, werden mit 19% besteuert. Im Ergebnis bedeutet diese
2026 Regelung, dass für Milch lediglich 7%, für Milchersatzprodukte wie Sojadrinks
2027 und Reismilch 19% Steuern entfallen.

2028 Neben diesen grundlegenden falschen Steueranreizen des Staates gibt es noch jede
2029 Menge weitere groteske Ausnahmeregelungen, als Beispiel wäre hier die Besteuerung
2030 von Katzennahrung (7%) und Babynahrung (19%) zu nennen.

2031 Der Gesetzgeber hätte durch die zwei unterschiedlich hohen Steuersätze eine gute
2032 Möglichkeit, um finanzielle Anreize für eine gesunde und ökologische
2033 Ernährungsweise zu schaffen. Diese Möglichkeit wird im aktuellen System nicht
2034 nur nicht genutzt, sondern es werden eher entgegengesetzte Anreize geschaffen.
2035 Dies muss sich ändern!

2036 Deshalb benötigen wir ein Steuersystem für Lebensmittel, dass sich nicht an dem
2037 willkürlichen Begriff des Grundnahrungsmittels orientiert, sondern den
2038 Steuersatz nach ökologischen und gesundheitlichen Aspekten anpasst. Konkret
2039 bedeutet das eine generelle Besteuerung zum normalen Steuersatz von 19 % für
2040 Fleischprodukte und Lebensmittel mit einem hohen Zuckeranteil. Außerdem dürfen
2041 Produkte zum Mitnehmen nicht mit dem ermäßigten Steuersatz besteuert werden, da
2042 dies den Verbrauch von extrem kurzlebigen Verpackungen weiter erhöht. Im
2043 Gegenteil, das Vor-Ort-Verzehren, insbesondere in öffentlichen Einrichtungen,

2044 sollte durch einen ermäßigten Steuersatz von 7% belohnt werden.

2045 Deswegen fordern wir Steuern, die sich nicht an den Interessen der

2046 Lobbyverbände, sondern am Interesse der Verbraucher orientieren!

Begründung

erfolgt mündlich

V17-Beschluss: Solidarität mit kurdischen, feministischen und ökologischen Freiheitsbewegungen

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2821 Seit 2011 befindet sich Syrien in einem anhaltenden Krieg verschiedener Mächte
2822 mit zunehmender internationaler Beteiligung. Im Verlauf dieses Krieges, am 17.
2823 März 2016, rief eine Versammlung von kurdischen, assyrischen, arabischen und
2824 turkmenischen Delegierten die autonome Föderation Nordsyrien (Rojava) aus,
2825 bestehend aus den Kantonen Afrin, Kobanê und Al-Hasaka.
2826
2827 Dort setzen sich kurdische Freiheitsbewegungen für ein Gesellschaftsmodell ein,
2828 welches die Gleichberechtigung aller Menschen, ohne Ansehen von Geschlecht,
2829 Religion, Ethnie und Nationalität einfordert. Im Besonderen gilt das für die
2830 Selbstbestimmung der Frauen*.
2831 Nur mit der Durchsetzung des Gesellschaftsmodell mit Rechten und Werten wie
2832 Feminismus, Ökologie, Basisdemokratie und kommunaler Selbstverwaltung kann ein
2833 friedliches Zusammenleben vor Ort gelingen.
2834 Dieses Gesellschaftsmodell ist eine Alternative zur Diktatur, Islamismus und
2835 Nationalismus und wird durch die aktuelle Militäroffensive „Operation
2836 Olivenzweig“ der Türkei in Nordsyrien zerstört.
2837
2838 Die GRÜNE JUGEND sieht sich in der Pflicht, sich mit den kurdischen
2839 Freiheitsbewegungen zu solidarisieren, welche die Menschenrechte und Demokratie
2840 verteidigen und sich dem türkischem Autoritätsregime entgegenstellen, um
2841 Menschen ein erneutes Leid und Sterben zu ersparen sowie Geflohenen und
2842 Verfolgten Schutz zu bieten.
2843
2844 Auch hier in Deutschland fordert die GRÜNE JUGEND ein Ende der
2845 Kriminalisierung, Diskriminierung von sowie der Repressionen gegen die
2846 Kurd*innen und Aktivist*innen, die sich dem türkischen Regime widersetzen.
2847 Solidarität mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG/J) und der kurdischen
2848 Partei der Demokratischen Union (PYD) darf nicht unter Generalverdacht gestellt
2849 werden. Das Teilen und Verbreiten von Solidaritätsbekundungen und YPG/J-, PYD-
2850 Flaggen ist kein Verbrechen.
2851
2852
2853
2854 Des Weiteren verurteilt die GRÜNE JUGEND die bisherige Tatenlosigkeit der
2855 Bundesregierung zum völkerrechtswidrigen und menschenrechtsverletzenden
2856 Angriffskrieg des NATO-Partners Türkei aufs Schärfste. Die Bundesregierung
2857 muss sich in der EU, UNO und NATO in aller Deutlichkeit dafür einsetzen, dass
2858 die menschenrechtsverletzende Militäroffensive der Türkei verurteilt und
2859 sofort beendet wird.
2860
2861 Außerdem muss ein sofortiger Stopp aller Waffenexporte in die Türkei
2862 eingeleitet werden, ein Abzug aller deutschen Soldat*innen aus der Türkei

2863 folgen, sich aktiv für die Freilassung aller politischen Gefangenen des
2864 Erdogan-Regimes eingesetzt werden und muss der Flüchtlingsdeal mit der Türkei
2865 beendet werden.
2866
2867
2868
2869 In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Situation in Syrien zugespitzt.
2870 So haben die Menschen in Ost-Ghuta unter einer Belagerung von islamistischen
2871 Milizen, aber noch mehr unter einer brutalen Eskalationsstrategie des Assad-
2872 Regimes und Russlands gelitten. Wir verurteilen jeden Einsatz von Chemiewaffen
2873 aufs Schärfste und nehmen mit Sorge zur Kenntnis wie sehr sich Russland einer
2874 Aufklärung dieser verweigert. Gleichzeitig verurteilen wir die Raketenangriffe
2875 der USA, von Frankreich und Großbritannien. Diese haben dem Assad-Regime
2876 weiteres Futter für seine innenpolitische Propaganda geliefert. Jeder Akteur in
2877 Syrien muss endlich das Völkerrecht einhalten. Und statt sinnloser
2878 Raketenangriffe muss sich die NATO endlich für den Schutz der wenigen und
2879 bedrohten kurdischen Schutzräume in Syrien starkmachen, denn das Türkische
2880 AKP-Regime hat schon einen weiteren Vormarsch auf die kurdische Region Manbidsch
2881 angekündigt. Statt Massenmord zu unterstützen, muss die NATO die kurdischen
2882 Gebiete endlich vor der Aggression der Türkei schützen!
2883
2884 Für Frieden, Demokratie und Freiheit!

V18 Beschlüsse suchen und finden

Antragsteller*in: Holger Erthel
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2186 Der Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND setzt sich dafür ein, dass Beschlüsse
2187 der vergangenen Bundeskongress besser auf der Homepage der GRÜNEN JUGEND zu
2188 finden sind. Außerdem sollten auch ältere Beschlüsse dort aufgelistet werden.

Begründung

Vergleiche:

Auf der Seite von Bündnis 90 / Die Grünen sind Beschlüsse ab dem Jahr 2002 einfach, transparent, nach Gremien und chronisch aufgelistet, unter dem Reiter „Service-Beschlüsse“:

<https://www.gruene.de/ueber-uns/dokumente-publikationen.html>

Bei der GRÜNEN JUGEND finden sich leider nur die aktuellen Beschlüsse, unter dem Reiter „Ziele-Aktuelle Beschlüsse“.

<https://gruene-jugend.de/category/aktuelle-beschluesse/>

V19 Artenvielfalt statt kurzfristiges Profitstreben - für eine nachhaltige, ökologische Landnutzung!

Antragsteller*in: Lina Bärwald
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2508 Die industrielle Landwirtschaft ist maßgeblich verantwortlich für die
2509 hartnäckigsten Umweltprobleme unserer Zeit. Etwa vier Fünftel der weltweit
2510 nutzbaren Fläche wird für die Produktion tierischer Nahrungsmittel verwendet.
2511 Die Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft auf Klima, Ökosysteme,
2512 Biodiversität, Böden, Wasser, und Stickstoffkreisläufe sind verheerend. Auch die
2513 konventionelle Forstwirtschaft erregt Besorgnis. Immer häufiger stehen
2514 kurzfristige wirtschaftliche Interessen im Vordergrund und schaden der
2515 Biodiversität des Waldes langfristig. Aus diesem Grund setzt sich die GRÜNE
2516 JUGEND für eine nachhaltige Landnutzung ein. Wir fordern insbesondere:

2517 1. Das sofortige Verbot von Glyphosat, Neonicotinoide und etwaiger Agrochemie.

2518 2. Das Verbot von genetisch verändertem Saatgut.

2519 3. Der Ökolandbau muss raus aus der Nische! Dafür müssen staatliche Anreize
2520 geschaffen werden z.B sollten Pachtflächen vorrangig an ökologisch nachhaltig
2521 wirtschaftende Betriebe vergeben werden. Die im Ökolandbau praktizierte
2522 bodengebundene Tierhaltung trägt unter anderem dem Tierschutz Rechnung.

2523 4. Öffentliche Gelder müssen für Öffentliche Leistungen ausgegeben werden.
2524 Nachhaltige Forst- und Landwirtschaft, welche über den Standart hinausgeht
2525 geht, muss stärker honoriert werden.

2526 5. Bodeneigentum muss fair aufgeteilt werden. Junge Land- und Forstwirte müssen
2527 die Chance erhalten sich auf umliegende Flächen nieder zu lassen.

2528 6. Eine Fleischqualitätskennzeichnung muss eingeführt werden. Abschreckende
2529 Bilder aus Massentierhaltungsanlagen (vgl. "Kükenschreddern") können zu
2530 Aufklärungszwecken herangezogen werden.

2531 7. Der Antibiotika- und Medikamenteneinsatz in der Tierhaltung muss verringert
2532 werden. Durch strenges Monitoring und Sanktionsmechanismen kann somit die
2533 Bildung von weiteren Antibiotikaresistenzen vermieden werden.

2534 8. Eine übermäßige Düngung muss gestoppt und die Wasserrahmenrichtlinie
2535 konsequent eingehalten werden. Eine Alternative stellen breite
2536 Gewässenradstreifen dar.

2537 9. Der Dauerwald muss im Zuge nachhaltiger Fortwirtschaft als wirtschaftliches
2538 Vorzeigemodell etabliert werden. Kurzfristige Wirtschaftsmodelle wie
2539 Fichtenmonokulturen oder Kurzumtriebsplantagen sind zu regulieren.

2540 10. Moore, als Langzeit-Kohlenstoffspeicher, müssen geschützt werden. Die
2541 wirtschaftliche Nutzung von Mooren z.B zur Torfgewinnung ist folglich
2542 abzulehnen.

2543 11. Probleme dürfen nicht verlagert werden! Produkte aus dem Ausland müssen die
2544 gleichen Standards wie inländisch produzierte Ware erfüllen. Eine effektive
2545 Überprüfung muss gewährleistet sein.

Begründung

Erfolgt Mündlich.

V20 Geflüchtetenpolitik als wichtiges Thema für die Europawahl

Antragsteller*in: Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht
und Antirassismus
Beschlussdatum: 12.04.2018
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

- 2141 Die Grüne Jugend setzt sich dafür ein, dass im Europawahlprogramm von Bündnis
2142 90/Die Grünen eine humane Geflüchtetenpolitik eine Prominente Rolle einnimmt.
- 2143 Um europaweit eine Menschenwürdige Geflüchtetenpolitik sicherzustellen, ist
2144 die anstehende Europawahl im Frühjahr 2019 eine entscheidende Weichenstellung.
2145 Gelingt es, das völlig fatale Dublin System so umzustellen, dass Menschen und
2146 Länder an den Außengrenzen der EU entlastet werden und sicherzustellen, dass
2147 Geflüchtete in der gesamten EU ein lebenswürdiges Leben garantiert bekommen?
2148 Mit einem sich abzeichnenden weiter voranschreitenden Rechtsruck in der gesamten
2149 Europäischen Union und voraussichtlich auch im neuen EU Parlament, sind die
2150 Voraussetzungen für eine Verbesserung leider schwierig. Um so wichtiger ist es
2151 uns, dass die Grünen sich klar zu einer menschengerechten Geflüchtetenpolitik
2152 bekennen und diesem Thema im Wahlprogramm und Wahlkampf einen prominenten Platz
2153 einräumen.
2154 Wichtige Bestandteile einer solchen Politik sind für uns dabei:
- 2155 - eine staatliche Seenotrettung unter Verantwortung der EU, statt die
2156 Verantwortung auf diktatorische und Kreise Staaten abzuschieben
- 2157 - Unterstützung und rechtliche Absicherung für ehrenamtliche Strukturen und
2158 NGOs die aktuell Seenotrettung sicherstellen und Geflüchtete auf den
2159 Fluchtrouten unterstützen
- 2160 - ein europaweiter Mindeststandard für eine Geflüchtetenunterstützung die ein
2161 lebenswertes Leben absichert
- 2162 - Sicherstellung von Familiennachzug
- 2163 - Wiederherstellung der Grenzen- und Grenzkontrollenlosen EU für alle in der EU
2164 lebenden Menschen
- 2165 - Schaffung von sicheren Fluchtwegen

Begründung

Die nächste Europawahl steht im Frühjahr 2019 vor der Tür, leider zeichnet sich ab, dass der verstärkte Rechtsruck, den wir in den letzten Jahren in Ländern und Parlamenten in der EU wahr genommen haben auch im EU Parlament stattfinden wird.

Da die Grünen am Wochenende 9.-11. November ihr Wahlprogramm verabschieden, unser nächster BuKo jedoch erst danach am 16.-

18. November stattfindet, müssen wir diesen Bundeskongress für Schwerpunktsetzung der GJ fürs Wahlprogramm nutzen. Gerade das Thema Geflüchtetenpolitik ist eines bei dem man schnell auf die Grenzen von rein deutscher Politik stößt und welches dadurch auf Europäischer Ebene angegangen werden muss.

V21 Fleischkonsum gesetzlich minimieren - Klimaschutz und Tierschutz voranbringen

Antragsteller*in: Florian Zielmann
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2937 Die Grüne Jugend setzt sich für ein Gesetz ein, dass den Fleischverbrauch
2938 minimiert durch Höchstgrenzen in Kilogramm auf Schlachtungen im Jahr für jede
2939 Tierart.
2940 Diese Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe
2941 nach Umsatz, für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz
2942 und für die Gesamtheit der großen Schlachthöfe nach Umsatz und mit
2943 Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der
2944 Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.)
2945 festgelegt.
2946 Diese Höchstgrenzen müssen insgesamt ergeben, dass mindestens 5 % weniger in
2947 Kilogramm von einer Tierart geschlachtet wird als wie im jeweiligen Jahr zuvor.
2948 Diese Höchstgrenzen gelten auch für importierte Fleischware.

Begründung

Durch weniger Schlachtungen können die Läden weniger täglich an Fleischwaren anbieten, jedoch ist das Angebot an Fleischwaren in den Läden jeden Tag gleich groß (die Fleischwaretheken werden kleiner und es kommt eben nicht zu dem Szenario, dass alle Fleischwaretheken am Ende des Jahres, wenn die Höchstgrenzen erreicht sind, leer bleiben), das heißt, dass die Verbraucher*innen die Höchstgrenze jeden Tag spüren (kein Fleisch mehr am Abend im Laden, kein Fleisch wird schon im Laden weggeworfen, weil das Fleisch eben nicht nach dem Fälligkeitsdatum schon im Laden weggeworfen wird, sondern schon zuvor verkauft wird, weil die Nachfrage täglich höher ist als das Angebot wegen den Höchstgrenzen).

Der Fleischverbrauch muss in Deutschland minimiert werden um den Klimawandel zu stoppen, weil die Fleischindustrie das Klima belastet (ein Kilogramm Rindfleisch erzeugt 36 Kilogramm Kohlendioxid, so viel wie 250 Kilometer Autofahrt) (1) und, er muss gerade in Deutschland sinken, wenn mensch bedenkt, dass laut „Food and Agriculture of the United Nations“ und dem „Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie“ der durchschnittliche Fleischverbrauch in Deutschland beispielsweise bei 60,3 Kilogramm pro Kopf, weltweit bei 42,9 Kilogramm pro Kopf und unter den Entwicklungsländern bei 33,7 Kilogramm im Jahr 2013 lag. Außerdem können die Hunderten von Millionen von Schlachttieren (753 Millionen Tiere wurden in Deutschland 2016 geschlachtet) in Deutschland niemals alle in dieser Größenordnung artgerecht gehalten werden. Um für eine artgerechte Haltung von allen Nutztieren zu sorgen, muss der Fleischverbrauch drastisch sinken. Perfekt wäre es natürlich, wenn sich alle fleischlos ernähren würden oder, wenn einfach, die die unbedingt Fleisch essen wollen, dies nur noch z.B. fünfmal im Monat machen würden. Doch bis die Menschen verstehen wie dekadent der derzeitige Fleischkonsum eigentlich ist, braucht es einen per Gesetz verordneten Rückgang. Von einem Jahr auf das nächste Jahr kann kein Rückgang von z.B. 90 % vorgeschrieben und erreicht werden. Das wäre ein Rückgang des Fleischverbrauches von durchschnittlich 60 kg pro Kopf im Jahr 2016 (3) auf 6 kg durchschnittlich pro Kopf. Dies wäre meiner Meinung nach nicht durchsetzbar. Aber ein jährlicher Rückgang von 5 %, der sich auf das tägliche Angebot an den Fleischtheken auswirkt, ist durchsetzbar. Es gab in den letzten Jahren bei manchen

Schlachtzahlen von Tieren einen minimalen Rückgang (z.B. um 0,2 % weniger Kilogramm an Rindfleisch im Jahr 2016 als wie im Jahr 2015) andererseits aber auch Zunahmen (z.B. um 4,8 % mehr Kilogramm an Putenfleisch im Jahr 2016 als wie im Jahr 2015) (2). Einen wirklichen Rückgang in der dringend nötigen Größenordnung, der vom Markt und den Verbraucher*innen „alleine“ ohne gesetzliche Vorgaben geschieht, wird es nicht geben. Wenn der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf unter 6 kg beträgt, ist meiner Meinung nach eine artgerechte Haltung für alle Schlachttiere möglich, der Einfluss der Fleischindustrie auf das Klima um einiges geringer und es kann über eine Abschaffung dieser Höchstgrenzen nachgedacht werden auch, wenn ich persönlich eine fast komplett fleischlose Ernährung bevorzuge. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg, weil der Fleischverbrauch pro Kopf sich von 2015 bis 2016 um nur 1,7 kg verringert (3) hat und ob eine Verringerung auch noch in Zukunft stattfindet bleibt offen. Auf jeden Fall ist diese Verringerung in dieser Größenordnung viel zu gering um die Klimaziele einzuhalten. Die Höchstgrenzen werden jeweils für die Gesamtheit der kleinen Schlachthöfe nach Umsatz, einer Höchstgrenze für die Gesamtheit der mittelständischen Schlachthöfe nach Umsatz und einer Höchstgrenze für große Schlachthöfe nach Umsatz und mit Berücksichtigung bei der Festlegung der Höchstgrenzen auf die Haltung der Schlachttiere vor der Schlachtung (Massentierhaltung, Freilandhaltung usw.) festgelegt, weil die Fleischerzeugung je nach Größe des Schlachthofes variiert und eventuell die Schlachthöfe Tiere aus beispielsweise der Freilandhaltung gegenüber Tieren aus der Massentierhaltung bevorzugen wegen niedrigeren Höchstgrenzen auf geschlachtete Tiere in Kilogramm aus der Massentierhaltung und höheren Höchstgrenzen auf geschlachtete Tiere in Kilogramm aus der Freilandhaltung.

(1)

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimabilanz-ein-kilo-fleisch-verursacht-36-kilogramm-kohlendioxid-a-495414.html>

(2) <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/schlachtzahlen-2016>

(3) <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/fleischverzehr-in-deutschland-sinkt>

V22-Beschluss: Landtagswahlen gehen uns alle an - gemeinsam gegen die Strukturschwäche!

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2183 2019 wird in drei der sechs neuen Bundesländer gewählt. Die GRÜNE JUGEND erkennt
2184 die richtungsweisende Bedeutung des Ausgangs der Landtagswahlen in Sachsen,
2185 Thüringen und Brandenburg als entscheidend für die Zukunft der Partei Bündnis
2186 90/Die Grünen und daraus resultierend auch die der GRÜNEN JUGEND als
2187 Bundesverband an. Denn wir wollen den Menschen, die sich eine soziale,
2188 ökologische und weltoffene Politik wünschen, in allen Bundesländern eine Stimme
2189 geben. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland haben
2190 gezeigt, dass ein Wiedereinzug in Landesparlamente nicht immer gesetzt ist. Die
2191 Bundestagswahl im letzten Jahr zeigten ein wiedererstarktes, deutliches West-
2192 Ost-Gefälle. So sind vier der fünf ostdeutschen Flächenländer die einzigen
2193 Bundesländer, die beim Wahlergebnis der Bündnisgrünen die 5%-Hürde im
2194 Landesschnitt nicht erreicht haben. Einzig Brandenburg schaffte es im Osten mit
2195 genau 5,0%. Das sind Ergebnisse, die unseren Verband wachrütteln sollten, denn
2196 unser Anspruch ist es seit jeher gewesen alle Bevölkerungsgruppen und alle
2197 Regionen zu repräsentieren. Daher müssen wir uns intensiver damit
2198 auseinandersetzen, wie wir es schaffen, unsere strukturellen Probleme in den
2199 neuen Bundesländern anzugehen.

2200 Wir wollen damit aber keine speziell ostdeutsche oder deutsche Identität
2201 konstruieren, im Gegenteil. Wir sind der Meinung, dass die derzeit immer noch
2202 vor allem in den neuen Bundesländern übliche Einteilung in „Wessi“ und „Ossi“
2203 nur ein Ende haben kann, wenn die strukturellen Schwächen der Regionen
2204 angegangen werden und endlich behoben werden! Als GRÜNE JUGEND legen wir einen
2205 starken Fokus auf Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen und
2206 Bevölkerungsschichten und wie man diesen am besten entgegenwirken kann. Doch die
2207 Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe hängen auch stark vom Wohnort ab und
2208 sind von Region zu Region unterschiedlich. In allen Bundesländern gibt es
2209 Regionen, die als strukturschwach gelten, sei es das Sauerland in NRW oder
2210 Dithmarschen in Schleswig-Holstein. Doch nirgendwo sonst gibt es so ein großes
2211 zusammenhängendes Gebiet, mit so wenig prosperierenden Ballungszentren wie auf
2212 dem ehemaligen Gebiet der DDR. Hinzu kommt, dass es noch grundlegende
2213 Unterschiede in Verständnis und Tradition der Demokratie in alten und neuen
2214 Bundesländern gibt. Während in den alten Bundesländern 2015 77% der Menschen
2215 angeben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zu sein,
2216 sind es in den Neuen lediglich 47%. An der jahrzehntelangen Entwicklung der
2217 Demokratie in der alten BRD bis zum heutigen Stand wird deutlich, dass
2218 Demokratisierung nicht über Nacht geschieht. Durch die kürzere Zeit, in der sich
2219 Demokratie auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entwickeln konnte, haben natürlich
2220 auch Parteien sowie zivilgesellschaftliche Verbände weniger Zeit zur Entwicklung
2221 gehabt. Das macht sich in Mitgliederzahlen, vor allem aber in der
2222 gesellschaftlichen Verankerung deutlich. Insbesondere die bündnisgrüne Partei
2223 kämpft in den neuen Bundesländern vielerorts immer noch mit Akzeptanzproblemen.

2224 Die GRÜNE JUGEND:

- 2225 • Erkennt die immer noch nicht behobenen strukturellen Unterschiede zwischen
2226 neuen und alten Bundesländern an und will diese bekämpfen. Wir kämpfen
2227 dafür, dass drängende Themen wie Lohn- und Rentengleichheit jetzt
2228 angegangen werden. Es kann nicht sein, dass 28 Jahre nach der
2229 Wiedervereinigung in den neuen Flächenbundesländern die Löhne immer noch
2230 32% niedriger sind, als in den alten Bundesländern! Gleichzeitig sind die
2231 politischen Herausforderungen aufgrund der Hinterlassenschaften von 40
2232 Jahren SED-Regime in vielen Politikfeldern anders. Seien es die Reste der
2233 ehemaligen LPGen, die als Reparaturzahlungen abgebaute
2234 Verkehrsinfrastruktur oder das jahrzehntelange Totschweigen
2235 menschenverachtender, wie etwa rassistischer, Einstellungen in der DDR-
2236 Propaganda. Diese anderen Realitäten müssen bundespolitisch bei
2237 Entscheidungen mitbedacht werden und auch auf der Agenda der GRÜNEN JUGEND
2238 im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stehen.

- 2239 • Will strukturschwachen Landesverbänden in den Wahlkämpfen 2019 finanziell
2240 zur Seite stehen, in denen ein reelles Risiko des Scheiterns an der 5%-
2241 Hürde besteht. Dafür sollen im Jahreshaushalt 2019 2100€ als Zuschuss
2242 eingeplant werden. Der Bundesfinanzausschuss wird beauftragt, sich mit der
2243 Zusammensetzung des Solifonds zu beschäftigen.

- 2244 • Plant nach finanzieller Lage mehr Geld für den Solifond ein.

- 2245 • Motiviert die Mitgliederbasis, sich aktiv im Wahlkampf in den neuen
2246 Bundesländern zu engagieren

- 2247 • Will den betreffenden Landesverbänden in Wahlkampfzeiten mit Know-How der
2248 Bundesgeschäftsstelle aushelfen und sie in der Presse- und
2249 Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

- 2250 • Unterstützt den Strukturaufbau in den neuen und anderen strukturschwachen
2251 Bundesländern zum einen durch Angebote für kleine Ortsgruppen und
2252 Landesverbände mit keinen/wenig Ortsgruppen und vielseitige, nicht
2253 ausschließlich auf urbane Resonanz ausgelegte Kampagnen und zum anderen
2254 dadurch, dass in Zukunft möglichst einer von vier Bundeskongressen, auf
2255 jeden Fall aber einer von sechs Bundeskongressen in den neuen
2256 Bundesländern statt findet, sowiedurch eine verstärkte Repräsentation der
2257 neuen Bundesländer bei der Ortswahl für Seminare auf Bundesebene.

- 2258 • Beauftragt den Bundesvorstand/die Bundesgeschäftsstelle, die Mitglieder-
2259 und Aktivenverteilung in der GRÜNEN JUGEND zu analysieren. Dafür soll
2260 erhoben werden, wie die Mitglieder in urbanen/ländlichen Räumen verteilt
2261 sind, wie die Ortsgruppen vertreten sind, etc. Und, wenn möglich, wie das
2262 im Verhältnis zur bündisgrünen Partei steht.

- 2263 • Beauftragt die AG Perspektiven sich auch gezielt mit den Perspektiven der
2264 ländlichen Räume und den Perspektiven der GRÜNEN JUGEND in den ländlichen
2265 Räumen auseinanderzusetzen.

Begründung

Durch die erschreckend hohen Wahlergebnisse der AfD in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten wird auch uns jungen Menschen, egal in welchem Teil der Republik, deutlich wie nie zuvor, dass es immer noch gesellschaftliche, politische und auch wirtschaftliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Denn die Wahlergebnisse kommen nicht von irgendwoher. Die Stärke der AfD weist aber auch auf die Schwäche anderer Parteien hin. Politik, insbesondere bündnisgrüne Politik, in den neuen Flächenbundesländern zu machen, stellt immer noch tagtäglich vor andere Herausforderungen, als in den alten.

Als Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen tragen wir eine besondere Verantwortung. Denn unsere Mutterpartei ist auch aus dem Bündnis 90, aus der Bürgerrechtsbewegung in der DDR entstanden. Daher ist es auch unsere Aufgabe für vergleichbare Lebensbedingungen und -realitäten in Ost und West zu kämpfen. Ein Schritt dahingehend ist es, die besondere Herausforderung nicht nur anzuerkennen, sondern auch Konsequenzen daraus zu ziehen und in unserem Verband dafür zu kämpfen, dass die entsprechenden Landesverbände Unterstützung erhalten. Gut und richtig ist dabei schon der Solifond, der strukturschwache Landesverbände unter besonderer Berücksichtigung der ostdeutschen Landesverbände fördern soll. Hier muss aber genug Geld zur Verfügung stehen, damit die schwachen Landesverbände nicht hier auch noch um das Geld kämpfen müssen.

Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist das Land, wie alles auf der Welt, nicht mehr schwarz und weiß. Daher wollen wir, dass auch hier alle strukturschwachen Regionen gefördert werden – mit einem Augenmerk darauf, dass die neuen Bundesländer repräsentiert werden und ihre politische Lage und Stärke relevant ist für die gesamte Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie die GRÜNE JUGEND.

V23-Beschluss: Grundsätzlich unverdächtig

Antragsteller*in: GJ BUKO
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2261 Die CSU möchte in Bayern die Befugnisse der bayerischen Polizei mit der zweiten
2262 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv
2263 ausweiten. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der Einführung des
2264 Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive polizeiliche
2265 Maßnahmen geschaffen. Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine
2266 starke Absenkung der Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und
2267 Bürger*innenrechte. Es muss gar kein Verdacht auf eine konkrete Gefahr oder eine
2268 Straftat vorliegen; der Polizei kann mit dieser Kategorie ein Eingreifen schon
2269 dann ermöglicht werden, wenn sie nur glaubt, dass von einer Person in Zukunft
2270 eine Gefahr ausgehen könnte. Die GRÜNE JUGEND lehnt die Kategorie der "drohenden
2271 Gefahr" ab und setzt sich für ihre Abschaffung ein.

2272

2273 Zudem können Menschen seit Juli 2017 in Bayern quasi unbegrenzt präventiv in
2274 Haft genommen werden, wenn die Polizei bei ihnen von einer "drohenden Gefahr"
2275 ausgeht. Diese Möglichkeit der Inhaftierung öffnet trotz der alle drei Monate zu
2276 erfolgenden richterlichen Überprüfung Tür und Tor für eine missbräuchliche
2277 Anwendung, mit der auch politisch missliebige Personen mundtot gemacht werden
2278 könnten. Die GRÜNE JUGEND setzt sich deswegen dafür ein, präventive
2279 Ingewahrsamnahme soweit wie möglich zu beschränken.

2280

2281 Aufbauend auf der Gesetzesänderung von 2017 wird zurzeit an der zweiten Novelle
2282 des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Bayern in Kraft treten soll. Damit
2283 möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen
2284 ausstatten: Beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne richterliche
2285 Vorkontrolle bei "drohender Gefahr" zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können
2286 oder Handgranaten leichter einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung
2287 automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen
2288 anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das
2289 Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei könnte ohne den
2290 konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen, elektronische Daten der
2291 Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende
2292 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist*innen oder
2293 Ärzt*innen soll drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die
2294 Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnt die GRÜNE JUGEND entschieden ab. Wir
2295 wollen eine freie Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen
2296 Überwachungsstaat! Die GRÜNE JUGEND fordert den bayerischen Landtag deshalb auf,
2297 dieses Gesetz nicht zu beschließen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu
2298 erwarten verabschieben, werden wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie
2299 möglich rückgängig gemacht wird und Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit
2300 unterstützen.

2301

2302 Weitere, ähnliche Gesetzesvorhaben stehen auch in den Bundesländern Sachsen,
2303 Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen an. Im Bund möchte das Innenministerium

2304 ein bundesweites Musterpolizeigesetz nach bayerischem Vorbild erstellen.

2305

2306 Die GRÜNE JUGEND stellt sich gegen alle Bestrebungen, nach dem Vorbild des
2307 geplanten bayerischen Polizeiaufgabengesetzes ähnliche Neuerungen auch auf
2308 Bundesebene und in anderen Bundesländern einzuführen, insbesondere gegen ein
2309 Polizeiaufgabenmustergesetz nach bayerischem Vorbild auf Bundesebene. Die GRÜNE
2310 JUGEND unterstützt Proteste in Bayern und anderen Bundesländern, die sich gegen
2311 das neue PAG und weitere, ähnliche Gesetze richten.

V24 Intervention in den Diskurs: Neoliberalismus entschieden bekämpfen!

Antragsteller*in: Felix Steins

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2235 Spätestens seit der Finanzkrise, in der das Scheitern des politischen
2236 Marktradikalismus deutlich wie nie zuvor geworden ist, kann sich kein
2237 ernsthafter Politiker mehr politisch als „neoliberal“ outen. In weiten Teilen
2238 der gesellschaftlichen Linken grenzt man sich gerne vom Neoliberalismus ab,
2239 selbst äußerst bürgerliche Reformisten wie Cem Özdemir [1] tun dies. Dass der
2240 Begriff verbrannt ist, hat aber noch längst nicht dazu geführt, dass die
2241 jahrzehntelang vorherrschende neoliberale Politik wieder abgewickelt wurde. So
2242 sind zum Beispiel die Hartz-Gesetze nach wie vor in Kraft, die Vermögenssteuer
2243 immer noch nicht wiedereingeführt, die Universitäten werden immer mehr zu
2244 Unternehmen zur Produktion von „Humankapital“ und die Vermögenskonzentration
2245 nimmt immer weiter zu.

2246 Das Problem besteht sehr wesentlich darin, dass es der gesellschaftlichen Linken
2247 nicht gelungen ist, über die formelle Abgrenzung vom Label „neoliberal“
2248 hinauszukommen – die entscheidenden Begriffsverdrehungen, Mythen und
2249 Assoziationen, mit der die Ideologie des Neoliberalismus den politischen Diskurs
2250 geprägt hat und weiterhin prägt, stehen nach wie vor fast unwidersprochen im
2251 Raum.

2252 Einige Beispiele seien an dieser Stelle erwähnt:

2253 Der Mythos vom Antagonismus zwischen wirtschaftlichem Wachstum und
2254 Vollbeschäftigung einerseits und Sozialem, Umverteilung und guten Löhnen
2255 andererseits:

2256 Der Neoliberalismus behauptet, niedrige Löhne und wenig Umverteilung (zB in Form
2257 von Unternehmensbesteuerung) würden zu niedriger Arbeitslosigkeit und gutem
2258 wirtschaftlichem Wachstum führen. Das ist jedoch falsch. Das wesentliche Hemmnis
2259 für Wachstum ist in entwickelten Volkswirtschaften nicht die Tatsache, dass
2260 Unternehmen zu wenig Geld hätten, um investieren, Forschen und Leute einstellen
2261 zu können – sondern, dass sie das nur dann auch tun werden, wenn die damit
2262 verbundene Ausweitung der Produktion sich auch lohnen. Und das wiederum ist nur
2263 dann gegeben, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die hauptsächlich von
2264 den Masseneinkommen abhängt, ausreichend wächst. Höhere Löhne und mehr
2265 Umverteilung führen also in Wahrheit zu weniger Arbeitslosigkeit, mehr Wachstum
2266 und mehr technologischem Fortschritt (allerdings weniger Reichtum für Reiche).

2267 Der Mythos, das Sparen gut und Schulden böse seien:

2268 Der Neoliberalismus verallgemeinert die Beobachtung, dass Sparsamkeit für

2269 einzelne Privathaushalte langfristig ökonomischen Wohlstand bedeutet, auf
2270 gesamte Volkswirtschaften (Analogie der „schwäbischen Hausfrau“). Erstens können
2271 Volkswirtschaften nicht als ganze sparen, Vermögen und Schulden summieren sich
2272 immer zu null. Zweitens: Wenn Unternehmen sich verschulden, um zu investieren,
2273 wenn Privathaushalte sich verschulden, um zu konsumieren oder wenn Staaten
2274 Schulden aufnehmen, um zu investieren oder sozial umzuverteilen, nützt dies der
2275 wirtschaftlichen Entwicklung. Die einzige Möglichkeit,, als Volkswirtschaft mehr
2276 zu sparen als auszugeben, ist, wenn das Ausland sich verschuldet – das kann
2277 allerdings, im Hinblick auf Eurokrise und Arbeitslosigkeit in den
2278 südeuropäischen Staaten, keine Lösung.

2279 Konkurrenzideologie; Glorifizierung des Wettbewerbs; „There is no such thing as
2280 society“

2281 Der Neoliberalismus propagiert, dass die Prinzipien, nach denen der Wettbewerb
2282 zwischen Unternehmen im Kapitalismus funktioniert, also Profitstreben, Effizienz
2283 und Egoismus, ebenfalls sinnvoll Prinzipien für die gesellschaftlichen
2284 Verhältnisse zwischen Menschen und Gruppen von Menschen bis hin zu Staaten sei.
2285 Damit wird der Vereinzelung von Menschen, dem Niedrigsteuerwettbewerb zwischen
2286 Staaten, der „marktkonformen Demokratie“, der Inkaufnahme bestehender
2287 Ungleichheit, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche und der Behauptung, in der
2288 Politik ginge es um die Durchsetzung von Einzelinteressen, das Wort geredet.
2289 Jede linke Organisierung oder überhaupt die Überzeugung davon, dass es ein
2290 Allgemeininteresse gibt, wird dadurch infrage gestellt. In Wahrheit ist der
2291 Mensch ein gesellschaftliches Wesen, und auch unser Wohlstand wird nicht durch
2292 Individuen, die sich konkurrenzhaft gegen andere durchzusetzen geschaffen,
2293 sondern durch gesellschaftlich organisierte Arbeitsteilung.

2294 Leistungsträgerideologie

2295 Der Neoliberalismus propagiert, dass individueller Wohlstand die Folge von
2296 besonderer Leistungsbereitschaft und umgekehrt Armut die Folge von „Faulheit“
2297 sei. Damit wird verschleiert, dass der Kapitalismus, insbesondere in seiner
2298 derzeitigen Form, extrem ungleiche Voraussetzungen für Menschen bedeutet
2299 (insbesondere zum Beispiel Erbschaften) – und außerdem, dass der Kapitalismus
2300 nicht nur ein ökonomisches, sondern ein Herrschaftsverhältnis ist. Damit wird
2301 die extreme Ungleichheit, die der Kapitalismus produziert, als gerecht
2302 vermarktet und außerdem jede Maxime für die individuelle Lebensführung, die
2303 nicht das Streben nach ökonomischem Reichtum ist, als „Faulheit“ diffamiert,
2304 insbesondere zum Beispiel (linkes) politisches Engagement.

2305 Aber auch die Bestrebung einiger Teile der gesellschaftlichen Linken,
2306 „Chancengleichheit“ zu realisieren, ist letztlich eine Annahme und keine
2307 Verwerfung der Leistungsideologie – behauptet sie doch, dass alles gerecht sei,
2308 wenn nur alle benachteiligten Menschen empowert würden, bis sie die gleichen
2309 Startvoraussetzungen haben (wann immer das im Kapitalismus sein soll), nur damit
2310 sie danach wieder die Ellenbogen gegeneinander ausfahren können.

2311 Fazit:

2312 Es wird deutlich: Der Neoliberalismus war als Ideologie extrem erfolgreich.
2313 Viele Begriffe, Argumentationen und Konzepte, die in der politischen Debatte

2314 verwendet werden, sind neoliberal geprägt und verfestigen falsche Vorstellungen
2315 über gesellschaftliche Realitäten. Solange diese Mythen nicht
2316 gesamtgesellschaftlich verworfen werden, ist es schwer bis unmöglich, den
2317 gesellschaftlichen Diskurs wieder echt nach links zu verschieben – und nicht
2318 zuletzt dadurch erst wieder wirkungsvoll handlungsfähig gegen den aktuellen
2319 Erfolg von Rechten zu werden.

2320 Die GRÜNE JUGEND beschließt,

2321

1. der neoliberalen Ideologie entschieden den Kampf anzusagen.

2322

2323

2324 2. die Verwendung neoliberaler Konzepte und Begriffe in ihrem Sprachgebrauch
2325 zu vermeiden beziehungsweise kritisch-distanziert als Ideologie kenntlich
2326 zu machen. Dazu gehören die Gleichsetzung von „gut/schlecht für die
2327 Wirtschaft“ und „gut/schlecht für die Unternehmen“; die „schwäbische
2328 Hausfrau“; die Behauptung, man könne „über seine Verhältnisse leben“; die
2329 Behauptung, bei Lohnerhöhungen würde Arbeitslosigkeit entstehen; die
2330 moralische Einteilung in „gut/schlecht“ für Sparsamkeit und Verschuldung;
2331 dass Staaten nicht mehr ausgeben könnten, als sie einnehmen; die
2332 Glorifizierung der Exportabhängigkeit (und damit des Niedriglohnssektors)
2333 Deutschlands; den Euphemismus des „Wettbewerbs“, wenn es nicht explizit um
2334 den Wettbewerb zwischen Unternehmen geht; dass Vollbeschäftigung unmöglich
2335 sei; dass sich die Produktivität kaum noch entwickelt, weil alle Menschen
2336 gesättigt seien vom Wohlstand; dass Arbeitslose und andere Prekarisierte
2337 sich einfach nur mehr anstrengen müssten; dass ökonomischer Erfolg als
2338 „Leistung“ verklärt wird; die „Chancengerechtigkeit“; dass „der Markt“
2339 grundsätzlich effizient sei und alles deshalb möglichst marktlich zu
2340 organisieren sei; der Euphemismus „Freihandel“; die Normalisierung aller
2341 Selektion, die ökonomisch begründet wird (zum Beispiel Numerus Clausus
2342 etc); der Begriff „Humankapital“; des „wenn jeder an sich denkt, ist an
2343 alle gedacht“; die Behauptung, der Kapitalismus sei ein rein ökonomisches
2344 und kein politisch-gesellschaftliches (Macht)Verhältnis; dass Politik der
2345 Kampf um die Durchsetzung von Partikularinteressen sei; die
2346 Naturalisierung und damit Inkaufnahme von Ungleichheit; dass jeder „an
2347 sich arbeiten“ müsse, um sich gegen andere durchzusetzen; die Verwendung
2348 ökonomischer Begriffe in nicht-ökonomischen Kontexten; die Behauptung,
2349 dass Menschen grundsätzlich egoistisch seien; dass Menschen sich an
2350 Standards, die „der Arbeitsmarkt“ setzt, anpassen müssten; und
2351 grundsätzlich alle weiteren Ideologiefragmente, die der Neoliberalismus in
seiner schier unendlichen Kreativität im Alltagsverstand vieler Menschen
platziert hat.

2352

2353

2354 3. grundsätzlich alle, insbesondere die in 2. benannten, neoliberalen
2355 Konzepte und Begriffe, mit denen sie im politischen Diskurs konfrontiert

ist, als solche zu benennen, über die dahinterliegenden Mythen aufklärt und scharf als Ideologie verurteilt.

2356 [1]: <https://www.youtube.com/watch?v=u0zW7jI5xio> ab 0:20 bis 0:40

Begründung

mündlich

V25 Antifaschismus muss links sein!

Antragsteller*in: Felix Steins
Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedene Anträge

Antragstext

2357 Mit dem Erstarren rechter Kräfte, das wir überall auf der Welt, insbesondere
2358 auch in Deutschland, beobachten müssen, ist die Relevanz antifaschistischen
2359 Engagements für große Teile der gesellschaftlichen Linken wieder deutlich
2360 geworden. Erfreulicherweise beteiligen sich immer mehr Menschen an verschiedenen
2361 Engagements, insbesondere zum Beispiel Demos, gegen Rechts.

2362 Es ist allerdings zu einfach, dabei einfach nur damit zu mobilisieren, dass man
2363 die Rechten als amoralische Arschlöcher bezeichnet. Das dient nicht unbedingt
2364 einer erfolgreichen Bekämpfung der Rechtsentwicklung, sondern wesentlich dem,
2365 dass sich alle Beteiligten moralisch besser fühlen können, indem sie sich als
2366 Gegenpol, zu einer als amoralisch bezeichneten politischen Haltung, profilieren
2367 können.

2368 Dadurch entfallen drei essentielle Faktoren für erfolgreichen Antifaschismus:

2369
2370

2371 1. Niemand wird als Faschist geboren, sondern von seiner Sozialisation und
2372 den gesellschaftlichen Verhältnissen, also insbesondere zum Beispiel der
2373 sozialen Lage, dazu gemacht. Und die sind veränderbar - Antifaschismus
heißt also auch, für deren Verbesserung zu wirken, insbesondere die
soziale Frage zu stellen und zu beantworten.

2374
2375

2376 2. Der Gegenpol zu „politisch Rechts“ ist nicht einfach „nicht Rechts“,
2377 sondern explizit links zu verorten. Mit der Suggestion, dass es ausreichen
2378 würde, „nicht rechts“ zu sein, wird erstens die Definition der (zurzeit
2379 bürgerlichen) Mehrheitsgesellschaft, was denn „rechts“ genau ist,
2380 akzeptiert – was zu Zeiten neoliberaler Hegemonie dazu führt, dass
2381 ausgerechnet der Neoliberalismus gegen den Vorwurf, rechts zu sein, immun
2382 wird. Dabei gibt es wesentliche Schnittmengen zwischen Neoliberalismus und
2383 offen rechter Ideologie. Zum Beispiel betrachtet der Neoliberalismus
2384 extreme ökonomische Ungleichheit als normal oder sogar als gerecht – der
2385 Schritt zu einer Befürwortung von Ungleichheit zwischen Menschen
2386 verschiedener Nationen, verschiedener Ethnien, verschiedener Geschlechter,
2387 sexueller Orientierungen etc., wie es Rechte propagieren, ist dann nicht
2388 mehr weit. Die wirklich antifaschistische Gegenposition muss links sein –
2389 das Gleichheitsideal widerspricht sowohl der neoliberalen Normalisierung

2390 wie auch der offen rechten Propagierung von Ungleichheit. Ein weiteres
2391 prägnantes Beispiel für die ideologische Nähe ist die Konkurrenz, die der
2392 Neoliberalismus zu einem sinnvollen Prinzip gesellschaftlichen
2393 Zusammenlebens erklärt. Dass persönliches Glück getrennt vom Glück der
2394 Mitmenschen realisierbar sei und man dafür Karriere machen müsse, führt zu
2395 der Behauptung, dass man sich gegen andere durchsetzen müsse, um das
2396 eigene Glück zu mehren. Angewandt auf scheinbar homogene Gruppen wie
2397 Nationen oder Ethnien, bedeutet dieses Prinzip den Kampf der Nationen und
2398 Ethnien gegeneinander – was an sich schon rechts ist; noch konsequenter
2399 angewandt bedeutet das den puren, rechtsextremen Sozialdarwinismus.
2400 Positiv davon abgrenzen kann sich wiederum nur das linke Ideal, dass eine
2401 Orientierung am Allgemeinwohl fordert und den Menschen als
gesellschaftliches, solidarisches Wesen erkennt, dass nicht *auf Kosten*,
sondern *mit* andern das eigene Glück mehren kann.

2402

2403

2404 3. Ein Teil des Erstarkens rechter Kräfte kann dadurch erklärt werden, dass
2405 der Neoliberalismus die Natur des Menschen als gesellschaftliches Wesen
2406 unterdrückt und stattdessen die Vereinzelung und den Wettbewerb
2407 zwischeneinander propagiert. Das führt bei vielen Menschen zu einem Gefühl
2408 der Entwurzelung, des Verlusts gesellschaftlichen Miteinanders und der
2409 Einsamkeit. An dieses Gefühl kann die Rechte anknüpfen, indem sie ein
2410 neues gesellschaftliches Miteinander im Rahmen eines nationalen Kollektivs
2411 verspricht, das sich wesentlich durch Abgrenzung gegenüber anderen
2412 definiert. Wenn Antifaschismus als reine moralische Abgrenzungshaltung und
2413 gesellschaftliche Ausgrenzung verstanden wird, entstehen einfach nur zwei
2414 Lager, die sich beide wesentlich durch die Ausgrenzung des jeweiligen
2415 Gegenübers definieren. Linker Antifaschismus muss es stattdessen schaffen,
2416 eine Brücke des gesellschaftlichen Miteinanders zu bauen, die der
2417 neoliberalen Vereinzelung einen progressiven Gegenentwurf gegenüberstellt
2418 und damit anschlussfähig ist an Menschen, für die die neoliberale
2419 Vereinzelung Entwurzelung und Einsamkeit bedeutet. Dieser Gegenentwurf
muss die Utopie einer solidarischen Gesellschaft sein und das konkrete
Handeln muss Solidarität heißen!

Begründung

mündlich